



Das
Bundesarchiv



Zweiter Tätigkeitsbericht

des Bundesarchivs über die Arbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs
für den Zeitraum Juli 2023 bis Juni 2025

Die Stasi
und ihre
Dokumente

A
L
L
E
S

Die Stasi
und ihre
Dokumente

W
I
S
S
E
N



**Zweiter Tätigkeitsbericht des Bundesarchivs
über die Arbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs
für den Zeitraum Juli 2023 bis Juni 2025**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	5
1 Rahmenbedingungen für die weitere Integration der Stasi-Unterlagen in das Bundesarchiv	7
1.1 Anpassung der Organisationsstruktur	7
1.2 Haushalt	7
2 Beratungsgremium	8
3 Standortentwicklung des Bundesarchivs einschließlich der regionalen Entwicklung der Außenstellen des Stasi- Unterlagen-Archivs	9
3.1 Archivstandorte und Außenstellen	9
3.2 Weiterentwicklung der Dienststelle des Bundesarchivs in Berlin-Lichtenberg (Archivzentrum zur SED-Diktatur) im Kontext der Weiterentwicklung des Campus für Demokratie	10
4 Archivbestände	10
4.1 Überlieferungsformen und Arbeitsschwerpunkte	10
4.2 Erschließung	12
4.3 Digitalisierung	14
4.4 Bereitstellung und Recherchen; KI-gestützte Karteikartenerkennung	14
4.5 Bestandserhaltung	16
4.6 Sichtung und Rekonstruktion zerrissener Unterlagen	17

	Seite
5 Verwendung der Unterlagen	17
5.1 Anträge von Bürgerinnen und Bürgern auf Auskunft aus, Einsicht in und Herausgabe von Unterlagen sowie auf Bekanntgabe von Namen ehemaliger Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes	18
5.1.1 Antragstellung	18
5.1.2 Anträge als Dritte	19
5.1.3 Anträge naher Angehöriger Vermisster und Verstorbener	19
5.1.4 Bearbeitung und Bearbeitungszeiten	19
5.1.5 Eilbedürftigkeit von Anträgen	20
5.1.6 Bekanntgabe von Namen	20
5.1.7 Bürgerberatung	20
5.2 Verwendung von Unterlagen durch öffentliche und nichtöffentliche Stellen	21
5.2.1 Ersuchen zur Rehabilitierung von Betroffenen und zur Wiedergutmachung erlittenen Unrechts	21
5.2.2 Verwendung für Zwecke der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr	22
5.2.3 Verwendung von nicht personenbezogenen Unterlagen	22
5.2.4 Überprüfung von Personen	22
5.2.4.1 Abgeordnete, Mitglieder kommunaler Vertretungen, sonstige kommunale Funktionsträgerinnen und Funktionsträger sowie Regierungsmitglieder	22
5.2.4.2 Berufsrichterinnen und Berufsrichter sowie ehrenamtliche Richterinnen und Richter	23
5.2.4.3 Mitarbeitende öffentlicher Stellen in Leitungspositionen, von der öffentlichen Hand bestellte Mitglieder von Vertretungs- und Aufsichtsorganen, Beschäftigte im öffentlichen Dienst in tatsächengestützten Verdachtsfällen	23
5.2.4.4 Beratungsgremium nach § 39 StUG; Bundesarchiv, SED-Opferbeauftragte, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und deren Mitarbeitende; Beschäftigte, ehrenamtliche Mitarbeitende und Gremienmitglieder in Aufarbeitungseinrichtungen	23
5.2.4.5 Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen	23
5.2.4.6 Rentenangelegenheiten	24
5.2.4.7 Ordensangelegenheiten	24
5.2.5 Nutzung des Zentralen Einwohnerregisters der ehemaligen DDR	24
5.3 Anträge für die Forschung zum Zweck der politischen und historischen Aufarbeitung sowie für Zwecke der politischen Bildung sowie von Presse, Rundfunk und Film	24
5.3.1 Aufarbeitung des NS-Diktatur	25
5.3.2 Extremismus und Minderheiten	25

	Seite
5.3.3 Grenze und Flucht	26
5.3.4 Kunst	26
5.3.5 Haft und Militär	26
5.3.6 Ministerium für Staatssicherheit	27
5.3.7 Bezirke	27
5.3.8 Westarbeit und Medien	27
5.3.9 Medizin	28
5.3.10 Kultur	28
5.4 Rechtsstreitigkeiten	28
6 Forschung	29
6.1 Die Forschung im Stasi-Unterlagen-Archiv	29
6.2 Abgeschlossene und publizierte Forschungsprojekte	29
6.2.1 Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung 1954, 1966, 1970, 1972, 1982 und 1985	29
6.2.2 Die Stasi und die innerdeutschen Grenzübergangsstellen 1961–1989. Eine kommentierte Edition ausgewählter Dokumente	30
6.2.3 Geheimdienste, Politik und Krisen im Kalten Krieg	30
6.2.4 „Kristallhart gegenüber allen Feinden“. Die DDR-Staatsanwaltschaft und das MfS im politischen Strafprozess	30
6.2.5 Die Hauptamtlichen. Fotografische Einblicke und biografische Skizzen aus den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit	31
6.2.6 Alles Wissen Wollen. Die Stasi und ihre Dokumente. Katalog zur Wanderausstellung	31
6.3 Laufende Forschungsprojekte	31
6.3.1 Editionen	31
6.3.2 Ablagen, Vorgangskategorien, Informationssysteme	32
6.3.3 Diensteinheiten des MfS	32
6.3.4 Audio-visuelle Quellen	34
6.4 Forschungskolloquium	34
6.5 Wissenschaftliche Tagung	34
6.6 Spezialbibliothek	35
7 Unterrichtung und Vermittlung	35
7.1 Archivpädagogik und politisch-historische Bildungsarbeit	35
7.1.1 Bildungsveranstaltungen auf dem Campus für Demokratie	35
7.1.2 Historisch-politische Bildungsarbeit in der Region	36
7.1.3 Neue Materialien für den Schulunterricht	37
7.2 Ausstellungen und Kooperationen	37

	Seite
7.3 Campus für Demokratie	40
7.3.1 Ausstellung „Einblick ins Geheime“	40
7.3.2 Veranstaltungen am Campus für Demokratie	41
7.4 Veranstaltungen in den Regionen	42
7.5 Das Stasi-Unterlagen-Archiv in den Medien und im Internet	44
7.5.1 Medienarbeit	44
7.5.2 Digitale Kommunikation und Internet	45
7.5.2.1 Gemeinsame Website von Bundesarchiv und Stasi-Unterlagen-Archiv	45
7.5.2.2 Stasi-Mediathek	45
7.5.2.3 Social-Media-Aktivitäten	46
8 Zusammenarbeit mit der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag (SED-Opferbeauftragte)	46
9 Internationales	47
Anhang	51
Abkürzungsverzeichnis	81

Vorwort

Zu den zentralen Ereignissen und wichtigsten Ergebnissen der Friedlichen Revolution von 1989/90 gehörte die Sicherung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR durch mutige Bürgerinnen und Bürger. So konnten die Stasi-Unterlagen weitgehend vor der Vernichtung bewahrt werden in dem sicheren Bewusstsein, dass diese Unterlagen von größtem Wert sein würden für die Aufarbeitung von SED-Diktatur und Stasi-Terror im Allgemeinen wie für die Aufklärung zigtausendfacher Einzelschicksale und auch für die Rehabilitation der Opfer der SED-Diktatur im Besonderen.

Dass die Unterlagen 1990 nicht gleich – wie die zentralen staatlichen Archive der DDR – dem Bundesarchiv als dem Gedächtnis der deutschen Gesellschaft übereignet wurden, war dem Umstand geschuldet, dass der Fokus im Umgang mit diesen Unterlagen noch nicht auf einer historisch-wissenschaftlichen Erforschung der SED-Diktatur liegen konnte, sondern Aufklärung und Aufarbeitung im Vordergrund standen. Dafür war die eigens geschaffene Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes besser geeignet als ein historisches Archiv. In drei Jahrzehnten haben die Beauftragten Joachim Gauck, Marianne Birthler und Roland Jahn und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese Aufgabe mit großem Erfolg gemeistert.

Roland Jahn hat seit 2011 eine Entwicklung angestoßen, die die Frage des dauerhaften Erhalts der Stasi-Unterlagen als einer zentralen Quelle zur Geschichte der DDR stärker in das Zentrum des öffentlichen Bewusstseins rückte. Parallel zu der unverändert notwendigen Aufgabe der Aufarbeitung und Schicksalsklärung wurde nun die Erhaltung der Unterlagen als Kulturgut als eigenständige Aufgabe und dringende Notwendigkeit wahrgenommen. Im Ergebnis einer mehrjährigen Diskussion in Parlament und Zivilgesellschaft übertrug der Deutsche Bundestag die Verantwortung für die Bewahrung der Stasi-Unterlagen ebenso wie für die Weiterführung der bisherigen Aufgaben der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) per Gesetz auf das Bundesarchiv. Seit dem 17. Juni 2021 sind die Stasi-Unterlagen ein integraler Bestandteil des Bundesarchivs.

Mit der formalen Übertragung der Verantwortlichkeit wurde ein Transformationsprozess angestoßen, der sowohl das Bundesarchiv als auch die ehemalige Stasi-Unterlagen-Behörde vor erhebliche Herausforderungen gestellt hat und bis heute stellt. So bedeutete das Hinzukommen der Stasi-Unterlagen nach der Übernahme der zentralen staatlichen Archive der DDR im Jahre 1990 den zweitgrößten Archivgutzuwachs in der Geschichte des Bundesarchivs, dessen Bestände mit dem 17. Juni 2021 von ca. 430 laufenden Kilometern auf über 540 laufende Kilometer Schriftgut anwuchsen. Die genuin fachliche Verpflichtung des Bundesarchivs zur materiellen Sicherung, zur inhaltlichen Erschließung und auch zur Digitalisierung des Archivguts des Bundes bezieht nun die Stasi-Unterlagen vollumfänglich mit ein. Dazu müssen Restaurierungs- und Digitalisierungswerkstätten eingerichtet bzw. ausgebaut werden. Archivische IT-Anwendungen müssen so überarbeitet werden, dass sie möglichst auch für die IT-gestützte, archivische Verwaltung der Stasi-Unterlagen passen. Neue Magazine werden zu errichten sein.

Für die Stasi-Unterlagen-Behörde bedeutete die Transformation zum Bereich Stasi-Unterlagen-Archiv des Bundesarchivs, dass den genannten genuin archivfachlichen Aspekten nun ein viel höheres Gewicht zukommt. Dabei blieb das Aufgabenportfolio in Bezug auf die Bearbeitung von Anträgen und Ersuchen, die Forschung und die Unterrichtung der Öffentlichkeit unverändert erhalten. Auch hat das 2021 geänderte Stasi-Unterlagen-Gesetz Aufträge explizit ausformuliert, die bis dato eher als „implizite“ Aufgaben des BStU aufgefasst wurden, denen aber nun vom Gesetzgeber eine deutlich höhere Aufmerksamkeit entgegengebracht wird. Dazu gehört die virtuelle Rekonstruktion der noch durch die Stasi zerrissenen Unterlagen. In diesem Zusammenhang spielt auch die Umgestaltung der Standortstruktur des früheren BStU und

die damit verbundene Neuverteilung von Verantwortlichkeiten auf sechs Archivstandorte und acht Außenstellen ohne Archiv eine wichtige Rolle.

Diese Aufgaben sind nun gemeinsame Aufgaben und Herausforderungen des Bundesarchivs. Sicher darf nach vier Jahren nicht erwartet werden, dass Bundesarchiv und Stasi-Unterlagen-Archiv schon ein Amalgam bilden, in dem die früheren Unterschiede nicht mehr sichtbar sind. Aber der fachliche Wille und die hohe Bereitschaft der Kolleginnen und Kollegen aus beiden „Herkunftsbehörden“, das neue und größere Bundesarchiv aktiv zu gestalten, haben bereits bemerkenswerte Fortschritte erzielen lassen. Die beiden früheren Verwaltungen funktionieren bereits als eine. Die archivischen Fachabteilungen arbeiten – nachdem an vielen Stellen unterschiedliche Auffassungen und Arbeitsweisen zunächst erkannt und dann harmonisiert werden mussten – zunehmend enger, vertrauensvoller und vor allem selbstverständlicher zusammen. Das dürfte 2021 vielleicht erhofft, nicht aber mit Gewissheit erwartet werden.

Unterstützt wurde und wird das Bundesarchiv durch das Beratungsgremium. Unter dem Vorsitz von Katrin Budde hat es die Transformation des Stasi-Unterlagen-Archivs kritisch und aufmerksam, gleichzeitig aber konstruktiv begleitet. Dafür schuldet das Bundesarchiv den Gremiumsmitgliedern ebenso großen Dank wie den Beauftragten für Kultur und Medien Claudia Roth und Wolfram Weimer und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Zu danken ist schließlich den vielen Bundes- und Landtagsabgeordneten, deren Interesse an der Transformation des Stasi-Unterlagen-Archivs für das Bundesarchiv von großer Bedeutung ist.

Leider hält die Ausstattung des Bundesarchivs mit Personal und Sachmitteln nicht Schritt mit den gewachsenen Pflichtaufgaben und den immer höheren Erwartungen in Politik und Öffentlichkeit. Um bei der Digitalisierung der Stasi-Unterlagen – wie des übrigen Archivguts des Bundes auch – zur Sicherung der materiell gefährdeten Akten, zur Beschleunigung der Arbeitsprozesse bei der Beauskunftung und zur digitalen Bereitstellung von Unterlagen weiter voranzuschreiten, sind erhebliche Investitionen in Digitalisierungstechnik, Software und Speichersysteme dringend notwendig. Bei der personellen Ausstattung müssen die dem Bundesarchiv insgesamt durch den Gesetzgeber zur Verfügung gestellten Stellen und Planstellen mit den erforderlichen Haushaltsmitteln hinterlegt werden, damit diese Stellen auch tatsächlich besetzt werden können. Und last but not least muss das Bundesarchiv in die Lage versetzt werden, die im Stasi-Unterlagen-Gesetz vorgesehenen Standorte auch tatsächlich zu errichten. Gerade der Bau fachlich geeigneter Archivmagazine ist eine unerlässliche Voraussetzung für die Erhaltung der Stasi-Unterlagen.

Der vorliegende Tätigkeitsbericht soll dazu beitragen, dass Politik und Öffentlichkeit die Fortschritte bei der Integration der Stasi-Unterlagen nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern – im Bewusstsein um die gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Bedeutung dieser Aufgabe – mehr Verständnis für die keineswegs unerheblichen Bedarfe des Bundesarchivs entwickeln. Ohne den Beitrag des Bundesarchivs insgesamt und des Stasi-Unterlagen-Archivs im Besonderen können die Erforschung und Aufarbeitung der SED-Diktatur, des Stasi-Terrors und ihrer Folgewirkungen nicht gelingen.

Ich empfinde großen Respekt und tiefe Dankbarkeit für die hoch professionelle und qualitativ beeindruckende Arbeit meiner Kolleginnen und Kollegen. Dass wir nunmehr auf vier arbeits- und erfolgreiche gemeinsame Jahre zurückschauen dürfen, verdankt sich einer großartigen Gemeinschaftsleistung.

Koblenz, im Juli 2025



Prof. Dr. Michael Hollmann
Präsident des Bundesarchivs

1 Rahmenbedingungen für die weitere Integration der Stasi-Unterlagen in das Bundesarchiv

Der vorliegende Zweite Tätigkeitsbericht umfasst den Zeitraum von Juli 2023 bis Juni 2025. Er baut inhaltlich auf dem Ersten Tätigkeitsbericht auf und schreibt die darin aufgeführten Sachstände fort. Alle Tätigkeitsberichte des Bundesarchivs sowie die der früheren Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen sind auf der Homepage des Bundesarchivs einsehbar.

Im aktuellen Berichtszeitraum wurde die Integration der Stasi-Unterlagen in die Archivverwaltung des Bundesarchivs fortgeführt. In diesem Zusammenhang wurden diverse Arbeitsprozesse im Stasi-Unterlagen-Archiv auf den Prüfstand gestellt und weiter vereinheitlicht.

Auf interner fachlicher Ebene haben sich der Austausch und die Zusammenarbeit vor allem mit den beiden Querschnittsabteilungen Archiv- und Informationstechnik weiter verstetigt. Die mit Abstand größte Herausforderung besteht dabei weiterhin in der Einführung des Bundesarchivinformationssystems BASYS, die eine Migration aller im Stasi-Unterlagen-Archiv enthaltenen Erschließungsinformationen erfordert. Es ist absehbar, dass dieses Projekt noch weitere Zeit in Anspruch nehmen wird. Zu nennen sind ferner die gemeinsamen Anstrengungen zur in- und externen Digitalisierung der Stasi-Unterlagen. Beide Themen werden ausführlich in Kapitel 4 dargestellt.

Vertieft wurde auch der Austausch zwischen den Fachbereichen des Bundesarchivs, die für die Erschließung und Nutzung von DDR-Archivgut zuständig sind, und den Fachabteilungen des Stasi-Unterlagen-Archivs. Die so zu gewinnende übergreifende Kenntnis der vorhandenen Bestände zur Überlieferung der DDR soll den Nutzerinnen und Nutzern durch gezielte Verweise auf die gesamte Quellenlage die optimale Nutzung des Archivgutes ermöglichen.

Für das gesamte Bundesarchiv ist die theoretische und praktische Ausbildung künftiger Archivarinnen und Archivare zur Nachwuchsgewinnung wichtig. Hierin sind Beschäftigte des Stasi-Unterlagen-Archivs zunehmend einbezogen, wirken in Auswahl- oder Prüfungskommissionen mit oder sind mit der Begutachtung schriftlicher Prüfungsarbeiten betraut.

1.1 Anpassung der Organisationsstruktur

Die beiden Verwaltungsabteilungen nehmen die Querschnittsaufgaben für das gesamte Bundesarchiv wahr.

Im Berichtszeitraum wurde die Organisationsstruktur des Bundesarchivs auf Abteilungsebene jenseits des Bereichs Stasi-Unterlagen weiter gestrafft. Zudem wurden die Erschließungsreferate in der Abteilung Archiv verdichtet.

Einen Überblick über die aktuelle Organisationsstruktur gibt Anhang 1, der vollständige Organisationsplan steht unter www.bundesarchiv.de/organisationsplan zur Verfügung.

Die Anschriften aller Dienststellen des Bundesarchivs finden sich in Anhang 13.

1.2 Haushalt

Die finanzielle Ausstattung des Bundesarchivs ist die Voraussetzung für die Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben.

Etwa 90 Prozent der Gesamtausgaben des Bundesarchivs resultieren aus Fixkosten: Etwa 60 Prozent des Etats entfallen auf Personalausgaben, 20 Prozent auf Mieten und 10 Prozent auf Betriebs- und Nebenkosten. Daher besteht nur ein sehr geringer Gestaltungsspielraum, um investive Ausgaben in die Weiterentwicklung des Bundesarchivs zu tätigen.

Im Berichtszeitraum hat sich die Haushaltssituation folgendermaßen entwickelt:

Im Haushaltsjahr 2023 beliefen sich die Ausgaben des Bundesarchivs auf 209 158 000 Euro, davon 204 804 000 Euro im Kapitel 0453 sowie 4 354 000 Euro im Zentralkapitel 0451. Insgesamt betrug der Anteil der Personalausgaben 59 Prozent.

Im Haushaltsjahr 2024 hat das Bundesarchiv 214 067 000 Euro verausgabt, anteilig 209 379 000 Euro im Kapitel 0453 sowie 4 688 000 Euro im Zentralkapitel 0451. Davon wurden 59 Prozent für Personalausgaben benötigt.

Im zweiten Regierungsentwurf des Haushaltsplans 2025 wurden für das Bundesarchiv Ausgabemittel in Höhe von 209 201 000 Euro veranschlagt, davon 204 709 000 Euro im Kapitel 0453 sowie 4 492 000 Euro im Zentralkapitel 0451. Für Personalausgaben ist ein Anteil von 61 Prozent vorgesehen.

Zur Stärkung der Bildungs- und Vermittlungsarbeit in Zusammenhang mit § 2 Absatz 2 Stasi-Unterlagen-Gesetz wurde im Haushaltsjahr 2024 ein neuer Titel (543 02) im Kapitel des Bundesarchivs mit einem Ansatz in Höhe von 200 000 Euro ausgebracht. Für die Folgejahre ist – im Unterschied zu 2024 – nicht vorgesehen, dass das Bundesarchiv zusätzliche Mittel zur finanziellen Unterlegung des neuen Titels erhält. Um dennoch sicherzustellen, dass für diesen Aufgabenschwerpunkt auch weiterhin Finanzmittel auf dem Niveau von 2024 zur Verfügung stehen, musste das Bundesarchiv innerhalb seines Kapitels zugunsten des neuen Titels umschichten.

Seit dem Haushaltsjahr 2024 bleiben die veranschlagten Haushaltsmittel hinter den vorhandenen Bedarfen zurück. Das bestehende hohe strukturelle Defizit tritt spätestens seit Ende 2024 deutlich zutage. Bis zu diesem Zeitpunkt konnten strukturelle Defizite mit Ausgaberesten ausge-

glichen werden. Ausgabereste, die zumindest in Anteilen zur Bedarfsdeckung herangezogen werden konnten, stehen – soweit nicht vertraglich gebunden – nicht mehr zur Verfügung. Erschwerend tritt hinzu, dass die Tarif- und Besoldungserhöhungen in den Jahren 2023 und 2024 nicht etatisiert wurden. Erstmals im Haushalt 2024 mussten Personalverstärkungsmittel aus dem Einzelplan 60 in Anspruch genommen werden. Ab dem laufenden Haushaltsjahr 2025 sind erhebliche finanzielle Engpässe zu erwarten, die sich im Jahr 2026 weiter verschärfen dürften.

Die noch im November 2024 getroffenen Einzelplanbeschlüsse des Deutschen Bundestages zur finanziellen Stärkung der Digitalisierung der NS-Bestände als auch zur Unterlegung des Ausbaus der Katastrophenschutzinfrastruktur wurden nahezu zeitgleich durch Auferlegung einer Globalen Minderausgabe in gleicher Höhe konterkariert.

Für eine bedarfsgerechte Finanzausstattung ist im Ergebnis eine deutliche Anhebung des Plafonds des Kapitels des Bundesarchivs zwingend erforderlich. Diese ist beispielhaft und neben der angespannten Situation im Personalhaushalt für die nachstehenden Bereiche geboten, um die Erledigung des gesetzlichen Handlungsauftrages sicherstellen zu können:

- Mieten und Nebenkosten im Einheitlichen Liegenschaftsmanagement (ELM)
- Verpflichtungsermächtigung (VE) des Parlaments zur Digitalisierung zentraler Bestände aus der NS-Zeit
- Digitalisierung von Stasi-Unterlagen und zentraler Karteien (F 16, später auch F 22)
- Instandsetzung und Upgrades der Umlaufkart einschränke des Stasi-Unterlagen-Archivs
- Nicht mehr zentral finanziell geförderte IT-Maßnahmen
- Weiterentwicklung BASYS und Ausbau digitaler Lesesaal
- Jährliche Hardwareerweiterung für umfangreiche Digitalisierungsprojekte
- Lizenzkosten für das KI-Projekt und Weiterentwicklung der KI
- Weiterer Ausbau der Katastrophenschutzinfrastruktur
- Neuaufnahme des Projekts der virtuellen Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen

Die genannten Bereiche erfassen die allermeisten Funktionsbereiche des Bundesarchivs. Die defizitäre Ausstattung mit Haushaltsmitteln trifft somit den gesamten Aufgabenbestand. Es steht zu befürchten, dass die IT-Infrastruktur und die eingesetzte Software nicht mehr auf einem Stand gehalten werden können, der den aktuellen Anforderungen an die Verfügbarkeit und die Sicherheit der IT entspricht. Eine zusehends störungs- und bedrohungsanfälliger IT wird die Folge sein. Dies hat unmittelbare Auswirkungen u. a. auf die Digitalisierung, die als das zentrale Mittel der langfristigen Sicherung der Unterlagen und Informationen gilt. Die Digitalisierung gewinnt aufgrund des geänderten Nutzerverhaltens immer mehr an

Bedeutung, wenn es um die schnelle und ortsunabhängige Bereitstellung von Informationen aus dem Archivgut geht. Auch die Weiterentwicklung der Verwaltungsprozesse und -strukturen ist im Sinne der Nutzerorientierung des Bundesarchivs nicht ohne Digitalisierung und eine zukunftsfähige IT-Architektur denkbar. Längere Bearbeitungszeiten und vermeidbare Ineffizienzen wären die Konsequenz.

Auf der Ebene der Lagerung des physischen Archivguts, das auf unterschiedlichsten Trägermaterialien vorliegt, bedarf es darüber hinaus einer auskömmlichen Finanzausstattung. Die derzeitigen Magazinkapazitäten genügen nicht mehr, um dem steten Zuwachs an Archivgut gerecht zu werden. Die Schaffung neuer Magazinflächen ist zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages unumgänglich. Tragfähige Genehmigungen stehen diesbezüglich aus.

2 Beratungsgremium

Das auf der Grundlage von § 39 Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) eingerichtete Beratungsgremium hat die Aufgabe, den Transformationsprozess des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv zu begleiten und das Bundesarchiv in Belangen, die die Stasi-Unterlagen berühren, zu beraten.

Das Gremium hat zwölf Mitglieder, von denen drei vom Deutschen Bundestag und sechs von den Regierungen der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen benannt werden. Drei weitere Mitglieder, von denen eines einem Verband der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft oder einer Vereinigung oder Interessengemeinschaft von Betroffenen staatlicher Repressionen der ehemaligen DDR angehört, benennt die für Kultur und Medien zuständige oberste Bundesbehörde. Diese Zusammensetzung soll sicherstellen, dass Belange der Opfer der SED-Diktatur und der kommunistischen Herrschaft in der Sowjetischen Besatzungszone sowie landesspezifische Besonderheiten bei der Beratung angemessene Berücksichtigung finden. Zur Übersicht der Mitglieder siehe Anhang 2.

Vorsitzende des Gremiums ist Katrin Budde (in der 19. und 20. Wahlperiode Mitglied des Deutschen Bundestages und dort Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien), ihr Stellvertreter ist Dieter Dombrowski (Bundvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V. (UOKG) und früherer Vizepräsident des Brandenburger Landtages).

Das Gremium trat im Berichtszeitraum zu acht Sitzungen zusammen und befasste sich mit zahlreichen Themen, die sowohl den Transformationsprozess im Allgemeinen als auch die Entwicklung des Stasi-Unterlagen-Archivs und den Umgang mit den Stasi-Unterlagen im Besonderen betrafen.

Regelmäßig informierte sich das Gremium zum aktuellen Sachstand der Entwicklung der Standorte des Stasi-Unter-

lagen-Archivs, zur geplanten Neuaufnahme des Projekts der virtuellen Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen und zur Haushaltslage und tauschte sich dazu mit dem Bundesarchiv aus. Die Fortführung der virtuellen Rekonstruktion von zerrissenen Stasi-Unterlagen steht dabei weiterhin in einem besonderen Fokus des Gremiums (siehe Erster Tätigkeitsbericht, Abschnitt 1.6, S. 13).

Darüber hinaus wurde mit dem Gremium im Berichtszeitraum unter anderem das neue Klassifikationsschema für die Bestände des Stasi-Unterlagen-Archivs, mit dem die Stasi-Unterlagen in die Gesamtsystematik des Bundesarchivs integriert werden, diskutiert. Es brachte sich ferner mit Hinweisen und Vorschlägen in die Gestaltung der gemeinsamen Website von Bundesarchiv und Stasi-Unterlagen-Archiv ein und diskutierte die neuen Konzepte zur Bildungs- und Vermittlungsarbeit in den Regionen.

Einen großen Raum nahm die regionale Entwicklung des Stasi-Unterlagen-Archivs in den Sitzungen des Gremiums ein. In einer internen Arbeitsgruppe beschäftigten sich dessen Mitglieder mit der Ausgestaltung der künftigen Standorte des Stasi-Unterlagen-Archivs. Die dazu erarbeiteten Vorschläge für die künftigen Archivstandorte und Außenstellen ohne Archiv wurden im gesamten Gremium intensiv erörtert und mündeten im März bzw. September 2024 in dem Beschluss „Konzeption der Arbeit der Außenstellen des Stasi-Unterlagen-Archivs beim Bundesarchiv“.

Eine weitere Arbeitsgruppe befasste sich mit dem Forschungskonzept des Stasi-Unterlagen-Archivs und der darin verankerten Ausrichtung der behördeneigenen Forschung. Das Beratungsgremium fasste hierzu den Beschluss „Stärkung der Grundlagenforschung im Stasi-Unterlagen-Archiv“.

Die Vorsitzende versandte die beiden genannten Beschlüsse am 19. September 2024 an die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien und die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages sowie den Beschluss zur Stärkung der Grundlagenforschung im Stasi-Unterlagen-Archiv an den Präsidenten des Bundesrechnungshofes und den Rechnungsprüfungsausschuss im Deutschen Bundestag.

Aktuell setzt sich das Beratungsgremium mit den Zugängen zu den Stasi-Unterlagen für die externe Forschung, die politische Bildung und die Medien auseinander und erörtert in diesem Zusammenhang Überlegungen, eine Änderung des StUG anzuregen. Auch hierzu wurde eine interne Arbeitsgruppe eingerichtet.

In den Sitzungen des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag am 17. Januar und 9. Oktober 2024 berichtete der stellvertretende Vorsitzende, Dieter Dombrowski, über die Arbeit des Beratungsgremiums und die Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv.

3 Standortentwicklung des Bundesarchivs einschließlich der regionalen Entwicklung der Außenstellen des Stasi-Unterlagen-Archivs

Die Standortentwicklung im Bundesarchiv (siehe Erster Tätigkeitsbericht, Abschnitt 1.7, S. 13 ff.) wurde vorangetrieben. Der zugrundeliegende Masterplan sieht die epochenbasierte Konzentration des Archivgutes auf die Standorte Koblenz (Überlieferungsbereich Bundesrepublik Deutschland), Berlin-Lichterfelde (Überlieferungsbereich Deutsches Reich) und Berlin-Lichtenberg (Überlieferungsbereich DDR) vor, ebenso die regionale Weiterentwicklung der Standorte des Stasi-Unterlagen-Archivs. Im Berichtszeitraum wurden die erforderlichen Raum- und Flächenbedarfe erarbeitet, abgestimmt und bei der Beauftragung für Kultur und Medien (BKM) und dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) zur Billigung vorgelegt. Dieser Prozess dauert gegenwärtig an.

Der derzeitige allgemeine Prozess des wirtschaftlichen Umgangs mit Steuermitteln und der Entwicklung der Arbeitswelt wird sich künftig auch entscheidend auf die Standortentwicklung auswirken. In den meisten Fällen wird sich das Flächenbudget zur Bürogestaltung minimieren. Dies kommt vor allem durch den vom BMF festgelegten künftigen wirtschaftlicheren Umgang mit Nutzflächen zum Ausdruck. Im Kern geht es darum, nur so viel Fläche vorzuhalten, wie zur Erfüllung der Aufgabenstellung erforderlich ist. Hierbei sind solche Faktoren wie Teilzeit und mobiles Arbeiten noch stärker in den Fokus der Flächennutzung zu stellen. Gleichermaßen geht es darum, wesentliche Einsparungen in Bezug auf Mietmittel und Betriebskosten umzusetzen, um die knappen Haushaltsmittel auch für Sach- bzw. Fachaufgaben zur Verfügung zu haben.

3.1 Archivstandorte und Außenstellen

Für die Errichtung der künftigen zentralen Archivstandorte Erfurt, Frankfurt (Oder), Halle (Saale), Leipzig und Rostock wurden Machbarkeitsstudien erstellt, die durch das Bundesarchiv ausgewertet und in einen Vorschlag zur Umsetzung überführt wurden. Der Ergebnisbericht wurde nach mehrmaliger Erörterung im Beratungsgremium des Bundesarchivs der BKM vorgelegt. Nach erfolgter Billigung durch die BKM liegt der Bericht aktuell dem BMF zur weiteren Billigung vor.

Gegenwärtig werden auf der Grundlage der Abstimmungen mit dem Beratungsgremium die Bedarfsunterlagen für die Bauprojekte an den zukünftigen Archivstandorten erstellt. Ziel ist es, diese bis zur Mitte des dritten Quartals 2025 bei der BKM zur Billigung vorzulegen.

Zu den künftigen Außenstellen ohne Archiv (Schwerin, Neubrandenburg, Cottbus, Magdeburg, Dresden, Chemnitz, Suhl und Gera) hat das Beratungsgremium ebenfalls einen Strukturvorschlag vorgelegt, der in die weite-

ren Planungen eingeflossen ist. Ziel ist es, eine tragfähige, dem Bedarf angepasste Lösung für die künftige Aufgabenerledigung zu finden.

Die aktuellen Planungen für die im Aufbau befindliche Außenstelle in Cottbus gehen von einer Sanierung des Torhauses in der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus aus. Hierzu befinden sich das Land Brandenburg und der Bund in Abstimmung. Mögliche Vereinbarungen stehen allerdings unter dem Vorbehalt der Haushaltsaufstellungen auf Bundes- und Landesebene. Seitens des Bundes wurde eine Förderung ausgereicht, um die Grundlage für prüfbare Planungsunterlagen zu schaffen. Die bereits etablierten Angebote vor Ort wurden im Berichtszeitraum fortgeführt. Sehr unterstützend ist hierbei die gute Zusammenarbeit mit den in der AG „Politische Bildung“ in Cottbus vertretenen Partnern.

3.2 Weiterentwicklung der Dienststelle des Bundesarchivs in Berlin-Lichtenberg (Archivzentrum zur SED-Diktatur) im Kontext der Weiterentwicklung des Campus für Demokratie

Die für die Weiterentwicklung der Dienststelle des Bundesarchivs in Berlin-Lichtenberg notwendige Überarbeitung einer Machbarkeitsstudie wurde fertiggestellt.

Im Ergebnis sind die für die Unterbringung der DDR-Unterlagen einschließlich der vom Staatssicherheitsdienst hinterlassenen Unterlagen erforderlichen Kapazitäten auf der Liegenschaft darstellbar. Neben der weiteren Nutzung bereits in Betrieb befindlicher Häuser sind die Sanierung des Hauses 22 (ehemaliges Offizierskasino) und des Nordflügels Haus 7 sowie Neubauten auf mehreren Flächen erforderlich. Um die baurechtlichen, städtebaulichen und die durch den Bebauungsplan vorgegebenen Rahmenbedingungen zu erfüllen, ist der Erwerb zweier Grundstücke durch den Bund notwendig. Jetzige Eigentümer sind das Land Berlin bzw. ein privater Investor.

In die Untersuchungen einbezogen wurden auch die Unterbringung der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. sowie Überlegungen für ein künftiges „Forum Opposition und Widerstand 1945–1990“ auf dem Gelände. Die Umsetzung der Ergebnisse der überarbeiteten Machbarkeitsstudie ist daher auch davon abhängig, welche Entscheidungen auf politischer Ebene hierzu getroffen werden.

Hauptziel muss es sein, die erforderlichen Projektunterlagen bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zeitnah zu beauftragen. Diese werden Grundlage für Entscheidungen zur finanziellen Sicherstellung des Projektes sein.

Im Rahmen der Gesamtentwicklung wird weiterhin an der vorgezogenen Sanierung des Hauses 22 festgehalten. Hier soll ein modernes, den denkmalgerechten Verhältnissen angepasstes, zentrales Besucherzentrum für den Campus für Demokratie entstehen. Die Bedarfsplanung

ist erstellt und liegt dem BKM sowie dem BMF zur Billigung vor.

4 Archivbestände

4.1 Überlieferungsformen und Arbeitsschwerpunkte

Die Überlieferung des Staatssicherheitsdienstes gliedert sich in 17 Archivbestände. Neben den Unterlagen auf zentraler Ebene aus dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in Berlin (Bestand MfS 1) umfasst sie das Archivgut der 15 Bezirksverwaltungen des MfS (Bestände MfS 2 bis 16), eingeschlossen sind hierin jeweils auch die Unterlagen aus den zuletzt über 200 Kreisdienststellen und Objektdienststellen der Staatssicherheit. In einem eigenen Bestand zusammengefasst werden darüber hinaus die Unterlagen aus den Gliederungen der SED und DDR-Massenorganisationen, namentlich aus der eigens beim Staatssicherheitsdienst eingerichteten SED-Kreisparteiorganisation sowie den Leitungen der SED-Parteiorganisation bei den MfS-Bezirksverwaltungen (Bestand MfS 17).

Der Überlieferungsumfang an Schriftgut des Staatssicherheitsdienstes beläuft sich insgesamt auf ca. 112 500 lfd. M., darunter 47,8 Millionen Karteikarten. Ferner zählen zur Überlieferung noch verschiedene weitere Unterlagenarten, namentlich Bild- und Tonaufnahmen, aber auch Behältnisse mit zerrissenen Unterlagen, die vom MfS im Zuge seiner Auflösung noch beseitigt werden sollten (für nähere Angaben zu den Bestandsumfängen siehe Anhang 3). In großen Mengen vorhanden ist schließlich noch bereits vom MfS verfilmtes Schriftgut, das generell als Informationersatz für einen Katastrophenfall vorgehalten wurde, teilweise aber auch als Ersatz für vom MfS selbst in die Wege geleitete Vernichtungen von physischen Unterlagen fungierte.

Inhaltlich lässt sich die Überlieferung des Staatssicherheitsdienstes grundsätzlich weiter in zwei große Komplexe unterteilen. Einen Komplex bilden die Unterlagen der Diensteinheiten, die dezentral zum Beispiel in den einzelnen Hauptabteilungen, Abteilungen, Kreis- oder Objektdienststellen des MfS geführt wurden oder sich während der Auflösung des MfS Ende 1989 bzw. Anfang 1990 noch in den Dienstzimmern der Stasi-Mitarbeiter befanden. Den zweiten Komplex bilden die vom MfS angelegten „archivierten“ Ablagen, für deren Verwaltung einheitlich die Abteilungen XII (Auskunft/Speicher) im Ministerium in Berlin sowie in den Bezirksverwaltungen zuständig waren. Der Staatssicherheitsdienst hat diese archivierten Ablagen auch als „Archivbestände“ bezeichnet. Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass das MfS hieraus wiederholt Unterlagen entnommen und vernichtet hat, nach eigenen Richtlinien, die bereits vor der Auflösungsphase der Staatssicherheit galten. Um Missverständnissen vorzubeugen, wird deshalb mit Blick auf die Praxis des Staats-

sicherheitsdienstes der Begriff „archivierte Ablagen“ vorgezogen, da Inhalt eines Archivbestands nach heutigem Fachverständnis grundsätzlich nur Unterlagen sind, denen bleibender Wert zugesprochen wurde. Die überlieferten Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes aus dessen „archivierten Ablagen“ sind heute Teil der Archivbestände des Bundesarchivs und werden folglich dauerhaft aufbewahrt.

Teil der Überlieferung des MfS sind weiterhin auch solche Unterlagen, die dem Staatssicherheitsdienst von anderen Stellen der DDR zur Verwendung überlassen wurden. Dies betrifft beispielsweise Altakten von Staatsanwaltschaften und aus konspirativen Ermittlungen der Kriminalpolizei (Arbeitsgebiet I).

Vom Bereich Stasi-Unterlagen-Archiv wurden für den Berichtszeitraum weiterhin hauptsächlich die archivfachlichen Aufgabenfelder der Erschließung, Recherche, Bereitstellung und manuellen Rekonstruktion verantwortet. Darüber hinaus gab es erneut ein enges Zusammenwirken mit den für Bestandserhaltung und Digitalisierung zentral zuständigen Fachabteilungen des Bundesarchivs. Hervorzuheben sind hier die notwendigen Vorlauf- und Begleitarbeiten zur Auswahl und Bereitstellung von Archivgut für die systematische Digitalisierung von größeren zusammenhängenden Archivgutkomplexen (Programmdigitalisierung) oder die Zusammenarbeit bei der Digitalisierung der zentralen Personenklarnamenkartei F 16 des Ministeriums in Berlin (siehe Abschnitte 4.2 und 4.3).

Stark geprägt waren die Tätigkeiten ferner von der intensiven Zusammenarbeit mit der für die Informationstechnik zuständigen Abteilung. Dies betraf die schrittweise Nutzung des Bundesarchivinformationssystems BASYS in den verschiedenen Bereichen des Stasi-Unterlagen-Archivs sowie die Migration von Erschließungsinformationen aus Altanwendungen des ehemaligen Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) nach BASYS. Ebenfalls zu nennen sind Anpassungen in BASYS zur technischen Erleichterung von datenschutzgerechten Online-Veröffentlichungen für Erschließungsinformationen zu Stasi-Unterlagen sowie der Einstieg in die physische Neusignierung von MfS-Archivgut zur Integration der Stasi-Überlieferung in das einheitliche Signatursystem des Bundesarchivs (siehe Abschnitte 4.2 und 4.4). Insbesondere die Arbeiten zur Datenmigration und technischen Anpassung für die Online-Veröffentlichung von Erschließungsinformationen erzielten Ergebnisse, die die Serviceleistungen im Bereich der Erschließung verbessern. Wesentlich für die Erschließungstätigkeit im Berichtszeitraum waren zudem weitere Klärungen zum Inhalt der Behältnisse mit zerrissenen Unterlagen (siehe Abschnitte 4.2 und 4.6).

Die Mitarbeit in den behördenweiten Arbeitsgruppen zur Erschließung und Digitalisierungssteuerung (siehe Erster Tätigkeitsbericht, Abschnitte 2.2, S. 16 f., und 2.5.3,

S. 21 f.) wurde fortgesetzt. Die Erschließungsbereiche des Stasi-Unterlagen-Archivs wirken hier insbesondere in zwei neu gebildeten Arbeitsgruppen mit, in denen Vorschläge für eine neue, gemeinsame Verwaltungsvorschrift zur Schriftguterschließung und speziell zur Praxis der sachthematischen Erschließung erarbeitet werden. Fortgesetzt und vertieft wurde auch die Zusammenarbeit mit den anderen Fachbereichen des Bundesarchivs, die für die Erschließung und Nutzung von DDR-Archivgut zuständig sind. Hier lag das Augenmerk insbesondere auf dem Umgang mit Parallel- und Doppelüberlieferungen, d. h. Unterlagen, die sich sowohl in den Archivbeständen des MfS als auch in anderen Archivbeständen mit DDR-Provenienz finden lassen. Darüber hinaus wurde die Kooperation mit dem Fachbereich des Bundesarchivs weiter gepflegt, in dessen Zuständigkeit die Überlieferung des ehemaligen NS-Archivs der Staatssicherheit liegt.

Weiterhin fokussiert blieb die Arbeit im Berichtszeitraum auch auf die Möglichkeit zur Unterstützung von Einrichtungen und Gedenkstätten zur Aufarbeitung der Geschichte der DDR und des SED-Regimes. Eine besonders enge Form der Kooperation konnte dabei mit der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen abgestimmt werden. So werden am Standort Berlin-Lichtenberg des Stasi-Unterlagen-Archivs nach Maßgabe der Gedenkstätte weitere Informationen erhoben, die künftig zur Ausweitung der von der Gedenkstätte im Projekt „Daten politischer Verfolgung“ angelegten Datenbasis genutzt werden und in die auch online zugängliche Datensammlung „Haft in der DDR“ einfließen sollen. Abgeschlossen werden konnte im Berichtszeitraum das mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) gemeinsam initiierte Projekt zur Auswahl von Archivgut des MfS, das zentral für eine Sicherung als national wertvolles Kulturgut vorgesehen ist (siehe Erster Tätigkeitsbericht, Abschnitt 2.5.2, S. 21). Daraus resultierende Nachlaufarbeiten werden als Regelaufgabe in der Linienorganisation fortgeführt.

Im Berichtszeitraum wurden schließlich erneut Kenntnisse, die aus der Arbeit mit den Stasi-Unterlagen erwachsen sind, in den nationalen und internationalen Fachaustausch eingebracht und dort zur Diskussion gestellt. Das betraf beispielsweise die Darstellung von Zwischenergebnissen aus dem Projekt zur Karteikartenerkennung mittels Künstlicher Intelligenz (siehe Abschnitt 4.4) auf dem 91. Deutschen Archivtag in Suhl im Oktober 2024 oder auf dem 7. Berliner Archivtag im November 2024. Ein anderes Beispiel ist die Berichterstattung während der Jahrestagung des Europäischen Netzwerks der für die Geheimpolizeiakten zuständigen Behörden im Oktober 2023 zu den Nutzungspotenzialen der Online-Rechercheplattform Archives Portal Europe (Archivportal Europa) und des internationalen Standards EAD (Encoded Archival Description) als Austauschformat zur öffentlichen Präsentation von Erschließungsinformationen im Internet.

4.2 Erschließung

Insgesamt 109 850 lfd. M. der Stasi-Überlieferung sind personenbezogen zugänglich; dies entspricht einem Erschließungsstand von 97,6 Prozent. Sachthematisch erschlossen sind zudem 44 660 lfd. M. (zur sachthematischen Erschließung siehe Erster Tätigkeitsbericht, Abschnitt 2.3.1, S. 17). Etwa 2 650 lfd. M. bedürfen generell noch der Verzeichnung, hierbei handelt es sich um Unterlagen der Dienstseinheiten aus dem Archivbestand des Ministeriums in Berlin (Bestand MfS 1) sowie in geringerem Maße aus der MfS-Bezirksverwaltung Suhl (Bestand MfS 16).

Im Berichtszeitraum wurde deshalb die Erschließung von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes fortgesetzt. Dies betraf zum einen die personenbezogene und sachthematische Erschließung von Unterlagen der Dienstseinheiten, aus dem Archivbestand des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg (Bestand MfS 1) beispielsweise Unterlagen der Teilbestände Abteilung XI (Chiffrierwesen), Abteilung XIII (Zentrale Rechenstation), Abteilung Nachrichten (N), der Verwaltung Rückwärtige Dienste (VRD), des Wachregiments (WR) „Feliks E. Dzierżyński“ oder des Zentralen Medizinischen Dienstes (ZMD). Im Archivbestand der MfS-Bezirksverwaltung Suhl (Bestand MfS 16) bezogen sich die Arbeiten u. a. auf die Teilbestände Abteilung III (Funkaufklärung, Funkabwehr) und Abteilung XVIII (Volkswirtschaft).

Zum anderen wurde die sachthematische Erschließung von Unterlagen insbesondere aus den archivierten Ablagen des MfS fortgesetzt. Hierbei standen erneut vor allem Betroffenenunterlagen im Vordergrund: Akten, die vom Staatssicherheitsdienst angelegt wurden mit dem Ziel der Ausspähung, Überwachung oder verdeckten Verfolgung und Bekämpfung von Personen, Gruppierungen und Organisationen, die das MfS als „feindlich“ einschätzte, denen es misstraute oder die es ganz generell für beobachtungsrelevant hielt.

Zusammen konnten im Berichtszeitraum ca. 875 lfd. M. Schriftgut archivisch bearbeitet werden. Ferner wurden erneut zahlreiche Bildaufnahmen erschlossen, die lose überliefert sind und aus verschiedenen Archivbeständen der Staatssicherheit stammen. Im Berichtszeitraum betraf dies knapp 108 000 Fotos. Darüber hinaus wurden weitere Tonaufzeichnungen aus der MfS-Überlieferung erschlossen.

Erschließung bedeutet das Öffnen („Aufschließen“) der historischen Überlieferung durch ihre Zugänglichmachung, soweit dies im Rahmen der rechtlichen Vorschriften möglich ist. Dies schließt auch alle technisch-organisatorischen Maßnahmen der Zugänglichmachung ein, darunter insbesondere solche, die der praktischen Zugangserleichterung und -vereinfachung dienen. Um vorzugsweise auch in dieser Hinsicht die Service- und Arbeitsleistungen im Bereich der Erschließung weiter zu verbessern, wurden im aktuellen Berichtszeitraum zahlreiche Anstrengungen

unternommen und Arbeitsaufgaben fortgeführt, die der Integration und Erweiterung des Datenbestandes an Erschließungsinformationen über Archivgut der Staatssicherheit innerhalb des einheitlichen Bundesarchivinformationssystems BASYS dienen. Das betraf einerseits die Migration von Erschließungsinformationen aus der Altanwendung SAE (Sachaktenererschließung) des Stasi-Unterlagen-Archivs nach BASYS sowie die Aufnahme einer Vielzahl der retrokonvertierten Daten aus analogen Nachweisangaben, sogenannten Archivregistrierbüchern. Im Rahmen der skizzierten Migrations- bzw. Integrationsarbeiten konnten im Berichtszeitraum ca. eine Million Datensätze nach BASYS migriert werden und stehen dort für die Bearbeitung von Anfragen oder Anträgen auf Nutzung zur Verfügung. Dies betrifft Erschließungsinformationen zu Teilbeständen aus der Überlieferung des Ministeriums in Berlin (Bestand MfS 1) sowie aus den MfS-Bezirksverwaltungen Cottbus (Bestand MfS 3), Halle (Saale) (Bestand MfS 8) und Magdeburg (Bestand MfS 11).

Mit den genannten Arbeiten verbunden ist die Nutzung von BASYS im Wirkbetrieb, die im Berichtszeitraum in den Erschließungsbereichen des Stasi-Unterlagen-Archivs aufgenommen werden konnte. Mit der Integration der Daten nach BASYS kann zugleich die Rechercheapplikation *invenio* im Stasi-Unterlagen-Archiv zunehmend genutzt werden, was vor allem die Recherche- und Bestellprozesse zwischen den Arbeitsbereichen im Stasi-Unterlagen-Archiv wesentlich effizienter macht. Aufgrund der Fortschritte bei der Karteikartendigitalisierung (siehe Abschnitte 4.3 und 4.4) kann nun auch in BASYS die interne Recherche und Konsultation der digitalisierten Karteikarten erfolgen.

Andererseits konnten im Berichtszeitraum die Voraussetzungen dafür erarbeitet werden, dass mit Hilfe von BASYS künftig auch das Verfahren zur Online-Veröffentlichung von Erschließungsinformationen technisch vereinfacht wird. Aufgrund der Vorschriften des Stasi-Unterlagen-Gesetzes zum bereichsspezifischen Datenschutz müssen auch weiterhin alle zu den MfS-Unterlagen vorhandenen Erschließungsinformationen einzeln auf ihre Veröffentlichungsfähigkeit geprüft und gegebenenfalls durch Anonymisierung oder Pseudonymisierung für eine Veröffentlichung überarbeitet werden. Dieser Prozess war und bleibt arbeits- und personalaufwändig, er wird künftig aber durch eine Anpassung in BASYS in der technischen Durchführung wesentlich erleichtert. Insgesamt stehen derzeit ca. 300 000 Titelangaben über BASYS bzw. *invenio* im Internet für eine Konsultation zur freien Verfügung. Dies betrifft Erschließungsinformationen aus allen 17 Archivbeständen des MfS, neben Angaben zur Überlieferung aus dem Ministerium in Berlin ebenso aus den 15 MfS-Bezirksverwaltungen, knapp 100 MfS-Kreisdienststellen oder zu den Leitungsebenen der SED im Ministerium und in den Bezirksverwaltungen. Das Angebot umfasst ferner ca. 17 400 Spielzeitminuten Tonaufzeichnungen sowie di-

gitale Reproduktionen von Schriftgut im Umfang von ca. 66 000 Aktenseiten aus verschiedenen MfS-Dienstseinheiten und der SED-Kreisparteileitung im Ministerium.

In gleicher Weise stellt das Stasi-Unterlagen-Archiv Erschließungsinformationen auch weiterhin in nationalen und internationalen Internet-Verbundportalen zur Verfügung, um vernetzte Recherchen und Forschungen zu unterstützen. Im Berichtszeitraum betraf dies im nationalen Bereich wiederum die Online-Rechercheplattformen Archivportal-D und Deutsche Digitale Bibliothek (DDB), im internationalen Bereich das Archivportal Europa (Archives Portal Europe).

Der Verbesserung von Service- und Arbeitsleistungen dienen ferner die gemeinsamen Befassungen mit anderen Fachabteilungen des Bundesarchivs zur Weiterentwicklung von Standards und Strategien der Erschließung. Durch die seit der Integration neu gegebene Einbettung der Stasi-Unterlagen in den Kontext der beim Bundesarchiv vorhandenen DDR-Überlieferung können die Unterlagen noch stärker inhaltlich aufeinander bezogen betrachtet werden. So kann unter übergreifenden Gesichtspunkten die Praxis der archivischen Erschließung gemeinsam auf Angleichungs- bzw. Vereinheitlichungspotenziale hin überprüft werden, bei gleichzeitiger Beachtung der unterschiedlichen Rechtsgrundlagen nach Bundesarchivgesetz und Stasi-Unterlagen-Gesetz, die auch künftig zu differenzierten Bearbeitungsweisen führen können.

In besonderer Weise – aber nicht ausschließlich – trifft dies auf solche Unterlagen zu, die als Doppel- oder Parallelüberlieferungen anzusehen sind, beispielsweise weil sich Schriftstücke von anderen Stellen der DDR in Kopie in der MfS-Überlieferung befinden, etwa Beteiligungsvorlagen aus dem DDR-Ministerrat oder Schriftverkehr zwischen Staatssicherheit und SED. Auch an parallel vorkommende Überlieferungsformen wie Akten der DDR-Staatsanwaltschaften bzw. Militärstaatsanwaltschaften, Gefangenenspersonalakten u. a. m., die sich sowohl in den Beständen des MfS als auch in anderen DDR-Beständen des Bundesarchivs befinden, ist hier zu denken.

Das Bundesarchiv als Gesamthaus widmet sich dieser Thematik auf mehreren Ebenen. Hervorgehoben werden kann dabei zunächst die Tätigkeit der behördenweiten Arbeitsgruppe Erschließung (siehe Erster Tätigkeitsbericht, Abschnitt 2.2, S. 16 f.). Die dort gemeinsam definierten Aufgabenstellungen werden in zwei hierfür speziell eingerichteten Arbeitsgruppen fortgeführt. Eine Arbeitsgruppe widmet sich der Erarbeitung eines Vorschlags für eine neue, gemeinsame Erschließungsrichtlinie für Schriftgut (Akten und Karteien), die andere vertieft die gemeinsamen Betrachtungen speziell zur Thematik der sachbezogenen Erschließung. In beiden Gruppen werden intensiv die Potenziale zur Verbesserung und Vereinheitlichung von Erschließungsvorgaben und ihrer Umsetzung in der Praxis erörtert.

Darüber hinaus fand im Berichtszeitraum weiterhin ein intensiver Austausch zwischen den für die DDR-Überlieferung zuständigen Erschließungs- und Nutzungsbereichen des Bundesarchivs sowie den betreffenden Abteilungen aus dem Bereich Stasi-Unterlagen-Archiv statt. Hierbei stand im Besonderen der Umgang mit den bereits erwähnten Parallel- und Doppelüberlieferungen im Fokus. Ziel ist es nicht zuletzt auch, den Beratungsprozess für Nutzende zu optimieren, etwa durch intensivere Verweise auf inhaltlich einander entsprechende oder ergänzende bzw. anverwandte Überlieferungsformen oder durch Schritte zu nutzungserleichternden Steuerungsangeboten „aus einer Hand“. Dies wiederum zeitigt Auswirkungen auf die konkrete Ausgestaltung des Arbeitsprozesses auch bei der Erschließung von MfS-Archivgut.

Als Sonderaufgabe ist dem Stasi-Unterlagen-Archiv der fachliche Umgang mit den zerrissen überlieferten Unterlagen des MfS gestellt. Ebenfalls Erschließungszwecken, wenn auch zunächst auf der Ebene einer Sichtungsstufe, dient die nähere Klärung des Inhalts jener Behältnisse, in welchen die zerrissenen Unterlagen überliefert sind (siehe Erster Tätigkeitsbericht, Abschnitt 2.6, S. 22 f.). Zumeist handelt es sich dabei um Säcke. Die Sichtungsergebnisse erlauben insbesondere eine exaktere Priorisierung der Reihenfolge zur Rekonstruktion der zerrissenen Unterlagen (siehe Abschnitt 4.6). Im Berichtszeitraum wurden die Arbeiten zur Feinsichtung der Behältnisse mit zerrissenen Unterlagen wesentlich ausgeweitet, um in näherer Zeit zu einem Abschluss dieser gleichermaßen umfangreichen wie aufwändigen Arbeitsaufgabe zu gelangen.

Der Zugangserleichterung dienen schließlich auch die verschiedenen Vorhaben zur Digitalisierung bzw. digitalen Verfügbarkeit des Archivgutes. Neben der Digitalisierung zu Nutzungszwecken im Rahmen der Antragstellung (Digitalisierung on demand) sowie der inhäusig betriebenen systematischen Digitalisierung gilt dies auch für die im Berichtszeitraum vorangetriebene systematische Digitalisierung bzw. Programmdigitalisierung von Aktenschriftgut (siehe Abschnitt 4.3). In die dazu erforderlichen Vor- und Nachlaufarbeiten (siehe Abschnitt 4.4) sind auch die Erschließungsbereiche des Stasi-Unterlagen-Archivs eingebunden. Im Rahmen dieser Arbeiten wurden beispielsweise aus der Überlieferung des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin (Bestand MfS 1) die Unterlagen aus den Dienstseinheiten bzw. Teilbeständen Abteilung X (Internationale Verbindungen), Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (AG BKK), Hauptverwaltung A (HVA), Sekretariat des Ministers für Staatssicherheit (SdM), Sekretariate der Stellvertreter des Ministers (Sekretariate Rudi Mittig, Gerhard Neiber, Rolf Schwanitz) und Zentraler Operativstab (ZOS), ferner die Dissertationen und Diplomarbeiten der Juristischen Hochschule (JHS) sowie die Sammlung der MfS-eigenen zentralen dienstlichen Bestimmungen aus der Dokumentenstelle beim Büro der Leitung (BdL/Dok.) unter wesentlicher Mitwirkung auch

der Erschließungsbereiche für die Programmdigitalisierung vorbereitet; dies schloss die Überarbeitung und Anpassung von Erschließungsinformationen zur Migration in das Bundesarchivinformationssystem BASYS ein.

4.3 Digitalisierung

Die Digitalisierung von Archivgut ist ein Tätigkeitsfeld von zentraler Bedeutung für das Bundesarchiv. Ein Schwerpunkt in der Strategie des Gesamthauses sind neben der Überlieferung aus der Zeit des Nationalsozialismus die Stasi-Unterlagen. Die Herstellung digitaler Reproduktionen dient mehreren Zielen: Einmal digitalisierte Unterlagen werden im Regelfall Antragstellerinnen und Antragstellern nicht mehr im Original zur Benutzung bereitgestellt. Gerade bei häufig angefragten Unterlagen hat die Digitalisierung einen konkreten Nutzen für den Erhalt der Originale. Da zudem vielen Papieren aus DDR-Produktion nur eine begrenzte Lebensdauer zuzumessen ist (siehe Abschnitt 4.5), dient die Digitalisierung der Sicherung der auf den Unterlagen überlieferten Informationen. Schließlich ist es generell zunehmend die Erwartungshaltung der Öffentlichkeit, Dokumente digital bereitgestellt zu bekommen; sofern die Rechtsvorschriften es zulassen, auch über die entsprechenden Online-Portale.

Zur Herstellung von Digitalisaten im Bereich Stasi-Unterlagen unterhält das Bundesarchiv eine Digitalisierungsstrecke am Standort Berlin-Lichtenberg, die im Berichtszeitraum personell und mit zusätzlicher Scantechnik ausgebaut wurde. Neben weiteren standardisierten Digitalisierungsarbeitsplätzen für die Akten- und Karteikartenüberlieferung wurden auch Scanner für Großformate und für Mikroformen (verfilmtes Schriftgut) in Betrieb genommen. Sowohl die Mikrofilm- und Mikrofilmescanner als auch die Großformatscanner erhöhen die Effizienz und den Durchsatz signifikant. Die bereits durch den ehemaligen BStU eingerichtete Digitalisierungsstrecke in der Außenstelle Schwerin wurde mit neuer Scantechnik ausgestattet und in die standardisierten Abläufe im Bundesarchiv integriert. Für die Bearbeitung von Anträgen und Ersuchen (Digitalisierung on demand) wurden im Berichtszeitraum 8,3 Millionen Schriftgutdigitalisate angefertigt, davon fünf Millionen von papiergebundenen Vorlagen und 3,3 Millionen von Mikrofilm.

Daneben werden geschlossene größere Schriftgutkomplexe systematisch digitalisiert. Im Bereich der Aktenüberlieferung erfolgt dies durch einen externen Dienstleister. Vorrangig werden hier besonders bedeutende und viel genutzte Unterlagenkomplexe digitalisiert, die insbesondere als Teil des Kernbestandsprofils der Überlieferung des MfS gelten (siehe Erster Tätigkeitsbericht, Abschnitt 2.5.2, S. 21). Im Berichtszeitraum betraf dies zunächst die dem Bestand MfS 1 (Ministerium für Staatssicherheit) zugehörige Überlieferung der Hauptverwaltung A, der Stellvertreterbereiche des Ministers (Sekretariate Rudi Mittig,

Gerhard Neiber, Wolfgang Schwanitz) sowie verschiedene Überlieferungsteile aus dem Sekretariat des Ministers (Teilbestand SdM). Insgesamt entstanden in diesem Zusammenhang bislang rund 430 000 Digitalisate.

Inhäusig fortgeführt wurde die systematische Digitalisierung der zentralen Personenklarnamenkartei F 16 am Standort Berlin. Insgesamt sind inzwischen über vier Millionen Karteikarten der F 16 digitalisiert. Dies entspricht über 70 Prozent der zu dieser Kartei erhaltenen Karteikarten. Die Digitalisate stehen anschließend für eine Recherche im Bundesarchivinformationssystem BASYS zur Verfügung. Ziel ist es, in einem weiteren Schritt die Texterfassung und Recherchierbarkeit in einer Datenbank mittels Künstlicher Intelligenz herzustellen. Das Vorhaben steht im Kontext eines übergreifenden Projektes zum Einsatz Künstlicher Intelligenz im Bundesarchiv (siehe dazu Abschnitt 4.4).

Fortgesetzt wurde auch die Digitalisierung von audiovisuellem Archivgut aus der Überlieferung der Staatssicherheit. Der Prozess ist für Videos und Tonträger des MfS bereits sehr weit fortgeschritten. Insgesamt liegen über 20 300 digitalisierte Tondokumente mit einer Spielzeit von ca. zwei Millionen Minuten vor. Die auf Video überlieferten Eigenproduktionen des MfS sind bereits vollständig digitalisiert. Auf Antrag werden noch Videodokumente mit Fremdrechten (z. B. Medienmitschnitte) bearbeitet. Insgesamt liegen im Bereich Video fast 1 100 Einheiten mit einer Spielzeit von über 113 500 Minuten digital vor.

Die Digitalisierung von fotografischen Materialien wurde ebenfalls fortgeführt. Neben der Digitalisierung im Rahmen der Antragsbearbeitung ist weiter die systematische Identifizierung und Digitalisierung von Fotonegativen auf Cellulosenitratträger (sogenannter Nitrofilm) Schwerpunkt der Tätigkeit der Fotowerkstatt. Insgesamt liegen rund 300 000 Bilder digital vor. Davon entstanden ca. 54 000 Digitalisate im Berichtszeitraum.

4.4 Bereitstellung und Recherchen; KI-gestützte Karteikartenerkennung

Unverändert gehörten die Bereitstellung von Unterlagen sowie die Bearbeitung von Rechercheanforderungen zu den zentralen Arbeits- und Serviceleistungen des Archivbereichs im Stasi-Unterlagen-Archiv. Im Berichtszeitraum wurden ca. 190 000 Archivalien für Nutzungszwecke nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz durch die Magazindiens-te bereitgestellt. Die Karteibereiche bearbeiteten in dieser Zeit insgesamt etwa 364 500 Personenrecherchen.

Im Bereich der Personenrecherchen beginnen die Bearbeitungen weiterhin sehr oft mit der Konsultation der vom MfS einheitlich in dessen Abteilungen XII (Auskunft/Speicher) geführten Karteien F 16 und F 22. Die Kartei F 16 enthält als Personenklarnamenkartei die Angaben zu allen Personen, die vom Staatssicherheitsdienst zentral er-

fasst wurden. Sie ist nach dem phonetischen Alphabet geordnet und verweist in vielen Fällen mittels einer individuellen Registriernummer auf der jeweiligen Karteikarte auf die Kartei F 22. Diese diene dem Nachweis verschiedener Aktenarten, die ebenfalls zentral nachweispflichtig innerhalb des Staatssicherheitsdienstes waren (zentrale Vorgangskartei). Das betrifft neben Akten, die aus Aufträgen zur Ausspähung oder verdeckten Bekämpfung und Verfolgung resultierten, beispielsweise auch Vorgangskategorien aus der Zusammenarbeit mit geheimen Zuträgern. Die F 22 ist nach der Reihenfolge der Registriernummern sortiert. Die Aufteilung der beiden Karteien diene der sogenannten inneren Konspiration der Stasi: Während aus der F 22 die Klarnamen der Personen nicht ersichtlich sind, zu denen die jeweiligen Akten geführt wurden, ist aus der Kartei F 16 in den entsprechenden Fällen nicht erkennbar, welchen Aktenkategorien die dort im Klarnamen genannten Personen zugeordnet sind. Lediglich in vom MfS als geheimpolizeilich minderrelevant angesehenen Fällen wurden die zu den Unterlagen führenden Nachweise bereits direkt in der Personenkartei F 16 vermerkt.

Beide Karteiarten wurden nicht nur dazu verwendet, laufende Vorgangsarten nachzuweisen, sondern auch, um nach Abschluss der Aktenführung den Standort der Unterlagen in den archivierten Ablagen des MfS festzuhalten. So enthält die Kartei F 16 beispielsweise die vom MfS vergebenen Archivsignaturen für die von den DDR-Staatsanwaltschaften übernommenen Altakten, die Kartei F 22 hingegen die MfS-Archivsignaturen zu den erwähnten Akten der Staatssicherheit. Für die heutige Praxis der archivischen Recherche und Beauskunftung folgt daraus, dass sehr häufig beide Karteien konsultiert werden müssen, um zunächst überhaupt feststellen zu können, ob und welche Unterlagen zu einer Person vorhanden sind. Der überlieferte Umfang der vom Staatssicherheitsdienst geführten Karteien F 16 und F 22 ist erheblich: Er beläuft sich für den Bereich der ehemaligen Stasi-Zentrale (Ministerium in Berlin, einschließlich Bezirksverwaltung Berlin) auf ca. 5,45 Millionen Karteikarten der F 16 sowie auf etwa 1,4 Millionen Karteikarten der F 22. Aus den 14 MfS-Bezirksverwaltungen außerhalb Berlins sind insgesamt ca. 2,7 Millionen Karten zur Kartei F 16 sowie 910 000 Karteikarten zur F 22 erhalten.

Die digitale Nutzbarkeit von Karteibeständen wird die Serviceleistungen im Bereich der personenbezogenen Recherchen verbessern und beschleunigen. Mit der im Berichtszeitraum fortgesetzten Digitalisierung der Kartei F 16 aus der Zentrale des Staatssicherheitsdienstes in Berlin (siehe Abschnitt 4.3) ist ein Projekt zur Karteikartenerkennung mittels Künstlicher Intelligenz (KI) verbunden, in welches die digitalen Reproduktionen der Kartei einbezogen sind. Das Vorhaben soll dazu beitragen, die auf den Karteikarten erfassten Informationen KI-gestützt zu erkennen und die digitale Recherche zu unterstützen. Verschiedene auf den Karten enthaltene Informationen (z. B. Name, Geburtsdatum, Registriernummer) sollen dabei

durch das KI-Modell erkannt und im Bundesarchivinformationssystem BASYS mit Bezug auf die jeweilige Karteikarte gespeichert werden. Dazu werden neuronale Netze zur Texterkennung und zur Werte-Extraktion trainiert. Die in BASYS gespeicherten Informationen sollen die digitale Recherche nach Karteikarten und darauf erfassten Daten wie Personen oder Registriernummern erleichtern. Dadurch werden nicht nur Bearbeitungszeiten verkürzt, sondern auch die originalen Karteikarten geschont werden, sodass dieses Projekt gleichzeitig der konservatorischen Bestandserhaltung dient (siehe Abschnitt 4.5).

Im Berichtszeitraum wurde das Training neuronaler Netze für die Texterkennung und Werte-Extraktion fortgesetzt. Anschließend an die erste Projektphase, in der Softwareprodukte zur Werte-Extraktion auf ihre Eignung geprüft und ein Konzept zur Integration der KI-Modelle und der erkannten Daten in die IT-Systeme des Bundesarchivs entworfen worden waren, konnten im Berichtszeitraum die nächsten beiden Projektphasen umgesetzt werden. In der zweiten Phase wurden Trainings- und Validierungsdaten für Modelle zur Textfindung, zum Lesen sowie zur Werte-Extraktion für die je drei häufigsten Formblätter der beteiligten Karteibestände erstellt. Die Modelle wurden mit Trainingsdaten einem „Finetuning“ zur Erkennung der ausgewählten Karteibestände unterzogen. Um das Einlesen der durch die Modelle erzeugten Daten in BASYS zu erproben, entwickelte die beauftragte Firma eine Testanwendung. Diese verarbeitete ausgewählte Karteikartendigitalisate und lieferte kleine Datenmengen in das Testsystem von BASYS, um die Verwendbarkeit der Erkennungsdaten zu prüfen.

Nach Auswertung der Testergebnisse begann die dritte Projektphase zur Verbesserung der Erkennungsqualität. Zum Ende dieser Phase konnte für die Kartei F 16 die Erkennungsqualität der Felder „Nachname“, „Vorname“, „Geburtsdatum“ und „Geburtsort“ deutlich verbessert werden. Aufgrund der hohen Varianz im Layout der Karteikarten sollen die Modelle aber an weiteren Formblättern getestet werden, um die Übertragbarkeit der bisherigen Trainingsergebnisse zu ermitteln. Dazu wurde für insgesamt 30 Formblätter je ein Testdatenset erstellt. Um die Karteikartenerkennung langfristig produktiv nutzen zu können, wird aktuell eine Ausschreibung vorbereitet.

Neben den beiden zentral von den Abteilungen XII des MfS geführten Karteien F 16 und F 22 sind viele weitere personenbezogene Karteiarten des Staatssicherheitsdienstes erhalten, die bei den Recherchen häufig zu berücksichtigen sind. Viele dieser Karteien wurden von den verschiedenen Dienstseinheiten der Staatssicherheit eigenständig geführt; sie werden daher als dezentrale Karteiarten bezeichnet. Hervorzuheben sind hier die sogenannten Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskarteien (VSH-Karteien). Sie stellten für das MfS sehr wichtige Informationsspeicher dar und führen häufig ebenfalls noch zu Unter-

lagen, die in den jeweiligen Dienstseinheiten geführt und dort auch nach Bearbeitungsschluss verwahrt wurden. Der Umfang der überlieferten VSH-Karteien ist gleichfalls beträchtlich: ca. 3,56 Millionen Karteikarten sind für das Ministerium in Berlin sowie die Berliner Bezirksverwaltung und Kreisdienststellen erhalten, etwa 9,6 Millionen Karteikarten sind aus den 14 Bezirksverwaltungen und ihren Kreisdienststellen außerhalb Berlins vorhanden.

Weitere personen- oder sachbezogen aufgebaute Arbeitskarteien aus den verschiedenen Dienstseinheiten des MfS werden bei Rechercheanfragen bedarfsweise ebenfalls herangezogen. Insgesamt sind im Stasi-Unterlagen-Archiv etwa 11 200 personen- oder sachbezogene Karteien überliefert, die zusammen ca. 47,8 Millionen Karteikarten umfassen.

Unverändert wurden im Berichtszeitraum Recherchen in den vom Stasi-Unterlagen-Archiv betriebenen personenbezogenen Datenbanken durchgeführt. Hervorzuheben ist hier die Fachanwendung EPR (Elektronisches Personenregister), die aktuell über 34 Millionen Datensätze enthält. Zunehmend werden daneben bereits Personenrecherchen im Bundesarchivinformationssystem BASYS durchgeführt. Am Standort Berlin-Lichtenberg werden darüber hinaus weitere IT-Fachanwendungen zur personenbezogenen Recherche genutzt, beispielsweise die Datenbank „Rosenholz“ zu Personen, die von der Hauptverwaltung A des MfS erfasst waren.

Die Magazindienste des Stasi-Unterlagen-Archivs waren im Berichtszeitraum weiter wesentlich mit der Vorbereitung von Unterlagen zur systematischen Digitalisierung von Aktenschriftgut (Programmdigitalisierung) befasst. Im Berichtszeitraum wurden hierzu ca. sieben Millionen Einzelseiten aus verschiedenen MfS-Archivbeständen technisch so vorbereitet, dass sie durch einen externen Dienstleister effektiv verarbeitet werden können. Nach Rückgabe der Originale und Übermittlung der Digitalisate durch die externe Firma sind die Qualität der Ergebnisse und die Vollständigkeit der Unterlagen zu prüfen.

Zu den Serviceleistungen der Magazindienste gehörte im Berichtszeitraum schließlich unverändert die technische Aufbereitung von Archivgut für die Nutzung. Die Zahl der im Berichtszeitraum hierzu bearbeiteten Unterlagen beläuft sich auf 74 000 Archivalieneinheiten. Mit diesem Service nehmen die Magazindienste gleichzeitig Aufgaben der präventiven Bestandserhaltung wahr. Ihnen obliegt zudem die physische Vergabe der neuen, einheitlichen Archivsignaturen (Etikettierung) für die Unterlagen aus den Archivbeständen des MfS.

4.5 Bestandserhaltung

Der Erhalt der Stasi-Unterlagen im Original als einzigartige Überlieferung und wertvolles Kulturgut ist eine zentrale Aufgabe des Bundesarchivs. Das Bundesarchiv legt den Schwerpunkt beim Originalerhalt auf präventive Be-

standserhaltungsmaßnahmen, um Schäden zu vermeiden und den Erhalt der Unterlagen für einen möglichst langen Zeitraum zu gewährleisten (siehe Erster Tätigkeitsbericht, Abschnitt 2.5.1, S. 20 f.). Dafür ist die Herstellung fachgerechter Aufbewahrungsbedingungen die wichtigste Maßnahme. Im Bereich des Stasi-Unterlagen-Archivs werden an den Standorten Berlin-Lichtenberg, Halle und Chemnitz fach- und normgerechte Klimabedingungen erreicht. An den anderen Standorten ist die Unterbringung als nicht fachgerecht anzusehen. Jedoch konnte an keinem Standort im Berichtszeitraum eine signifikante Verschlechterung des Zustandes der Stasi-Unterlagen festgestellt werden. Eine akute Gefährdungslage für ihren Erhalt besteht daher nicht.

Die Stasi-Unterlagen sind weit überwiegend auf säurehaltigem Papier von teils minderer Qualität überliefert. Natürliche Zersetzungsprozesse begrenzen dessen Benutzbarkeit. Kühle und trockene Lagerung sowie eine Verringerung der mechanischen Einwirkungen auf die Objekte begünstigen den langfristigen Erhalt. Konkrete Aussagen zur Benutzbarkeit des Papiers sind aufgrund fehlender wissenschaftlicher Untersuchungen kaum zu treffen. Das Bundesarchiv hat daher ein Projekt initiiert, in dem mittels Messungen mit Nahfeldinfrarotspektroskopie Erkenntnisse über materielle Beschaffenheit und Zustand, insbesondere das Ausmaß des Substanzabbaus, der Stasi-Unterlagen gewonnen werden sollen. Mit Hilfe etablierter Modelle können aus solchen Messdaten Prognosen für die Benutzbarkeit der Papiere unter unterschiedlichen Lagerungsbedingungen erstellt werden. Strategien zur Digitalisierung und zur weiteren Unterbringung der Unterlagen können auf solchen Prognosen aufbauen.

Eine sehr wichtige präventive Maßnahme zum Schutz des Archivgutes ist die fachgerechte Verpackung. Die systematische Verpackung von Stasi-Unterlagen wurde im Berichtszeitraum fortgeführt. Dabei ist aber der Fortgang der Verpackungsmaßnahmen an vielen Standorten, u. a. in Berlin-Lichtenberg, zunehmend von der Bereitstellung zusätzlicher Unterbringungsflächen abhängig, denn die das Archivgut umschließenden Verpackungsmaterialien führen zu einem relevanten Volumenzuwachs, der in den Bestandsgebäuden nicht völlig abgedeckt werden kann.

Ein Schwerpunkt der Bestandserhaltung für das gesamte Bundesarchiv war im Berichtszeitraum der Ausbau der Notfallinfrastruktur. Starkregen, Hochwasser und andere Naturkatastrophen bedrohen zunehmend das Kulturgut in Deutschland. Archive müssen daher für Szenarien, in denen Archivgut durch Wasser, Feuer oder mechanische Einwirkungen geschädigt wird, vorbereitet sein. Alle Standorte des Stasi-Unterlagen-Archivs sind mit Notfallboxen ausgestattet, die hinreichend Materialien enthalten, um kleinere Havarien bewältigen zu können. Für mittlere und große Havarien hat das Bundesarchiv 2023 drei mobile Erstversorgungszentren (sogenannte Notfallanhänger) für geschädigtes Archivgut in Dienst gestellt. Das mobile Erstversor-

gungszentrum Berlin versorgt dabei die Dienststellen des Stasi-Unterlagen-Archivs. Um Abläufe für den Notfall zu trainieren, fand im Mai 2024 eine Notfallübung des Bundesarchivs in Koblenz statt, an der auch nahezu alle Dienststellen des Stasi-Unterlagen-Archivs teilnahmen.

Durchnässtes Archivgut muss eingefroren und in speziellen Gefriertrocknungsanlagen schonend und langsam getrocknet werden. In der Außenstelle Chemnitz hat das Bundesarchiv 2025 eine zusätzliche Gefriertrocknungsanlage (weitere Anlagen befinden sich in Berlin-Lichterfelde und Koblenz) in Betrieb genommen, die insbesondere bei entsprechenden Notfällen in Sachsen und den benachbarten Bundesländern zum Einsatz kommen soll.

In der Restaurierungswerkstatt am Standort Berlin-Lichtenberg wurden im Berichtszeitraum ca. 100 000 Aktenseiten, ca. 1 500 Karteikarten, 197 Registrierbücher, ca. 25 200 fotografische Materialien sowie ca. 250 Großformate (vor allem Karten und Pläne) restauriert.

4.6 Sichtung und Rekonstruktion zerrissener Unterlagen

Zwischen Bestandserhaltung und Erschließung angesiedelt sind als spezifische Aufgabenstellung für den Bereich des Stasi-Unterlagen-Archivs die Sichtung und Wiederherstellung der vom Staatssicherheitsdienst während seiner Auflösung 1989/90 noch zerrissenen Unterlagen. Beide Aufgaben wurden auch im aktuellen Berichtszeitraum fortgeführt.

So fand weiter die sogenannte Feinsichtung der Behältnisse mit zerrissenen Unterlagen statt, um das Material inhaltlich zu priorisieren und anhand der feststellbaren Schadensbilder mit verfahrenstechnischen Empfehlungen für die Rekonstruktion zu versehen. Auf diese Weise konnten bisher rund 8 900 Behältnisse mit zerrissenen Unterlagen bearbeitet (feingesichtet) werden; dies entspricht etwa 58 Prozent der erhaltenen Lagerungsmenge. Hiervon sind ca. 3 800 Lagerungseinheiten feingesichtet mit Materialien aus der ehemaligen MfS-Zentrale in Berlin sowie 5 100 Behältnisse aus den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen der Staatssicherheit in den ostdeutschen Regionen.

Im Rahmen der manuellen Rekonstruktion wurden im Berichtszeitraum ca. 23 000 Blatt an zerrissenen Dokumenten, Vorgängen und Aktenteilen händisch zusammengesetzt und zur weiteren archivischen Bearbeitung an die Erschließungsbereiche übergeben. Mit der Erschließung werden die Recherche und die Bereitstellung dieser Unterlagen möglich. Insgesamt wurden im Wege der händischen Wiederherstellung bisher ca. 1,73 Millionen Blatt aus etwa 600 Behältnissen rekonstruiert.

Im Auftrag des Deutschen Bundestages erprobte der damalige Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen seit dem Jahr 2007 gemeinsam mit dem Fraunhofer Institut

für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik (IPK) die IT-gestützte, virtuelle Rekonstruktion der zerrissenen Stasi-Unterlagen. Ziel war es, den Arbeitsprozess insgesamt wesentlich zu beschleunigen und auch solches Material wieder lesbar zu machen, das sich händisch nicht bearbeiten lässt. Zwar konnten mit einem vom Fraunhofer IPK entwickelten Verfahren Inhalte aus 23 Behältnissen mit zerrissenen Unterlagen ganz oder teilweise wieder zusammengesetzt werden, für ein Massenverfahren zur Verarbeitung des insgesamt noch vorhandenen zerstörten Schriftguts war das System jedoch nicht geeignet. Ende Januar 2023 kündigte das Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern den Vertrag mit dem Fraunhofer IPK.

Mitte Juni 2023 leitete das Bundesarchiv mit dem Ziel der Neuaufnahme des Projekts „Virtuelle Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen“ ein Interessenbekundungsverfahren ein, auf das sich Firmen und Konsortien aus der IT-Branche und dem Bereich Scandienstleistungen sowie Hochschulen meldeten. Mit allen Interessenten hat sich das Bundesarchiv im Berichtszeitraum nicht nur zu ihren technologischen Konzepten, sondern auch zu Fragen der Kostenkalkulation im operativen Betrieb intensiv ausgetauscht.

Um die produktive Umsetzbarkeit vorliegender Lösungsansätze zu prüfen und für deren Bewertung belastbare Daten zu ermitteln, wird es notwendig sein, der Vergabe eines Gesamtauftrages ein überschaubares Pilotprojekt vorzuschalten. In einem solchen Projekt sollte neben der grundsätzlichen Machbarkeit auch nachgewiesen werden, dass die Gesamtaufgabe, also die Verarbeitung der sehr großen Datenmengen, innerhalb eines begrenzten Zeitraums erledigt werden kann, damit die neu gewonnenen Akteninhalte insbesondere den von DDR-Unrecht Betroffenen noch zu Lebzeiten zur Verfügung gestellt werden können.

Unabdingbare Voraussetzung für die Nutzung der rekonstruierten Unterlagen ist deren Erschließung. Das Bundesarchiv strebt deshalb parallel ein Projekt zur KI-gestützten Erschließung der zu rekonstruierenden Seiten und ihres Kontextes an, da die wiederhergestellten Unterlagen in den Gesamtzusammenhang der Überlieferung der Stasi-Unterlagen eingeordnet werden müssen.

Die notwendigen finanziellen Mittel für eine virtuelle Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen sowie deren Erschließung sind im Haushalt des Bundesarchivs bislang nicht etatisiert. Seinem gesetzlichen Auftrag zur Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen kommt das Bundesarchiv deshalb weiterhin durch die manuelle Rekonstruktion nach.

5 Verwendung der Unterlagen

Bei der im Stasi-Unterlagen-Archiv verwahrten Überlieferung des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR handelt es sich nach heutigem Verständnis um Material, das zu großen Teilen unter Verletzung der Rechtsstaatlich-

keit und von Grundsätzen der Menschlichkeit zustande gekommen ist. Um die vom Staatssicherheitsdienst begangenen Rechtsbrüche nicht fortzusetzen, sind mit dem Ende 1991 verabschiedeten Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) besondere Benutzungsbedingungen für die Stasi-Unterlagen festgeschrieben worden. Als Spezialgesetz regelt es unter strenger Beachtung des Schutzes der Persönlichkeitsrechte jeder und jedes Einzelnen den Zugang zu den Unterlagen. Ihre Verwendung ist nur nach Maßgabe der im Gesetz genannten Zwecke zulässig. Erst durch diesen mit dem StUG gesetzten Rahmen ist der sofortige Zugang zu den Stasi-Unterlagen möglich, unabhängig von den im allgemeinen Archivrecht geltenden Schutzfristen.

Das Gesetz ist auch nach der Transformation der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen unter das Dach des Bundesarchivs maßgebliche Arbeitsgrundlage des Stasi-Unterlagen-Archivs. Seit seinem Inkrafttreten sind insgesamt 7 540 177 Anträge und Ersuchen eingegangen, davon 79 496 im Berichtszeitraum. Eine Übersicht über die Eingänge und Erledigungen von Anträgen und Ersuchen bieten die Anhänge 4 und 5.

Ein wichtiges Thema war im Berichtszeitraum die zunehmende Digitalisierung der Arbeitsprozesse. Damit steigert das Stasi-Unterlagen-Archiv nicht nur die Effizienz bei der Bearbeitung, sondern kommt auch den Erwartungen der Nutzerinnen und Nutzer entgegen, die eine digitale Herausgabe von Unterlagen seit einigen Jahren verstärkt nachfragen. Insgesamt erfolgten im Berichtszeitraum für 7 956 Vorgänge digitale Übermittlungen, zu denen u. a. mehr als 70 600 Dokumente und knapp 13 900 Fotos hochgeladen wurden.

Die im Ersten Tätigkeitsbericht (dort Kapitel 3, S. 23) beschriebene Nutzung zeitgemäßer und zugleich sicherer digitaler Arbeitsverfahren hat sich – auch in mobiler Arbeitsumgebung – im gesamten Auskunftsbereich etabliert und verstetigt. Die digitale Antragsbearbeitung hat neben einer höheren Effizienz auch hinsichtlich der visuellen Qualität des Arbeitsergebnisses einen Vorteil gegenüber dem ausschließlich analogen Prozess.

Ein weiterer wichtiger Vorteil digitaler Arbeitsverfahren liegt in der Option einer mehrfachen Nutzung und Herausgabe von digital vorliegendem Archivgut, das im Gegensatz zu den originalen Unterlagen bei einer nochmaligen Nutzung nicht erneut ausgehoben, transportiert und auszugsweise oder vollständig kopiert und anschließend ins Magazin zurücktransportiert und reponiert werden muss. Der damit verbundene bestandsschonende Effekt ist aus archivfachlicher Sicht nicht hoch genug zu bewerten. Zudem lassen sich Anträge und Ersuchen, für die auf dieselben Akten zugegriffen werden muss, nun parallel bearbeiten. Mitunter längere Wartezeiten darauf, dass eine Akte stofflich wieder für die Recherche zur Verfügung steht, entfallen damit. Die Kapazitäten für die Digitalisierung on demand (Anforderung von Archivgut als Digitalisat) wur-

den im Berichtszeitraum technisch und personell deutlich erweitert.

Die Integration der Stasi-Unterlagen in das Bundesarchiv zog auch einen Wechsel von der gewachsenen IT-Landschaft der ehemaligen Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen hin zu Anwendungen des Bundesarchivs nach sich. So findet beispielsweise die dauerhafte Speicherung von Digitalisaten nunmehr in der Anwendung DiMAG (Digitales Magazin) statt und der gesetzlich vorgeschriebene Nutzungsnachweis nach § 40 StUG wurde in die Rechercheapplikation invenio des Bundesarchivs integriert.

Zwei im Berichtszeitraum neu eingeführte IT-Systeme ermöglichen eine rechtssichere Einsicht in Digitalisate in den Lesesälen und die elektronische Buchung von Lesesaalplätzen an allen Standorten des Stasi-Unterlagen-Archivs einschließlich automatisierter Terminbestätigung und -erinnerung.

5.1 Anträge von Bürgerinnen und Bürgern auf Auskunft aus, Einsicht in und Herausgabe von Unterlagen sowie auf Bekanntgabe von Namen ehemaliger Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes

Seit Inkrafttreten des Stasi-Unterlagen-Gesetzes wurden bis zum 30. Juni 2025 von Bürgerinnen und Bürgern rund 3,5 Millionen Anträge gestellt. Davon sind rund 17 000 noch nicht abschließend erledigt. Ein Überblick über die Antrags- und Erledigungszahlen findet sich in den Anhängen 4 und 5.

Insgesamt blieben die Antragszahlen auf dem Niveau des letzten Berichtszeitraums. Das Stasi-Unterlagen-Archiv registrierte 39 825 Erstanträge und 13 821 Wiederholungsanträge von Bürgerinnen und Bürgern auf persönliche Akteneinsicht.

Folgeanträge mit der Bitte um Übersendung von Kopien oder die Bekanntgabe von Namen der Personen, die in den betreffenden Unterlagen nur mit einem Decknamen genannt waren, summierten sich im Berichtszeitraum auf 5 499.

Knapp zwei Drittel aller Anträge wurden in den Außenstellen registriert und bearbeitet.

5.1.1 Antragstellung

Die Gründe für die Antragstellung sind vielfältig, oft sehr persönlich und komplex. So ist der Beginn eines neuen Lebensabschnittes, der zum Beispiel mit dem Erreichen des Rentenalters einhergeht, Anlass, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Zunehmend werden rentenrelevante Unterlagen benötigt, die infolge von Haft oder Ausbürgerung verloren gegangen sind. Darüber hinaus können

Nachweise zu Beschäftigungszeiten für die Kontenklärung oder zu Haftzeiten im Rahmen von Rehabilitierungsansprüchen von Bedeutung sein. Manche Bürgerinnen und Bürger nehmen die wiederkehrenden Jahrestage um die historischen Ereignisse von 1989/90 oder die öffentlichen Veranstaltungen auf dem Campus für Demokratie in Berlin und in den Außenstellen des Stasi-Unterlagen-Archivs zum Anlass, erstmalig einen Akteneinsichtsantrag zu stellen.

Der Zugang zu den Unterlagen kann durch persönliche Akteneinsicht, schriftliche Auskunft oder die Herausgabe von Duplikaten erfolgen. Ein entsprechender Antragsvordruck ist in allen Dienststellen des Bundesarchivs erhältlich. Das Angebot zur Antragsannahme und die Möglichkeit, die gesetzlich vorgeschriebene Identitätsbestätigung vor Ort zu erhalten, wurde im Berichtszeitraum über die Standorte des Stasi-Unterlagen-Archivs hinaus auf alle Dienststellen des Bundesarchivs ausgeweitet. Erste Erfahrungen zeigen, dass dieses Angebot sich etabliert. Es wurde im Berichtszeitraum über 160 Mal in Anspruch genommen. Alternativ können Bürgerinnen und Bürger ihre Anträge auch mittels des Personalausweises in Verbindung mit der AusweisApp2 online stellen. Diese Option wird zunehmend genutzt. Im Berichtszeitraum wurden 14 930 Anträge online gestellt.

Viele Antragstellende, zu denen in den Anfangsjahren der Behörde keine Unterlagen aufgefunden wurden, stellten erneut Anträge auf persönliche Akteneinsicht. Im Berichtszeitraum wurden rund ein Viertel der eingehenden Anträge als Wiederholungsanträge registriert.

5.1.2 Anträge als Dritte

Zu etwa 40 Prozent der Anfragen ergeben die Erstrecherchen, dass keine Unterlagen zur antragstellenden Person im erschlossenen Archivbestand aufgefunden werden können. In diesen Fällen kann eine Antragstellung als sogenannter Dritter im Sinne des StUG zum Auffinden von Unterlagen führen. Oft erinnern sich Antragstellerinnen und Antragsteller an besondere Ereignisse oder bestimmte Sachverhalte und damals involvierte Personen, in deren möglicherweise vorhandenen Unterlagen sie auch Informationen zu ihrer Person vermuten, weil das MfS bei beobachteten Personen oder auffälligen Sachverhalten regelmäßig auch Informationen zum Umfeld dokumentierte. In Beratungsgesprächen oder bei Rückfragen wird über die Balance zwischen der Wahrscheinlichkeit, dass die Recherchen als Dritter in Unterlagen zu anderen Personen erfolgversprechend sein könnten und dem damit verbundenen Aufwand der Recherchen vermittelnd informiert. Bei einer solchen Antragstellung muss schlüssig dargelegt werden, warum oder inwiefern Informationen in den Unterlagen zu anderen Personen oder auch Sachverhalten vermutet werden. Dies kann beispielsweise durch die Beschreibung von Umständen, die zur gemeinsamen Erwähnung des Antragstellers mit weiteren Beteiligten geführt

haben könnten, plausibel erklärt werden. Grundsätzlich muss der Antragsteller Angaben machen, um die Recherchen und das Auffinden der vermuteten Informationen zu ermöglichen. Im Berichtszeitraum wurden rund 7 500 solcher zusätzlichen Recherchen durchgeführt.

5.1.3 Anträge naher Angehöriger Vermisster und Verstorbener

Von einem starken Aufarbeitungswunsch geprägt sind auch Anträge von nahen Angehörigen, die den Einfluss des Staatssicherheitsdienstes auf die Lebens- oder Todeschicksale ihrer nahen Angehörigen aufklären oder sie vom Vorwurf einer inoffiziellen Mitarbeit entlasten möchten. Darüber hinaus gehen zunehmend Anträge von jüngeren Menschen ein, die bemüht sind, Familienbiografien zu verstehen, weil die nahen Angehörigen schon lange verstorben sind und über die früheren Geschehnisse nicht mehr persönlich berichten konnten.

Nahe Angehörige ersten und zweiten Grades können nicht nur zu den im § 15 Absatz 1 Satz 1 StUG genannten Zwecken der Rehabilitation, zum Schutz des Persönlichkeitsrechts, insbesondere der Klärung des Vorwurfs der Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst, oder der Aufklärung des Schicksals Vermisster oder Verstorbener den Zugang beantragen, sondern können auch sonstige berechnete Interessen glaubhaft machen, die allerdings im Zusammenhang mit dem Aufarbeitungszweck des Stasi-Unterlagen-Gesetzes stehen müssen. Mitunter nehmen Bürgerinnen und Bürger an, dass eine uneingeschränkte Einsicht in die vom Staatssicherheitsdienst zur Person der oder des Vermissten oder Verstorbenen angelegten Unterlagen möglich sei. Jedoch macht der Gesetzgeber hier nur eine Ausnahme vom Grundsatz, dass jede oder jeder Einzelne nur Informationen zur eigenen Person erhält, die in jedem Einzelfall zu begründen ist, weil die oder der nahe Angehörige nicht die gleichen Einsichtsrechte hat, die die oder der Verstorbene oder Vermisste gehabt hätte. In jedem Einzelfall ist zu prüfen, ob die Zweckbegründung des Antrages die Auskunft oder Einsichtnahme rechtfertigt.

Im Berichtszeitraum gingen 10 004 Erstanträge naher Angehöriger zu verstorbenen oder vermissten Personen ein. Das entspricht einem Anteil von inzwischen 25 Prozent an der Gesamtmenge der eingegangenen Anträge und damit einer Steigerung von vier Prozent gegenüber dem vorangegangenen Berichtszeitraum.

5.1.4 Bearbeitung und Bearbeitungszeiten

Alle Anträge auf persönliche Akteneinsicht werden, nachdem sie registriert worden sind, auf ihre Zulässigkeit geprüft. Die Antragstellenden erhalten eine Eingangsbestätigung. Wenn die Zugangsvoraussetzungen vorliegen, wird zunächst eine automatische Recherche zu den im Antrag gemachten Personenangaben ausgelöst. Die Rechercheaufwände können variieren, weil gegebenenfalls in verschie-

denen Archivbeständen in Berlin und den Außenstellen zu recherchieren ist oder sich weitere Ansätze aus den Recherchen ergeben. Im Ergebnis werden die ermittelten Signaturhinweise zusammengeführt und personenbezogen ausgewertet. In einem letzten Schritt werden die relevanten Aktenteile entsprechend den gesetzlichen Vorgaben anonymisiert und den Antragstellenden zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen von standortübergreifenden Kooperationen werden Anträge zur Bearbeitung zwischen den Dienststellen des Stasi-Unterlagen-Archivs umverteilt. Auf die inhaltliche Bearbeitung hat diese interne Kapazitätssteuerung keine Auswirkungen. Diese Verfahrensweise dient der optimalen Nutzung der Ressourcen und unterstützt dabei, die Wartezeiten weiter zu verkürzen.

So erhalten Bürgerinnen und Bürger die Auskunft, dass keine Erfassungen oder lediglich Karteikarten vorliegen, bereits nach drei bis sechs Monaten. Eine Zwischennachricht, dass Unterlagen vorhanden sein könnten, wird den Antragstellenden nach durchschnittlich drei Monaten übersandt. Die maximale Bearbeitungszeit bis zu einer Auskunft mit Übersendung von Unterlagen oder einer Akteneinsicht sank im Berichtszeitraum von 18 auf 15 Monate.

Zu Anträgen, bei denen im Ergebnis der Recherche Unterlagen in nur geringfügigem Umfang ermittelt werden können, wird das Material kopiert und den Antragstellern direkt zugeschickt, um ihnen den Aufwand für die Wahrnehmung einer persönlichen Akteneinsicht zu ersparen. Der größte Teil der Erledigungen erfolgt inzwischen auf diesem Wege.

Seit 2021 können sich Bürgerinnen und Bürger auch für eine Zusendung auf elektronischem Wege entscheiden. Bei der Online-Bereitstellung von Digitalisaten erhalten die Antragstellenden einen individuellen Zugangscode zu einer Online-Plattform. Damit können die bereitgestellten Digitalisate innerhalb von vier Wochen per Download abgerufen werden. Das Online-Verfahren hat sich im Berichtszeitraum weiter etabliert. Die Zahl der auf diesem Wege zur Verfügung gestellten Unterlagen stieg stetig an. So wurden 1 551 Anträge im zweiten Halbjahr 2023 und 2 852 Anträge im Jahr 2024 auf diese Weise erledigt. Im ersten Halbjahr 2025 erhielten 1 505 Bürgerinnen und Bürger die beantragten Duplikate als Digitalisate im Online-Verfahren.

Darüber hinaus ist weiterhin auch die persönliche Akteneinsicht möglich, deren Zahl jedoch stark rückläufig ist. Zwar nutzen jährlich noch etwa 300 Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit der persönlichen Akteneinsicht vor Ort, jedoch lag der Anteil der Einsichten an den Gesamterledigungen im Berichtszeitraum bei einem Prozent. In den Außenstellen ist die persönliche Akteneinsicht aufgrund der Wohnortnähe oder der regionalen Verbundenheit stärker nachgefragt. Im Berichtszeitraum wurden fast 90 Prozent der Einsichtnahmen in den Lesesälen der Außenstellen durchgeführt.

Seit dem Jahr 2021 besteht die Möglichkeit der Akteneinsicht in allen Dienststellen des Bundesarchivs. Im Berichtszeitraum wurde an den westdeutschen Standorten keine Akteneinsicht durchgeführt, weil sich gezeigt hat, dass sich Bürgerinnen und Bürger mit Wohnsitz in den alten Bundesländern weiterhin direkt an die Standorte des Stasi-Unterlagen-Archivs wenden bzw. bei der Antragstellung eine Zusendung von Kopien oder die digitale Übermittlung der MfS-Unterlagen zu ihrer Person vereinbaren.

5.1.5 Eilbedürftigkeit von Anträgen

Grundsätzlich erfolgt die Bearbeitung aller Anträge in der Reihenfolge ihres Eingangs. Gesetzlich vorgesehen ist allerdings eine vorrangige Bearbeitung von Anträgen zu Zwecken der Rehabilitierung, Wiedergutmachung, zur Abwehr einer Gefährdung des Persönlichkeitsrechts oder zur Entlastung vom Vorwurf einer Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst. Neben den vom Gesetzgeber fixierten Gründen werden auch Anträge von Personen mit lebensbedrohenden oder lebensverkürzenden Krankheiten bevorzugt bearbeitet, wenn dies begründet dargelegt wird. Darüber hinaus werden Erstanträge von über 80-jährigen Bürgerinnen und Bürgern bevorzugt in die laufende Bearbeitungsfolge eingeordnet.

5.1.6 Bekanntgabe von Namen

Im Anschluss an eine Akteneinsicht bzw. nach Erhalt der Kopien von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes räumt § 13 Absatz 5 StUG Betroffenen die Möglichkeit ein, zu den in den Unterlagen enthaltenen Decknamen ehemaliger MfS-Mitarbeiter die Bekanntgabe der Klarnamen zu beantragen.

Im Berichtszeitraum gingen 5 000 dieser Folgeanträge ein, wobei 4 058 Anträge in den Außenstellen registriert wurden. Inzwischen können über 64 Prozent der Decknamen entschlüsselt und die Klarnamen mitgeteilt werden.

5.1.7 Bürgerberatung

Bürgerinnen und Bürger, öffentliche und nichtöffentliche Stellen, Forschende sowie Medienvertreterinnen und Medienvertreter können sich persönlich, telefonisch oder per E-Mail an die Bürgerberatung im Stasi-Unterlagen-Archiv wenden, um Informationen zu den gesetzlichen Nutzungsmöglichkeiten der Stasi-Unterlagen oder Unterstützung bei der Antragstellung zu erhalten. Die angefragten Themen sind vielfältig.

Für die zentrale Bürgerberatung am Standort des Stasi-Unterlagen-Archivs in Berlin sind seit Sommer 2023 zwei Mitarbeitende eingesetzt. Damit kann der weiter steigenden Anzahl von Beratungen und Anfragen besser als zuvor begegnet werden. Im Jahr 2023 wandten sich 3 872 Ratsuchende persönlich, telefonisch oder per E-Mail an die zentrale Bürgerberatung. 2024 gingen 5 119 Anfragen ein, bis

zum 30. Juni 2025 waren es 2 846. Die Kontaktaufnahme erfolgt überwiegend telefonisch (rund 70 Prozent aller Anfragen), gefolgt von E-Mails (rund 23 Prozent) und persönlichen Gesprächen (knapp 7 Prozent). Zwar nehmen persönliche Gespräche prozentual den kleinsten Teil der Beratungsleistungen ein, sie sind aber in der Regel sehr zeitaufwändig.

Nach dem Umzug der Liegenschaft von Berlin-Mitte in die Frankfurter Allee nach Berlin-Lichtenberg zeigt sich, dass der neue Standort gut angenommen wird. In unmittelbarer Nähe zum Archiv am historischen Ort der ehemaligen Stasi-Zentrale kommen viele Menschen zur persönlichen Beratung und nutzen dabei auch das Angebot, die gesetzlich vorgesehene Bestätigung der Identität gleich vor Ort zu erhalten und ihren Antrag abzugeben.

Neben Anfragen aus dem Inland erreichen die Bürgerberatung viele E-Mails oder Telefonate aus dem Ausland, vor allem aus den europäischen Nachbarländern sowie Skandinavien, Großbritannien, aber auch aus Nordamerika und vom asiatischen Kontinent. Dabei handelt es sich oft um Bürgerinnen und Bürger aus der ehemaligen DDR, die ihren Lebensmittelpunkt dorthin verlagert haben oder um Personen mit verschiedensten Kontakten in die frühere DDR.

Neben Beratungen zum Zugang zu Stasi-Unterlagen zur eigenen Person bezieht sich ein Großteil der Anfragen auf die Antragstellung als naher Angehöriger Vermisster oder Verstorbener. Insbesondere nachfolgende Generationen haben hieran ein großes Interesse. Hierbei informiert die Bürgerberatung zu Fragen der Formulierung des glaubhaft zu machenden berechtigten Interesses oder zu den benötigten Nachweisen und weist auf hilfreiche Angaben für die Recherchen hin. Es ist festzustellen, dass der Beratungsbedarf zum Teil sehr umfassend ist, insbesondere, wenn es um komplexe familiäre Sachverhalte und Schicksale geht, deren Aufklärung man sich durch den Zugang zu den Stasi-Unterlagen erhofft.

Wenn erkennbar ist, dass es bei der Forschung zur eigenen Familie auch um allgemeine Fragen zur Familiengeschichte bis zu den Urgroßeltern und fernerer Verwandten geht, wird zu weiteren Recherchemöglichkeiten in den anderen Archivbeständen des Bundesarchivs beraten.

Wenn die Themenstellung es anzeigt oder erkennbar wird, dass weitere Unterstützung angebracht wäre, z. B. wenn es um in der DDR erlittenes Unrecht geht, werden Kontaktdaten anderer Ansprechpartner wie der SED-Opferbeauftragten, der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur oder der Opferverbände bereitgestellt.

Bei Veranstaltungen auf dem Campus der Demokratie wird oftmals zusätzlich eine Bürgerberatung angeboten. Dieser begleitende Service wird von den Gästen intensiv genutzt.

Bürgerberatungen werden ebenso an allen weiteren Standorten des Stasi-Unterlagen-Archivs angeboten, außerdem

beispielsweise bei Veranstaltungen in Städten und Gemeinden oder in Gedenkstätten. Regional kann auf eine langjährige gute Zusammenarbeit mit verschiedenen Aufarbeitungseinrichtungen zurückgeblieben werden. Die Beratungstage in der Region finden oft in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur statt und werden nach wie vor gut angenommen.

5.2 Verwendung von Unterlagen durch öffentliche und nichtöffentliche Stellen

5.2.1 Ersuchen zur Rehabilitierung von Betroffenen und zur Wiedergutmachung erlittenen Unrechts

Bei Ersuchen zur sogenannten Opferrente und zur Kapitalentschädigung für rehabilitierte Haftstrafen wird in der Regel nur nach möglichen Ausschließungsgründen, d. h. Hinweisen auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst bzw. das Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei, recherchiert.

Die Ersuchen zur Mitteilung von Sachverhalten zu rechtsstaatswidrigem Verwaltungshandeln, beruflicher Benachteiligung, politischer Verfolgung, Anwendungen von Maßnahmen der Zersetzung durch das MfS sowie zu gesundheitlichen Schädigungen während der Haft sind in der Bearbeitung dagegen erheblich komplexer und oft mit dem Auswerten sehr umfangreicher Akten verbunden, was den zeitlichen Umfang der Bearbeitung entscheidend beeinflusst. Dies betrifft in der Regel auch die Verfahren zur Rehabilitierung.

Die Bearbeitung aller Ersuchen zur Rehabilitierung und Wiedergutmachung erfolgt grundsätzlich prioritär und bei besonderen Sachverhalten mit höchster Priorität.

Die konstant zügige Erledigung von Ersuchen zur sogenannten Opferrente konnte beibehalten werden. Etwa 75 Prozent werden innerhalb von drei Monaten erledigt.

Mit dem Ziel einer künftig reibungsloseren und schnelleren Bearbeitung von Ersuchen zur Wiedergutmachung fanden mehrere Gespräche mit den zuständigen Behörden statt, die die Anträge zur Wiedergutmachung in den neuen Bundesländern bearbeiten. Dazu waren auch die jeweiligen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eingeladen, damit deren Erfahrungen aus der Beratungspraxis in den Austausch einfließen konnten. Um Ersuchen zur Wiedergutmachung schnell bearbeiten zu können, ist es notwendig, dass die anfragenden Stellen die Unterlagen so vollständig wie möglich einreichen und dadurch zeitaufwändige Nachforderungen von Informationen entbehrlich werden. Ebenso waren Inhalt und Umfang der Mitteilungen des Bundesarchivs Gegenstand der Gespräche. Bisher fanden vier dieser Austausche statt, die aus hiesiger Sicht als sehr konstruktiv und ertragreich eingeschätzt werden.

Zum Zweck der strafrechtlichen Rehabilitierung wurde von den Gerichten zu 865 Personen angefragt. Zu den Wiedergutmachungstatbeständen waren es Ersuchen zu 5 105 Personen, wovon etwa die Hälfte (knapp 48 Prozent) auf die Opferrente entfielen.

5.2.2 Verwendung für Zwecke der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr

Auch trotz des mittlerweile erreichten Alters der Stasi-Unterlagen besteht ein gleichbleibendes Interesse an ihrer Nutzung für Zwecke der Strafverfolgung nach § 23 StUG. Vorwiegend geht es dabei um die Klärung von Tötungsdelikten, im Berichtszeitraum insbesondere mit Bezügen zu terroristischen Anschlägen.

In einem 2023/2024 vor dem Landgericht Berlin verhandelten Fall zur Tötung eines polnischen Staatsbürgers am Grenzübergang Bahnhof Friedrichstraße in Berlin Ende März 1974 wurden über die gesamte Zeit des Verfahrens hinweg in kürzester Zeit sehr umfangreiche Recherchen durchgeführt und Fragen des Gerichts beantwortet.

In einem Verfahren der internationalen Rechtshilfe in Strafsachen waren außerordentlich viele Rechercheansätze auszuwerten, die nur unter kurzfristiger Nutzung und Umverteilung von Personalressourcen im zuständigen Sachgebiet bewältigt werden konnten.

Im Berichtszeitraum gab es wieder Ansätze für Mitteilungen ohne Ersuchen in Strafsachen gemäß § 27 Absatz 2 StUG. Dabei handelt es sich um Anhaltspunkte für Tötungsverbrechen, die sich aus den Unterlagen ergeben und über ergänzende Recherchen abgeklärt werden müssen. Dies betraf fünf Fälle. Der Abschluss der Arbeiten dauert noch an.

5.2.3 Verwendung von nicht personenbezogenen Unterlagen

Zu den Verwendungszwecken nach § 26 Absatz 1 und 2 StUG gingen im Berichtszeitraum 68 Anträge ein. Der Zugang zu diesen Unterlagen, die vom Staatssicherheitsdienst nicht gezielt zu Personen angelegt wurden, bedarf lediglich eines formlosen Antrages. Eine Begründung oder die Angabe eines Nutzungszwecks sind nicht erforderlich.

Teilweise gestaltet sich die Bearbeitung sehr aufwändig, damit entsprechendes Material zugänglich gemacht werden kann. Aber auch unter Berücksichtigung des Themas ist bereits von Beginn an mit umfangreichem Material zu rechnen.

Im Berichtszeitraum wurden neben Dokumenten wie Richtlinien oder Dienstanweisungen des Staatssicherheitsdienstes auch Dissertationen und Diplomarbeiten hauptamtlicher Mitarbeiter an der Juristischen Hochschule des MfS sowie Karten, Fotos, Pläne und Bauunterlagen zu ehemaligen MfS-Liegenschaften und Truppenübungsplätzen und zu speziellen Chiffriergeräten der Stasi gesucht.

5.2.4 Überprüfung von Personen

Von der Möglichkeit der Überprüfung von Personen auf eine frühere hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst wird weiterhin kontinuierlich Gebrauch gemacht. In zahlreichen politischen Bereichen – Deutscher Bundestag, Landtage und kommunale Vertretungen der neuen Bundesländer – sowie im Rahmen von Sicherheitsüberprüfungen erfolgt diese regelhaft. Zudem wird die Überprüfung auch bei Ordensangelegenheiten und im öffentlichen Dienst genutzt.

5.2.4.1 Abgeordnete, Mitglieder kommunaler Vertretungen, sonstige kommunale Funktionsträgerinnen und Funktionsträger sowie Regierungsmitglieder

Im Berichtszeitraum Juli 2023 bis Juni 2025 wurden Ersuchen zu 588 Personen eingereicht, die in ihrer Funktion als Mitglieder einer kommunalen Vertretung bzw. als kommunale Wahlbeamte (u. a. Landräte und Bürgermeister), ehrenamtliche Bürgermeister sowie entsprechende Vertreter eines Gemeindeteils (Ortsvorsteher, Ortsbürgermeister) überprüft werden sollten. Dabei wurden zu 16 Personen Hinweise auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst festgestellt.

Hierbei ist zu erwähnen, dass die größte Anzahl der Ersuchen erst ab dem zweiten Halbjahr 2024 eingereicht wurde, da im Mai/Juni 2024 in den Ländern Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt Kommunalwahlen stattfanden.

Aufgrund der Wiederholungswahl in Berlin im Februar 2023 wurden Ersuchen zu 61 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses von Berlin, zu sieben Mitgliedern von Stadtverordnetenversammlungen sowie zu einem Bezirksstadtrat zur Überprüfung eingereicht.

Nach der Parlamentswahl 2021 in Sachsen-Anhalt wurden im Jahr 2024 Ersuchen zur Überprüfung von 46 Abgeordneten des Landtages Sachsen-Anhalt gestellt.

Der im Oktober 2021 gewählte Landtag Mecklenburg-Vorpommern reichte im Juni 2024 Ersuchen zur Überprüfung von neun Landtagsabgeordneten ein.

Im Jahr 2022 wurde der Landtag Niedersachsen gewählt und reichte im Februar 2024 neun seiner Mitglieder zur Überprüfung ein.

Ein Ersuchen zur Überprüfung von 54 Mitgliedern des im Jahr 2023 gewählten Sächsischen Landtages wurde im Jahr 2025 eingereicht.

Zur Überprüfung von Mitgliedern des im Jahr 2019 gewählten Thüringer Landtages wurden bereits im Jahr 2021 Ersuchen eingereicht. In den Jahren 2023 und 2024 wurde je eine Person nachgereicht. Nach Beendigung der Legislaturperiode erfolgte im September 2024 die Neuwahl

des Thüringer Landtags. Im Februar 2025 wurde ein Ersuchen zur Überprüfung von 30 Abgeordneten nachgereicht.

Im Mai 2025 reichte der im September 2024 gewählte Landtag von Brandenburg 36 Abgeordnete zur Überprüfung ein.

Durch den im September 2021 gewählten Bundestag wurden im Berichtszeitraum Ersuchen auf Überprüfung zu weiteren 17 Bundestagsabgeordneten nachgereicht.

Die Recherchen ergaben bei acht Abgeordneten der Länderparlamente Hinweise auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst. Zumindest in vier Fällen war der ersuchenden Stelle diese Tätigkeit bereits aus einer früheren Überprüfung bekannt.

Des Weiteren wurden zu 21 Personen in Minister-, Senatoren- und Staatssekretärsfunktion der Länder Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie zu einem Staatsrat Hamburgs Ersuchen gestellt. Hierbei ergaben sich in einem Fall Hinweise auf eine Dienstzeit beim Staatssicherheitsdienst.

5.2.4.2 Berufsrichterinnen und Berufsrichter sowie ehrenamtliche Richterinnen und Richter

Im Berichtszeitraum wurden zu 40 Berufsrichtern aus den Ländern Berlin, Brandenburg und Sachsen Ersuchen eingereicht; in einem Fall mussten dazu Erkenntnisse auf eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst mitgeteilt werden.

Zum Zweck der Überprüfung in ehrenamtlicher Richtersfunktion lagen aus den Ländern Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen Ersuchen zu 28 Personen vor. Hier erfolgte in zwei Fällen eine Mitteilung mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst. Das Ersuchen zu einem Friedensrichter musste wegen der fehlenden rechtlichen Grundlage abgelehnt werden.

5.2.4.3 Mitarbeitende öffentlicher Stellen in Leitungspositionen, von der öffentlichen Hand bestellte Mitglieder von Vertretungs- und Aufsichtsorganen, Beschäftigte im öffentlichen Dienst in tatsächengestützten Verdachtsfällen

Die im Berichtszeitraum eingereichten Ersuchen öffentlicher Stellen nach §§ 20, 21 Absatz 1 Nr. 6d StUG zu 147 Personen betrafen überwiegend Beschäftigte öffentlicher Stellen in Leitungsfunktion bzw. Bewerber für eine Leitungsfunktion. Zu den überprüften Personengruppen gehörten vor allem die Leitungen von Schulen (rund die Hälfte aller Anfragen). Danach folgten die Leitungen von Universitäten/Hochschulen sowie von Behörden und Staatsanwaltschaften. Des Weiteren wurde unter anderem um Mitteilung zu Professoren an Hochschulen sowie zu

Leiterinnen und Leitern von Sekretariaten und Referaten im Deutschen Bundestag gebeten. Zu den genannten Ersuchen erhielten die Stellen in fünf Fällen eine Mitteilung mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst. Die Ersuchen zu zwei Schulleitern mussten abgelehnt werden, da diese Personen zum Zeitpunkt der Auflösung des Staatssicherheitsdienstes das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten und daher eine Überprüfung gesetzlich nicht zulässig war.

Zu tatsächengestützten Verdachtsfällen bei Beschäftigten im öffentlichen Dienst bzw. bei Verdachtsfällen zu Bewerbern für eine Stelle im öffentlichen Dienst wurden zu neun Personen Ersuchen gestellt (darunter zu einem Bewerber als Kanzler einer Hochschule), welche alle zu Mitteilungen mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst führten.

5.2.4.4 Beratungsgremium nach § 39 StUG; Bundesarchiv, SED-Opferbeauftragte, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und deren Mitarbeitende; Beschäftigte, ehrenamtliche Mitarbeitende und Gremienmitglieder in Aufarbeitungseinrichtungen

Zum Zweck der Überprüfung wurden Ersuchen zu zwei Mitgliedern des Beratungsgremiums des Bundesarchivs und zu 30 Personen, die sich um eine Tätigkeit im Stasi-Unterlagen-Archiv beworben haben, eingereicht.

Aus den Ländern Brandenburg und Sachsen sowie von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wurden Ersuchen zu acht Beschäftigten und Gremienmitgliedern in Aufarbeitungseinrichtungen gestellt. Des Weiteren wurde ein Ersuchen zu zwölf Bewerbern um die Funktion des/der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bearbeitet; wobei vier der eingereichten Personen mit Verweis auf das am 12. Januar 1990 noch nicht vollendete 18. Lebensjahr abzulehnen waren.

Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst ergaben sich bei allen weiteren, nicht abzulehnenden Personen in keinem Fall.

5.2.4.5 Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen

Die zuständigen Stellen des Bundes und der Länder ersuchten im Rahmen von Sicherheitsüberprüfungen im Berichtszeitraum zur Feststellung einer hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst um Mitteilung zu 7 574 Personen.

Da die Überprüfungen gemäß den Sicherheitsüberprüfungsgesetzen in bestimmten Zeitabständen erneut durchzuführen sind, handelte es sich bei einer Vielzahl von Ersuchen um wiederholte Anfragen. Die Recherchen (auch

zu einigen Erstersuchen) ergaben bisher in 390 Fällen Hinweise auf eine Tätigkeit für das MfS.

Wie im vergangenen Berichtszeitraum waren keine Ersuchen im Rahmen von Zuverlässigkeitsüberprüfungen zu verzeichnen.

5.2.4.6 Rentenangelegenheiten

Zur Klärung von Ansprüchen und Anwartschaften auf Rentenleistungen wandten sich die zuständigen Stellen im Berichtszeitraum in 3 629 Fällen an das Stasi-Unterlagen-Archiv, vor allem zu ehemaligen Angehörigen der Nationalen Volksarmee bzw. der Grenztruppen der DDR sowie zu Angehörigen der Polizei.

Gegenstand von anderen Ersuchen waren zudem Informationen zu Gesundheitsschädigungen infolge eines Unfalls oder einer Erkrankung während der hauptamtlichen oder hauptamtlich-inoffiziellen Zugehörigkeit zum Staatssicherheitsdienst sowie im Zusammenhang damit jeweils die Frage, ob Verstöße gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit aus den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes ersichtlich sind.

Bei einigen wenigen Ersuchen ging es um die Anerkennung von Beschäftigungs- bzw. ruhegehaltfähigen Zeiten für Beamtinnen und Beamte.

5.2.4.7 Ordensangelegenheiten

Vor einer vorgesehenen Verleihung eines Ordens wurden im Berichtszeitraum Ersuchen zu 696 Personen zur Überprüfung auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst eingereicht. Oft war dies mit der Bitte um sehr kurzfristige Bereitstellung des Rechercheergebnisses verbunden.

Die Quote mitgeteilter Hinweise auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst lag bei rund vier Prozent.

5.2.5 Nutzung des Zentralen Einwohnerregisters der ehemaligen DDR

Im Zentralen Einwohnerregister (ZER) wurden Informationen über alle in der DDR mit Hauptwohnung gemeldeten DDR-Bürger und Ausländer gespeichert. Hierfür standen über 60 Datenfelder zur Verfügung. Ein reduzierter Meldedatenbestand liegt im Bundesarchiv noch vor. Die Nutzung ist jedoch nur im Rahmen der Erfüllung der Aufgaben des Bundesarchivs nach dem StUG und auf Ersuchen von Gerichten und Strafverfolgungsbehörden zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben möglich.

Für die tägliche Arbeit des Bundesarchivs nach dem StUG bleibt dieses Register ein wichtiges internes Recherchehilfsmittel. Gerichten und Strafverfolgungsbehörden ist diese Möglichkeit nicht immer bekannt. Daher wird bei entsprechenden Kontakten dazu beraten und im Anschluss auch dieses Potenzial genutzt.

5.3 Anträge für die Forschung zum Zweck der politischen und historischen Aufarbeitung sowie für Zwecke der politischen Bildung sowie von Presse, Rundfunk und Film

Auch nach 35 Jahren Aktenzugang bleibt das Interesse an den Überlieferungen der DDR-Staatssicherheit in Wissenschaft und Medien weiterhin sehr hoch. In den 1990er-Jahren hatten noch Medienanträge überwogen, seit der Jahrtausendwende prägen nun aber vor allem Anträge aus der wissenschaftlichen Forschung die Arbeit in diesem Bereich. Das Verhältnis bewegt sich bei zwei Dritteln wissenschaftlicher Anträge zu einem Drittel journalistischer Anfragen.

Das große Interesse findet Niederschlag in einer hohen Anzahl von Anträgen, die mit durchschnittlich 90 pro Monat weitgehend konstant bleibt. Im Berichtszeitraum gingen insgesamt 2 209 Forschungs- und Medienanträge gemäß § 32 ff. StUG ein (siehe Anhang 6). 1 687 Anträge stellten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Forschungseinrichtungen oder Aufarbeitungsinitiativen, 522 Anträge stammten von Journalistinnen und Journalisten sowie von Fernseh- und Rundfunkanstalten. Auch das Interesse aus dem Ausland ist nach wie vor groß: 355 Anträge wurden von ausländischen Forschenden und Medienvertretern eingereicht, was einem Anteil von 16 Prozent entspricht.

Das Spektrum der mit den Anträgen verbundenen Themen ist breit gefächert, entsprechend unterschiedlich sind die Aufwände für Recherche, Auswahl und Anonymisierung. Nicht selten werden 40 000 Seiten und mehr ausgewertet, um die benötigten Informationen für die Antragstellenden gewinnen zu können. Der fortschreitende Erschließungsstand der Archivbestände sowie immer weiter ausdifferenzierte und interdisziplinäre Forschungsansätze tragen ebenso zu vermehrten Aufwänden bei. Eine Vielzahl von Antragstellenden nutzte, wie in den vergangenen Jahren auch, die Bestände des Stasi-Unterlagen-Archivs: Forschende verschiedener Disziplinen, Doktorandinnen und Doktoranden sowie Studierende, international, national und lokal tätige Medienleute, Museen, Mahn- und Gedenkstätten, Schulen und Universitäten, Vereine und Verbände sowie Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die Ergebnisse fanden Eingang in viele Publikationen aus Wissenschaft und Medien, in analoge und digitale Ausstellungen, in Theater- und Filmproduktionen, in diverse Kunstprojekte und Belletristik.

Der Alltag der Antragsbearbeitung ist inzwischen wesentlich von digitalen Arbeitsverfahren geprägt, von der Kommunikation mit den Antragstellern über die Anonymisierung und die Nutzung im Lesesaal bis hin zur Übergabe von Kopien, orts- und zeitunabhängig über eine eigens eingerichtete Online-Plattform. Digitale Angebote, insbesondere die Bereitstellung von Online-Findmitteln für eigenständige Recherchen, wurden weiter ausgebaut.

Aufgrund der Erfordernisse des StUG ist die Bearbeitung von Forschungs- und Medienanträgen im Stasi-Unterlagen-Archiv deutlich arbeitsaufwändiger und gänzlich anders organisiert als in anderen archivbestandsführenden Fachabteilungen des Bundesarchivs. Bei jeder Herausgabe von Stasi-Unterlagen ist zwischen dem jeweiligen Aufarbeitungsinteresse und den betroffenen Persönlichkeitsrechten abzuwägen. Zu deren Schutz müssen ggf. Passagen anonymisiert oder Einwilligungen von inhaltlich tangierten Personen eingeholt werden. Zur Gewährleistung einheitlicher Bearbeitungen enthalten die internen Richtlinien für die Antragsbearbeitung Grundsätze, in die auch die insoweit ergangene Rechtsprechung einfließt. Dieses Verfahren hat sich in den vergangenen Jahrzehnten gut bewährt. Rückfragen von Antragstellenden lassen sich in der Regel durch entsprechende Erläuterungen zum Verfahren einvernehmlich klären.

Um trotz der Vielfalt möglicher Fragestellungen dennoch eine möglichst effiziente Bearbeitung sicherzustellen, werden eingehende Anträge auf themenbezogen spezialisierte Sachgebiete in den beiden zuständigen Fachreferaten verteilt. Diese Spezialisierung wurde in den vergangenen Jahrzehnten immer weiter ausdifferenziert. Der hierzu genutzte Themenschlüssel kombiniert thematische und chronologische Kriterien und bildet so das Spektrum möglicher Anträge ab. Diese Themenkomplexe dienen auch der Strukturierung der folgenden Vorstellung ausgewählter Anträge. Anträge aus Forschung und Medien werden je nach Fragestellung und regionalem Bezug in Berlin oder den Außenstellen des Stasi-Unterlagen-Archivs bearbeitet.

5.3.1 Aufarbeitung des NS-Diktatur

Auf den ersten Blick überraschend, machen Anträge aus dem Bereich Forschung und Medien zur Aufarbeitung des Dritten Reiches über die letzten Jahre durchgehend einen Anteil von über zehn Prozent aus. Hintergrund ist, dass das MfS seit den 1960er-Jahren gezielt NS-Akten teils im Original, teils als Kopien sammelte und sich so einen beachtlichen Fundus schuf, aus dem es für seine geheimpolizeiliche Tätigkeit, für Ermittlungsverfahren oder für Kampagnen zur Kompromittierung bundesrepublikanischer Politiker und Amtsträger schöpfen konnte. Während die im Original überlieferten Archivalien nach 1990 provenienzgerecht in die zuständigen Archive abgegeben wurden, verblieben Kopien, Karteien, Materialsammlungen, interne Auswertungen und Dossiers sowie auch Originalakten, die Teil neuer Vorgänge geworden waren, in den einzelnen Beständen des Stasi-Unterlagen-Archivs. Sie sind eine reichhaltige Quelle, bieten eine Komplementär- und streckenweise auch Ersatzüberlieferung für im Krieg verlorene oder nicht (mehr) zugängliche Archivbestände und werden dementsprechend intensiv genutzt.

Im Folgenden seien beispielhaft zwei Anträge vorgestellt, um insbesondere die Dimensionen der Antragsbearbeitung und die damit verbundenen Aufwände zu illustrieren.

Ein an der Bergischen Universität Wuppertal angesiedeltes sehr umfangreiches Projekt widmete sich drei Einrichtungen der oberen Bundesverwaltung bzw. deren Vorgängereinstitutionen während der NS- und Nachkriegszeit, nämlich der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung, der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe sowie der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt. Es gehört zu einer wachsenden Zahl von ähnlichen Forschungsvorhaben, in denen die NS-Geschichte von Vorläufereinrichtungen der heutigen Ministerien und Obersten Bundesbehörden aufgearbeitet wird. Die Einbeziehung der Geschichte von Ressortforschung in der frühen DDR war für den Nutzer ein ungewöhnlicher, aber sehr wichtiger Baustein in diesem Kontext. Es ging ihm dabei nicht nur um Fragen der sogenannten Entnazifizierung, sondern auch um mentalitätsgeschichtliche Aspekte der Arbeit von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen. IM-Berichte aus der frühen DDR (u. a. im OV „Wismut“) sowie Überlieferungen aus der HA IX/11 (Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen) waren hier eine wichtige Quelle von Erkenntnissen. Recherchiert wurden insgesamt 2 057 Personen; über 165 000 Seiten wurden durchgesehen, mehr als 92 000 Seiten wurden zur Einsichtnahme vorgelegt und fast 11 000 Seiten in Kopie herausgegeben.

Zudem sei ein Dissertationsvorhaben der Forschungsstelle Antiziganismus der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg vorgestellt. Es erforscht die Verfolgung der Sinti und Roma während der NS-Herrschaft in Magdeburg und die Verfolgung dieser Taten in der Nachkriegsjustiz der SBZ und DDR. Dabei ist der Untersuchungszeitraum weiter gefasst, von der ausgehenden Weimarer Republik bis in die 1960er-Jahre. Diese Periodisierung ermöglicht es, Kontinuitäten und Brüche stärker aufzuzeigen. Unter Rückgriff auf das erweiterte Konzept der „Transitional Justice“ wird unter anderem untersucht, ob Täter des NS-Regimes in der SBZ und DDR strafrechtlich verfolgt oder amnestiert wurden, inwiefern Opfer Entschädigungsleistungen erhielten, Maßnahmen zum Gedenken ergriffen und institutionelle Reformen eingeleitet wurden. Da es im Bereich der Strafverfolgung von NS-Verbrechen an Sinti und Roma in der Nachkriegsjustiz auf dem Gebiet der SBZ und DDR bislang wenige Forschungsarbeiten gibt, wird so ein drängendes Forschungsdesiderat erfüllt. Recherchen zu 172 Personen führten zu sehr viel Archivmaterial: Aus über 82 000 gelesenen Seiten wurden knapp 49 000 Seiten vorgelegt und über 7 000 Seiten herausgegeben.

5.3.2 Extremismus und Minderheiten

Für ein Forschungsprojekt zum Rassismus seit 1945 und der Transformation Deutschlands zur Einwanderungsgesellschaft in vergleichender Perspektive wurden Unterlagen des MfS mit Informationen, Analysen und Bewertungen rassistischer Vorurteile und Vorkommnisse in bestimmten Städten der ehemaligen DDR, in denen besonders viele ausländische Vertragsarbeiter lebten und

arbeiteten, recherchiert. Im Nachgang mehrerer Akteneinsichten und Herausgaben bildete sich dabei ein Schwerpunkt auf den Bezirken Karl-Marx-Stadt und Rostock heraus. Insgesamt konnten 270 Akten mit über 25 000 Seiten vorgelegt und ausgewählte Unterlagen digital herausgegeben werden.

Zwei Wissenschaftlerinnen vom Institut für Koreastudien an der Freien Universität Berlin befassten sich in ihrem Projekt mit Nordkoreanern in der DDR. Hierfür wurden sämtliche Informationen zu Nordkoreanern in der DDR (z. B. Studenten, Arbeiter) aus dem Zeitraum 1949 bis 1990 im Bestand des Stasi-Unterlagen-Archivs recherchiert und ausgewertet. Genauer gesagt wurde die Überwachung/Absicherung der Beziehungen zwischen Nordkorea (Koreanische Demokratische Volksrepublik, KDVR) und der DDR durch das MfS untersucht. Unter anderem wurde der Aufenthalt koreanischer Studenten/Aspiranten und Militärs zwecks Ausbildung in der DDR sowie die Ausbildung und der Einsatz koreanischer Werktätiger (Praktikanten, Arbeiter, Spezialisten) in der DDR erforscht. Aber auch Informationen über Eheschließungen zwischen DDR-Bürgern und Koreanern oder die Überwachung von Angehörigen der Botschaft Nordkoreas in der DDR waren Teil des thematisch breit gefächerten Antrages. Nicht zuletzt wurden auch die Zusammenarbeit des MfS mit dem nordkoreanischen Sicherheitsdienst und die gegenseitigen Staatsbesuche anhand der überlieferten Stasi-Unterlagen beleuchtet. Insgesamt wurden fast 40 000 Seiten und über 2 500 Fotos gesichtet und schließlich über 3 500 Digitalisate übergeben.

5.3.3 Grenze und Flucht

Die Stiftung Berliner Mauer stellte zusammen mit ihrem spanischen Partner Musealia Exhibitions & Museums S.L., San Sebastian, einen Forschungsantrag unter dem Titel „Leben in einer geteilten Stadt: Die Berliner Mauer und der Kalte Krieg“ / „Berlin Wall. Living in a divided world“. Ziel war es, Informationen, Materialien und Objekte für eine Ausstellung zu finden. Nach erfolgreicher Recherche und Akteneinsicht in über 6 000 Seiten erfolgte die Herausgabe von knapp 300 Seiten und Fotos. Vier Objekte wurden auf Wunsch der Antragsteller und nach intensiver Prüfung als Originale zur Einbindung in die Ausstellung als Leihgabe herausgegeben. Dabei handelt es sich um Objekte, die für eine stoffliche bzw. museale Präsentation besonders geeignet sind. Die Ausstellung in Madrid wurde am 9. November 2023 eröffnet und wegen des großen Interesses der Besucher bis zum 12. Januar 2025 verlängert.

5.3.4 Kunst

Einen Schwerpunkt in diesem Bereich bildeten im Berichtszeitraum Anträge zu Kunsthandel, Kulturgutentzug und Provenienzforschung. Zwei Beispiele seien nachstehend vorgestellt.

Eine Mitarbeiterin der Stiftung Deutsches Historisches Museum Berlin beschäftigte sich in ihrer Dissertation mit dem Einfluss des MfS auf Kulturgutexporte aus der DDR. Dabei ging es um das Aufspüren von unrechtmäßig durch die DDR erworbenen Kultur- und Kunstschatzen. Die Auswahl reicht von wertvollen Münzen über Bilder, Möbel bis Schmuck. Auch hier leistete das MfS durch die Verfolgung von Bürgern aktive Unterstützung. Aktiv beteiligt waren die Beschäftigten des MfS in der HA XVIII (Sicherung der Volkswirtschaft), der Kunst und Antiquitäten GmbH unter Alexander Schalck-Golodkowski und Joachim Farken. Auch viele inoffizielle Mitarbeiter des MfS unterstützten diese Art der „Beschaffung“ durch entsprechende Hinweise. Einbezogen wurden sowohl die Berliner Bestände des Stasi-Unterlagen-Archivs als auch Unterlagen aus den MfS-Bezirksverwaltungen Rostock und Dresden. Nach der Durchsicht von knapp 26 000 Seiten konnten über 15 500 Seiten vorgelegt und 120 Seiten herausgegeben werden.

Die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden (SKD) gingen im Rahmen eines vom Deutschen Zentrum Kulturgutverluste geförderten Projektes den Beziehungen der SKD zu Außenhandelsfirmen der DDR, besonders zur Kunst und Antiquitäten GmbH, nach. Nachweisbar seit 1968 hatten geschäftliche Verbindungen zwischen Außenhandelsfirmen der DDR, die Kunst und Antiquitäten exportierten, und den SKD bestanden. In dem ersten bekannten Fall waren 1968 Museumsbestände zum Verkauf abgegeben worden, um wiederum den Ankauf des Triptychons „Der Krieg“ von Otto Dix zu finanzieren. In den Folgejahren waren mehrfach Anweisungen von staatlicher Seite ergangen, Kunstwerke zur Devisenbeschaffung aus den Museumsbeständen auszusondern. Dabei spielte deren Herkunft, sei es aus dem museumseigenen Sammlungsbestand, aus Nachlässen und Einlagerungen oder Enteignungen, keine Rolle. Für dieses Forschungsprojekt wurden von der Außenstelle Dresden über 77 000 Seiten vorgelegt und ca. 6 500 Seiten herausgegeben.

5.3.5 Haft und Militär

In der Außenstelle Chemnitz wurde im Berichtszeitraum ein umfangreicher Antrag eines Kooperationspartners der Außenstelle, des Lern- und Gedenkorts Kaßberg Gefängnis e. V., bearbeitet. Das Kaßberg-Gefängnis im damaligen Karl-Marx-Stadt war die größte Untersuchungsanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit und die zentrale Durchgangsstation für die meisten der mehr als 33 000 aus DDR-Gefängnissen freigekauften politischen Gefangenen. Für den Antrag sind insgesamt knapp 220 000 Seiten ausgewertet und gut 3 500 Seiten herausgegeben worden. Die im Ergebnis entstandene Dauerausstellung, deren Eröffnung mit über 3 000 Gästen vom 20. bis 22. Oktober 2023 begangen wurde, thematisiert unter anderem den Häftlingsfreikauf. Zahlreiche Dokumente wie Entlassungsscheine oder Schriftwechsel im Rahmen

des Freikaufs mit bundesdeutschen Behörden sind nun im Lernort ausgestellt.

Die DDR war im Kalten Krieg ein wichtiger Waffenexporteur. Bisher weitgehend unbekannt ist dabei bisher die Rolle des Betriebs Ingenieur-Technischer Außenhandel (ITA) gewesen. So spielte der ITA zum Beispiel während des ersten Golfkriegs zwischen Iran und Irak eine unrühmliche Rolle, als der selbsternannte „Friedensstaat“ DDR beide Kriegsparteien mit Waffen belieferte. Da die Unterlagen des ITA im Zuge der Friedlichen Revolution 1989/90 offenbar vernichtet worden waren, kam der Überlieferung aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv eine wichtige Funktion bei der Erforschung durch den Hamburger Journalisten und Historiker Wolfgang Kliez zu. Im Rahmen seines Forschungsantrags in der Außenstelle Rostock wurden durch die Bearbeiter mehr als 101 000 Seiten ausgewertet, davon knapp 34 000 Seiten zur Einsicht vorgelegt und über 2 000 Seiten als Kopie herausgegeben. Die Ergebnisse erschienen 2024 als Monographie unter dem Titel „Waffenhändler in Uniform. Geheime Im- und Exporte der DDR“.

5.3.6 Ministerium für Staatssicherheit

In Vorbereitung der neuen Dauerausstellung „Mut zur Freiheit! Verfolgung und Widerstehen in der kommunistischen Diktatur“ forschte die Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden zur Bezirksverwaltung des MfS in Dresden. Mit Blick auf die Themenfelder politische Haftanstalt, ehemalige Bezirksverwaltung und Ort der Friedlichen Revolution recherchierten die Antragsteller in den Unterlagen der Außenstelle Dresden. Einen Schwerpunkt bildete hier die Tätigkeit Wladimir Putins in den 1980er-Jahren in Dresden. Die Dauerausstellung wurde am 28. Mai 2024 eröffnet. Hierfür waren rund 37 000 Seiten zur Akteneinsicht vorgelegt, fast 7 000 Seiten und gut 600 Fotos herausgegeben worden.

Rainer Erices vom Institut für Geschichte und Ethik der Medizin an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg beschäftigt sich seit längerem mit dem Einsatz und Nutzen von Lügendetektoren sowie den diesbezüglichen MfS-eigenen Forschungen. Dabei geht es um Stimmstressanalysen und weitere psycho-physiologische Methoden, das Frageverhalten und die eingesetzten Geräte, wie sie etwa die HV A nutzte. Der Einsatz in der Arbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern und in Operativen Vorgängen war ein weiterer Aspekt der Forschungen. Die Ergebnisse wurden unter anderem im Berichtszeitraum während eines Bürgerberatungs- und Informationstages der Außenstelle Erfurt im Grenzlandmuseum Eichsfeld e. V. in Teistungen vorgestellt. Insgesamt wurden für diesen Forschungsantrag rund 40 000 Seiten ausgewertet, knapp 7 000 Seiten eingesehen, 100 Fotos gesichtet und rund 1 500 Seiten Schriftgut sowie 35 Fotos digital herausgegeben – vieles davon zum ersten Mal.

5.3.7 Bezirke

Ein US-amerikanischer Antragsteller befasste sich mit der Sammlung, Analyse und Auswertung politischer Gerüchte und Stimmungen der DDR-Bevölkerung zur Politik der SED-Regierung. Als Einstieg diente im Vorfeld die Online-Datenbank ddr-im-blick.de des Stasi-Unterlagen-Archivs. Diese Edition enthält die geheimen Berichte des MfS zur Information der DDR-Partei- und Staatsführung seit dem Juniaufstand von 1953. Im Rahmen der Antragsbearbeitung wurden Sachrecherchen in allen Dienststellen des Stasi-Unterlagen-Archivs eingeleitet. Im Laufe der Bearbeitung fokussierte sich der Antrag auf den Zeitraum 1980 bis 1989 und beispielhaft auf die Städte Guben, Forst und Cottbus. Neben sachthematischen Unterlagen wurden auch eine Vielzahl von Akten zu IM des MfS ausgewertet und darin enthaltene Stimmungs- und Meinungsberichte aus der Bevölkerung zur Verfügung gestellt. Im Berichtszeitraum wurden über 1 000 Akten ausgewertet, in 23 Heftausgaben wurden insgesamt knapp 20 000 Seiten digital zur Verfügung gestellt.

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur widmete sich im Rahmen eines Antrags einem Ausstellungs- und Dokumentationsprojekt der Geschichte der SED-Herrschaft und der Stasi in der Rennbahngemeinde Hoppegarten bei Berlin. Von besonderem Interesse waren Unterlagen zu den örtlichen Dienststellen und konspirativen Objekten der Stasi, den Sportanlagen der Sportvereinigung Dynamo, zu deren Nachnutzung, zur Rennbahn Hoppegarten und zur Überwachung der Kirchen während der Friedlichen Revolution 1989. Zu diesen und anderen Aspekten wurden fast 37 000 Seiten gesichtet, über 29 000 Seiten vorgelegt und gut 1 200 Kopien bzw. Digitalisate herausgegeben. Ergebnisse des Hoppegarten-Projekts wurden beim Symposium „Gefährlich gefährdet – Neuaneignung von Orten mit DDR-Geschichte“ am 13./14. Februar 2025 im Humboldt-Forum präsentiert, die Eröffnung der Ausstellung ist im Laufe des Jahres 2025 geplant.

5.3.8 Westarbeit und Medien

Die Evangelische Akademie Tutzing widmete sich in einem Antrag der eigenen Geschichte bzw. der eigenen Überwachung durch das MfS. Nach Abschluss der Recherchen konnten insgesamt 428 Aktenseiten als Digitalisat herausgegeben werden. Die Ergebnisse seiner Archivrecherchen präsentierte Willi Stöhr, der frühere Studienleiter der Akademie, am 13. März 2024 in Tutzing. Eine Druckfassung des Vortrags wurde später in der Reihe „epd-Dokumentation“ des Evangelischen Pressedienstes (Ausgabe 35/2024) veröffentlicht.

Mitglieder des deutsch-polnisch-ukrainischen Kunstlabors „Journey from Dangerous to (Un)Safe“ stellten im Oktober 2024 einen Forschungsantrag. Ziel war die Vertonung der vom MfS abgefangenen Briefe an die BBC-Sendung „Briefe ohne Unterschrift“. Die Aufnahmen sollten Teil

einer 30-minütigen Tonlandschaft zu den Themen „Erinnerung, kultureller Austausch und Migration“ werden, die in der zwischen Ost- und Westberlin verkehrenden Buslinie 100 abgespielt werden sollte. Trotz enger Terminsetzung konnte der Antrag durch Rückgriff auf bereits digitalisierte Aktenbestände bzw. Briefe zeitgerecht abgeschlossen werden. Die Toninstallation läuft seit Herbst 2024 in den Berliner Bussen der Linie 100.

5.3.9 Medizin

Die Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig e. V. beleuchtete in einem Antrag den geschichtlichen Ort Riebeckstraße 63 in Leipzig, unter anderem mit Schwerpunkt auf der Nutzung als „Geschlossene Venerologische Station“. Seit Ende 2024 setzt diese Forschung der neu gegründete Verein Riebeckstraße 63 e. V. fort. Die Geschichte und die Schicksale der Frauen in der „Geschlossenen Venerologischen Station“ Leipzig als Außenstelle Riebeckstraße/Thonberg des Bezirkskrankenhauses St. Georg lagen bisher im Dunkeln. Erstmals haben umfangreiche Recherchen zum Ort und den Akteuren, Ärzten, Krankenschwestern und Insassinnen zahlreiche Dokumente ans Licht gebracht. So wurde bekannt, dass sich bis 1970 eine konspirative Wohnung auf dem Gelände befunden hatte. Die Ergebnisse sind in die Gestaltung einer Gedenkstätte eingeflossen: Im ehemaligen Pförtnerhaus entstand ein erster Ausstellungsraum, in dem Dokumente aus dem Forschungsantrag gezeigt werden. Insgesamt wurden knapp 100 000 Seiten gelesen, rund 2 000 Seiten zur Einsicht vorgelegt und anschließend ca. 900 Seiten als Kopien herausgegeben.

5.3.10 Kultur

Genannt sei hier ein Antrag für eine im Auftrag von ARTE produzierte Dokumentation zu deutsch-französischen Beziehungen zu DDR-Zeiten, speziell zur Beobachtung des Französischen Kulturzentrums in Ost-Berlin und dessen Eröffnung, zur Observierung von Mitarbeitern und Besuchern, insbesondere zu ggf. überlieferten Fotos und Videos. Zusätzlich sollten Dokumente bereitgestellt werden über die Überwachung der Gestaltungsproduktion von Citroën im Zwickauer Gelenkwellenwerk Mosel. Eine besondere Herausforderung war der zeitliche Druck dieses Medienantrags, denn die Recherchen mussten innerhalb von sechs Wochen abgeschlossen sein. Umfangreiche Sachrecherchen, zeitaufwändige Decknamenrecherchen und nachfolgende Aktenauswertungen von über 17 000 Seiten führten schließlich zur Herausgabe von mehr als 50 Dokumenten inklusive Fotos mit über 1 300 Seiten.

5.4 Rechtsstreitigkeiten

Im Berichtszeitraum befand sich das Bundesarchiv in neun Rechtsstreitigkeiten vor dem zuständigen Verwaltungsgericht Berlin hinsichtlich der Verwendung von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. Die Anzahl der gegen

das Bundesarchiv erhobenen Klagen mit Bezug zu Fragen des Zugangs zu den Unterlagen ist damit weiterhin gering. Zwei Verfahren wurden im Berichtszeitraum vom Verwaltungsgericht entschieden.

In einer der Entscheidungen wurde das Begehren der Klägerin auf Informationen zu einem Grundstücksverkauf abgelehnt. Ein hiergegen gerichteter Antrag auf Zulassung der Berufung wurde von dem Obergerverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg abgelehnt.

In der zweiten Entscheidung lehnte das Verwaltungsgericht eine Klage ab, mit der sich die Klägerin gegen die Einordnung eines Teils der vom Staatssicherheitsdienst zu ihr angelegten Unterlagen als solche zu einer inoffiziellen Mitarbeiterin gewandt hatte. In den Unterlagen finden sich hinreichende Belege für die Bereiterklärung zur Berichterstattung an den Staatssicherheitsdienst, die zu einer Einstufung der entsprechenden Aktenteile als zu einer Mitarbeiterin angelegt führten. Zu dieser Entscheidung ist beim Obergerverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg ein Antrag auf Zulassung zur Berufung gestellt.

Eine anhängige Klage eines Medienschaffenden richtet sich auf die Herausgabe von Informationen über drei von ihm genannte Personen, die teilweise nach der Wiedervereinigung öffentliche Funktionen und Ämter bekleideten. Da keiner der in § 32 Absatz 2 StUG normierten Tatbestände für eine Zurverfügungstellung etwaiger Unterlagen gegeben ist, konnte dem Antrag des Klägers nicht entsprochen werden. Die nachträgliche Überprüfung von Personen, die in bestimmten Positionen tätig waren, auf eine frühere Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit ist nach StUG nicht zulässig.

Ein Kläger begehrt mit seiner Klage die Entschlüsselung eines Decknamens in den eigenen Unterlagen. Da der Kläger selbst Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes war, kommt eine Decknamenentschlüsselung nach § 13 Absatz 5 StUG nicht in Betracht. Der Kläger führt hiergegen die eigene Minderjährigkeit zum Zeitpunkt der Verpflichtungserklärung an und sieht sich insofern als Betroffener. Die Minderjährigkeit vermag an der Einstufung als Mitarbeiter nach dem StUG jedoch nichts zu ändern.

Ein anderer Kläger wehrt sich mit seiner Klage gegen die Einstufung von zu ihm angelegten Unterlagen als solche zu einem Begünstigten. Nach seiner Ansicht bedarf es für die Kategorisierung als Begünstigter nach § 6 Absatz 1 Nr. 2 StUG neben der wissentlichen Schonung vor Strafverfolgung einer eigenen Gegenleistung des Begünstigten wie bei Mitarbeitern. Ferner sei das Motivbündel des Staatssicherheitsdienstes maßgeblich. Tatsächlich bedarf es für den genannten Tatbestand jedoch nur der Schonung vor Strafverfolgung durch den Staatssicherheitsdienst sowie der Kenntnis des Begünstigten hiervon.

Ein weiterer Kläger zielt mit seiner Klage auf die Herausgabe von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes zu einer

bestimmten Person, mit der er und weitere Dritte sich aktuell in zivil- und strafrechtlichen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Frage, ob diese Person als Mitarbeiter im Sinne von § 6 Absatz 4 StUG einzustufen ist, befinden.

Zwei weitere Verfahren zum Zugang zu Unterlagen zu verstorbenen Elternteilen konnten im Wege der Erledigung beigelegt werden.

Eine Klage auf Akteneinsicht zu einem verstorbenen Großonkel war mangels naher Angehörigeneigenschaft gemäß § 15 Absatz 3 und 4 StUG nicht gegeben. Die Klägerin hat die Klage im Verfahren zurückgenommen.

6 Forschung

6.1 Die Forschung im Stasi-Unterlagen-Archiv

Die Forschung im Bereich Stasi-Unterlagen-Archiv basiert auf § 2 Absatz 2 Nr. 5 und 6 Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG). Hiernach zählt zu den Aufgaben des Bundesarchivs, die Tätigkeit der Staatssicherheit durch Unterrichtung der Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise des Ministeriums für Staatssicherheit aufzuarbeiten und externe Forschung und politische Bildung bei der historischen und politischen Aufarbeitung zu unterstützen.

Im Bundesarchiv wurden zur Erledigung dieser gesetzlichen Aufgaben ein Forschungskonzept entwickelt und das Forschungsreferat des Stasi-Unterlagen-Archivs neu strukturiert. Die Forschung im Bundesarchiv ist auf die Produktion von Basiswissen ausgerichtet, das erforderlich ist, die Institution des MfS als Aktenproduzenten, seine Rolle in der SED-Diktatur und die von ihm hinterlassenen Unterlagen zu verstehen. Die seit Jahren aufgebauten besonderen Kompetenzen in der Forschung wurden weiterentwickelt, damit für Nutzerinnen und Nutzer dieses kontextualisierende Basiswissen bereitgestellt werden kann.

Die Forschungsschwerpunkte wurden neu gefasst und konzentrieren sich seither auf drei Säulen: kontextualisierende Forschung zur Entstehung und zur Struktur der Unterlagen des MfS; Edition zentraler Quellenkorpora und Erforschung von Basiswissen zu den Dienstseinheiten des MfS als geheimpolizeiliche Akteure und als Aktenbildner im Kontext der SED-Diktatur.

6.2 Abgeschlossene und publizierte Forschungsprojekte

Im Berichtszeitraum erschienen sieben Editionsبände, ein Sammelband, zwei Monografien, ein Ausstellungskatalog sowie diverse Neuauflagen.

Mit sechs Editionsبänden aus der Reihe „Die DDR im Blick der Stasi“ in 24 Monaten konnte die Anzahl der jährlich erscheinenden Jahrgänge deutlich gesteigert wer-

den – damit liegen jetzt die Berichte der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS an die Partei- und Staatsführung aus den Jahren 1954, 1966, 1970, 1972, 1982 und 1985 vor. Neben den ZAIG-Jahrgängen ediert und kommentiert eine Eigenpublikation Dokumente zur Überwachung der innerdeutschen Grenzübergangsstellen durch die Staatssicherheit.

Ein im November 2024 erschienener Sammelband beleuchtet die Rolle der Geheimdienste im Kalten Krieg aus unterschiedlichen Blickwinkeln. In der Reihe „Analysen und Dokumente“ liegt jetzt eine Untersuchung zum Verhältnis von MfS und DDR-Staatsanwaltschaft in politischen Prozessen vor. Ein Band mit Fotografien hauptamtlicher Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zeigt das Personal und die Tätigkeiten des MfS und verbindet die Darstellung mit biografischen Skizzen der Mitarbeitenden. Zur neuen Wanderausstellung des Stasi-Unterlagen-Archivs „Alles Wissen Wollen“ erschien unter gleichem Titel der Katalog.

Die Publikationen werden entweder als Verlags- oder als Eigenveröffentlichung herausgegeben. Eigenpublikationen stehen als barrierefreie PDF-Dateien kostenlos online zur Verfügung, die Verlagsbände sind überwiegend auch als E-Book erhältlich. Betreut werden ferner Nachschlagewerke wie das Abkürzungsverzeichnis der häufig verwendeten Abkürzungen und Begriffe des MfS (mittlerweile in 13. Auflage) sowie Nach- und Neuauflagen von Publikationen des Stasi-Unterlagen-Archivs. Im Folgenden werden die im Berichtszeitraum erschienenen Publikationen vorgestellt (siehe auch Anhang 7).

Die Mitarbeitenden des Forschungsbereiches haben im Berichtszeitraum außerdem zahlreiche wissenschaftliche Aufsätze veröffentlicht (siehe Anhang 8).

6.2.1 Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung 1954, 1966, 1970, 1972, 1982 und 1985

Die Reihe der geheimen Berichte an die SED-Führung wurde im September 2023 mit dem Jahrgang 1970 fortgesetzt – ein Jahr, das ganz im Zeichen der deutsch-deutschen Annäherung stand. Bundeskanzler Willy Brandt besuchte Erfurt, DDR-Regierungschef Willi Stoph reiste nach Kassel. Während sich die SED eine internationale Aufwertung von den Treffen erhoffte und die Staatssicherheit vor den Folgen solch „westlicher Einflussnahme“ warnte, erwartete die DDR-Bevölkerung vor allem eins – eine Durchlässigkeit der Mauer. Die ZAIG-Berichte spiegeln diese unterschiedlichen Erwartungshaltungen eindrücklich wider.

2024 konnten erstmals vier Bände der Edition in einem Jahr veröffentlicht werden: zunächst der Editionsband zum Jahr 1982, das geprägt war von einer Versorgungskrise, Hochrüstung und der Entstehung einer unabhängigen Friedensbewegung. Hier dokumentieren die Berichte

marode Industriebetriebe, Friedensaktionen unter dem Dach der evangelischen Kirche, Fluchtversuche und Missstimmung in der Bevölkerung angesichts der anhaltenden Versorgungskrise. Es folgte der Band zum Jahr 1954, das in die heiße Phase des Kalten Krieges fällt. Neben der Stimmung im Innern zeichnen die Tagesrapporte ein schillerndes Bild von der wechselseitigen Blockkonfrontation mit Schauprozessen, Zwangsverschleppungen und Sabotageaktionen antikommunistischer Widerstandsgruppen. Besonders intensiv wird über die Viermächtekonferenz zu Beginn des Jahres berichtet, die zunächst Hoffnung auf nationale Einheit weckte und am Ende die Teilung Deutschlands und Europas zementierte. Das in diesen frühen Jahren noch recht unregelmäßige Berichtswesen führte dazu, dass für diesen Jahrgang die besonders umfangreiche Edition von mehr als 3 500 Berichtsseiten bearbeitet werden musste. Das gesamte Korpus findet sich in der Datenbank www.ddr-im-blick.de, etwa zehn Prozent der Berichte wurden für die Druckfassung ausgewählt. Parallel erschien der Jahrgang zu 1972, dem Jahr, in dem mit dem Abschluss des Grundlagenvertrages die DDR-Grenze wieder durchlässig wurde: Erstmals nach dem Mauerbau bekamen Westdeutsche und Westberliner ein Anrecht auf ständige Einreisen in den Osten. Die Staatssicherheit protokollierte das Reisegeschehen akribisch und warnte zugleich vor den Gefahren dieser einseitigen Maueröffnung. Im Inneren versuchte die SED mit sozialpolitischen Verbesserungen und einer vorsichtigen Liberalisierung die Bevölkerung für sich zu gewinnen. Der vierte Editionsband präsentiert das Jahr 1985, in dem sich die Dauerkrise der DDR fortsetzte. Zwar hatten die Milliardenkredite aus der Bundesrepublik 1983 und 1984 den Staatsbankrott abgewendet, doch der Problemdruck war weiterhin hoch: die miserable Versorgungslage, die marode Volkswirtschaft, wachsende Umweltprobleme und Abertausende Menschen, die das Land verlassen wollten. Die Stimmung in der Bevölkerung war stark von Unzufriedenheit und Resignation geprägt, doch verbanden sich mit Michail Gorbatschow als neuem sowjetischen Machthaber auch Hoffnungen auf Veränderung.

2025 setzt sich die Reihe der Stasi-Berichte an die Staatsführung mit dem Band zum Jahr 1966 fort. Nach dem „Kahlschlag“-Plenum im Dezember 1965 kehrte die SED zu einer repressiveren Jugend- und Kulturpolitik zurück. Auch die Front gegenüber der evangelischen Kirche verhärtete sich und die großen Wirtschaftsreformen gingen in die „zweite Etappe“. Das Berichtswesen der Stasi sollte die SED dabei unterstützen, ihren Kurs in allen politischen und vopolitischen Bereichen durchzusetzen.

Auch die Datenbank der ZAIG-Edition ddr-im-blick.de wurde kontinuierlich aktualisiert. Im Berichtszeitraum wurden dort die Jahrgänge 1959, 1970, 1971, 1982 und 1983 online gestellt. Die Reihe „Die DDR im Blick der Stasi“ wird 2025 fortgesetzt mit den Jahrgangsbänden 1973 und 1986.

6.2.2 Die Stasi und die innerdeutschen Grenzübergangsstellen 1961–1989. Eine kommentierte Edition ausgewählter Dokumente

Die innerdeutschen Grenzübergänge waren ganz unmittelbare Berührungspunkte zwischen Ost und West und deshalb neuralgische Punkte für die Staatssicherheit. Die kommentierte Edition zentraler Dokumente zur Grenzsicherung zeigt die widersprüchliche Politik der DDR zwischen Abschottung und Öffnung gegenüber dem Westen an den Grenzübergängen zur Bundesrepublik und zu Westberlin via Straße, Schiene und Wasserweg. Dabei spiegeln sich unterschiedliche Aspekte des deutsch-deutschen Grenzverkehrs wider wie die Anstrengungen der Stasi, Fluchten an den Übergängen zu verhindern, oder die Müll-Importe in die DDR gegen Devisen, aber auch zum Beispiel die Organisation des kleinen Grenzverkehrs in den grenznahen Regionen. Die von Peter Boeger erarbeitete Edition erschien als Band 47 in der Reihe „BF informiert“.

6.2.3 Geheimdienste, Politik und Krisen im Kalten Krieg

Der als Band 61 in der wissenschaftlichen Reihe „Analysen und Dokumente“ erschienene Sammelband analysiert die Rolle der Geheimdienste im Kalten Krieg. CIA und BND, KGB und MfS sammelten und verwerteten Informationen, die auf anderem Wege nicht zu beschaffen waren. So sollten sie ihre Regierungen beraten und vor Gefahren schützen. Dies gilt insbesondere für die Krisen des Kalten Krieges in Europa. Der von Daniela Munkel, Ronny Heidenreich und Martin Stief herausgegebene Band präsentiert zunächst eine Bestandsaufnahme zur Deklassifizierung, Verfügbarkeit und Erschließung von Geheimdienstquellen in deutschen und ausländischen Archiven. Außerdem betrachten die Beiträge die Praktiken der Informationsverarbeitung in Geheimdiensten in West und Ost, die Rezeption geheimdienstlicher Lageunterrichtungen im politischen Raum sowie die „politikberatenden“ Fähigkeiten der Dienste in Krisensituationen.

6.2.4 „Kristallhart gegenüber allen Feinden“. Die DDR-Staatsanwaltschaft und das MfS im politischen Strafprozess

Für die Steuerung politischer Strafprozesse war in der DDR neben dem MfS die Staatsanwaltschaft verantwortlich. Staatsanwälte sicherten die Ermittlungsergebnisse der MfS-Untersuchungsabteilungen formal-juristisch ab. Die Studie von Christian Booß und Sebastian Richter in der Reihe „Analysen und Dokumente“ belegt anhand von Unterlagen aus rund 100 Verfahren, wie die Herrschenden in einer Diktatur die Justiz mit formal rechtskonformen Mitteln beeinflussen konnten und dass die Staatsanwaltschaft ihrer gesetzlichen Rolle als „Hüterin des Rechts“ teilweise nur mit deutlichen Abstrichen nachkam. Nach-

gezeichnet werden die Entstehung und Entwicklung des wichtigsten Lenkungsorgans der DDR-Justiz, der Leiterberatungen der obersten Justiz- und Untersuchungsorgane. Die minutiöse Untersuchung der einzelnen Verfahrensschritte, insbesondere detaillierte Textvergleiche zwischen MfS-Ermittlungsberichten und Anklageschriften, machen die politische Strafjustiz als machtpolitisches Sanktionsinstrument der SED-Herrschaft deutlich.

6.2.5 Die Hauptamtlichen. Fotografische Einblicke und biografische Skizzen aus den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit

Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit fertigten Millionen Fotografien an. Sie selbst sind äußerst selten darauf zu sehen. Die Stasi schützte so ihre geheimpolizeiliche Arbeit. Hier werden nun erstmals in einem reich bebilderten Band die Menschen gezeigt, die normalerweise hinter der überwachenden Kamera standen. Der in der Reihe „Schriften des Bundesarchivs“ als 83. Band erschiene Beitrag ist Ergebnis einer breiten Recherche im Stasi-Unterlagen-Archiv nach Aufnahmen von hauptamtlichen Mitarbeitern der Staatssicherheit, die weitgehend unveröffentlichtes Bildmaterial zu Tage förderte. Ergänzt durch biografische Skizzen zu den Fotografierten entsteht so ein besonderer Einblick in den Alltag der Geheimpolizisten.

6.2.6 Alles Wissen Wollen. Die Stasi und ihre Dokumente. Katalog zur Wanderausstellung

Die Stasi war Geheimpolizei, Ermittlungsbehörde und Auslandsnachrichtendienst zugleich, sie bespitzelte, manipulierte und überwachte – sie wollte alles wissen. Die Wanderausstellung „Alles Wissen Wollen. Die Stasi und ihre Dokumente“ zeigt 21 Stasi-Objekte mit historischen und biografischen Hintergründen und eröffnet so einen anschaulichen Einblick in Ideologie, Struktur und Methoden des Staatssicherheitsdienstes. Der Ausstellungskatalog führt diese 21 Objekte mit den vertiefenden Inhalten der Webpräsentation unter www.alles-wissen-wollen.de in Buchform zusammen. Er enthält die wesentlichen Inhalte der Ausstellung sowie eine repräsentative Auswahl aus den über 300 Online-Exponaten (siehe auch Abschnitt 7.2).

6.3 Laufende Forschungsprojekte

6.3.1 Editionen

Die DDR im Blick der Stasi

Die Edition „Die DDR im Blick der Stasi – Die geheimen Berichte an die SED-Führung 1953–1989“ wurde im Berichtszeitraum fortgesetzt. Die von der ZAIG des MfS verfassten Berichte werden wissenschaftlich kommentiert und in einer Einleitung in den historischen Kontext ihrer Entstehungszeit sowie das Informationswesen der Staats-

sicherheit eingeordnet. Die geheimen Berichte zeigen in der Langzeitperspektive, wie MfS sowie Staats- und Parteiführung die allgemeine Lage in der DDR einschätzten, welche Schwierigkeiten und „Bedrohungen“ sie für ihre Herrschaft sahen und wie sie auf solche Herausforderungen reagierten. Die Edition wird jahrgangsweise veröffentlicht, als Auswahl-edition (Buch) und als Komplett-edition (online), die ein Jahr nach der Buchpublikation kostenlos unter www.ddr-im-blick.de zur Verfügung steht. Die Gesamtedition soll bis zum Jahr 2029 abgeschlossen werden. Im Berichtszeitraum wurde die Bearbeitung folgender Jahrgänge begonnen bzw. fortgeführt: 1955, 1957, 1967, 1975, 1984, 1986 und 1987.

Länderstudien und Dokumentationen

Länderstudien sind fachlich anspruchsvolle, zugleich aber pointierte und lesefreundlich gestaltete Publikationen, die Bürgerinnen und Bürgern, die wenig Vorkenntnisse über das Ministerium für Staatssicherheit haben, einen guten Einstieg in das Thema bieten. Die Länderstudien stellen das Wirken des Staatssicherheitsdienstes in spezifischen Regionen Deutschlands in den Mittelpunkt, wobei ausgewählte biografische Schicksale die Auswirkungen politischer Repression auf Einzelne in der jeweiligen Region erläutern. Anhand von Fallbeispielen werden die Funktion, die Struktur und die typischen Methoden und Vorgehensweisen der Staatssicherheit aufgezeigt.

Aktuell wird eine mehrbändige Länderstudie erarbeitet, die einen Überblick über die Ziele und Interventionen der Staatssicherheit in der Bundesrepublik vermittelt. Die Stasi war an vielen Stellen, auch Schaltstellen in der Bundesrepublik, aktiv. Sie beobachtete und bespitzelte Personen und Einrichtungen, von denen sie sich sicherheitsrelevante bzw. politisch und wirtschaftlich nützliche Informationen erhoffte, mitunter versuchte sie auch Einfluss zu nehmen. Zu ihren Zielen zählten Parteien und zivilgesellschaftliche Initiativen, westliche Sicherheitsapparate sowie Industrie- und Hochtechnologiebetriebe. Auch kulturelle Einrichtungen und insbesondere deutsch-deutsche Kontakte wurden intensiv überwacht. Das Hauptthema des ersten Bandes sind deutsch-deutsche Kontakte wie Sportveranstaltungen und Städtepartnerschaften, Fluchthilfe und Hilfsorganisationen, aber auch Amateurfunk und Besuchsreisen. Der Band wird im Jahr 2025 erscheinen.

Dokumentationen sind Hefte, die den Fokus auf die Präsentation von Stasi-Dokumenten legen. Zum Verständnis der Dokumente dienen erläuternde Texte. Aktuell werden Dokumentationen anlässlich der Bürgerfeste zum Tag der Deutschen Einheit in den verschiedenen Bundesländern gefertigt, um den Austragungsort des Bürgerfestes besonders zu würdigen und zur regionalen Aufarbeitung und Geschichte vor Ort etwas beizusteuern. 2025 für das Saarland, 2026 für Bremen, 2027 für Nordrhein-Westfalen und 2028 für Bayern.

6.3.2 Ablagen, Vorgangskategorien, Informationssysteme

Computer und elektronische Datenverarbeitung im Überwachungssystem der Stasi

Das bereits im Ersten Tätigkeitsbericht erwähnte Projekt untersucht den bislang wenig erforschten Einsatz von Computern und elektronischer Datenverarbeitung (EDV) im Überwachungssystem der DDR-Staatssicherheit. Im Fokus stehen die Entwicklung und Nutzung zentraler MfS-Datenbanksysteme, die EDV-gestützten Informationsflüsse, organisatorische Strukturen, internationale Datenverbindungen, der Wissenstransfer sowie die technische Ausstattung des MfS. Darüber hinaus analysiert das Projekt das Ende der Stasi-EDV 1989/90, einschließlich Datenvernichtung und Nachnutzung vorhandener Systeme. Ziel ist es, die Rolle digitaler Technologien als integralen Bestandteil der Stasi-Überwachung umfassend zu rekonstruieren. Das Projekt wird 2025 abgeschlossen.

Die „dezentralen Informationsspeicher“ der operativen Dienstseinheiten – Zentrale Materialablagen, Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskarteien sowie Dokumentenkarteien

Im Mittelpunkt des Projekts steht die quellenkundliche Untersuchung der Zentralen Materialablagen (ZMA) und der zugehörigen Karteisysteme des MfS. Ziel ist es, Struktur, Funktion und Überlieferung dieser dezentral geführten Informationsspeicher systematisch zu analysieren (siehe Erster Tätigkeitsbericht, Abschnitt 4.3.2, S. 40).

Ein Schwerpunkt liegt auf dem ZMA-Bestand der Kreisdienststelle (KD) Brandenburg an der Havel. Die Datenerhebung für diesen besonders gut überlieferten Bestand wurde erfolgreich abgeschlossen und in erste Auswertungen überführt. Diese bilden die Grundlage für weiterführende Analysen zur Struktur und Nutzungspraxis der Ablage.

In einem zweiten Schritt wird das Untersuchungsdesign erweitert: Zusätzlich zur KD Brandenburg wird Material aus weiteren geeigneten Kreisdienststellen einbezogen, um regionale Unterschiede in der Überlieferung zu erfassen. Darüber hinaus werden ZMA-Bestände auf der ministeriellen Ebene der MfS-Hauptabteilungen in die Analyse aufgenommen, um strukturelle Unterschiede zwischen den hierarchischen Ebenen vergleichend zu untersuchen.

Geheime Ablage

Die 1953 vom Ministerium für Staatssicherheit geschaffene Geheime Ablage umfasst insgesamt 12 966 Vorgänge zu sicherheitspolitisch besonders sensiblen Fällen. Diese Akten unterlagen innerhalb des ohnehin geheimen MfS-Archivs einer zusätzlichen, besonders strengen Geheimhaltung. In den rund 350 lfd. M. Aktenmaterial ist insbesondere Fehlverhalten von MfS-Mitarbeitern und deren

Angehörigen, Mitgliedern anderer bewaffneter Organe sowie Mitgliedern der SED dokumentiert.

Das Projekt nimmt eine detaillierte thematische Bestandsaufnahme vor, um die inhaltliche Struktur und die Entstehungszeiträume der Akten systematisch zu erfassen. Ein zentraler Fokus liegt auf der Analyse der Sanktionspraxis in Fällen von deviantem Verhalten hauptamtlicher und inoffizieller MfS-Mitarbeiter sowie Mitarbeiter anderer bewaffneter Organe. Darüber hinaus werden Aktenkomplexe zu bedeutenden historischen Ereignissen – etwa dem Passierscheinabkommen und dem „Prager Frühling“ – sowie zu zentralen Aufgabenfeldern des MfS wie der internen Spionageabwehr untersucht.

Da die Aufnahme eines Vorgangs in die Geheime Ablage auf besonders strengen Geheimhaltungsrichtlinien basierte, handelt es sich um thematisch heterogene Unterlagen. Quellenkundliche Analysen sollen klären, nach welchen Kriterien, durch wen und mit welcher Intention bestimmte Akten in diese Ablage aufgenommen wurden. Das Projekt startete im Mai 2025.

Operative Personenkontrollen und Operative Vorgänge

Das Projekt bietet eine quellenkritische Bestandsaufnahme und Analyse der im Stasi-Unterlagen-Archiv archivierten Operativen Vorgänge und Operativen Personenkontrollen sowie deren historischen Vorläufern. Diese Vorgänge dienten dem Staatssicherheitsdienst zur geheimdienstlichen Informationsgewinnung über Betroffene und zur Planung von Maßnahmen gegen sie.

Im ersten Schritt werden die normativen Grundlagen der Aktenführung im zeitlichen Verlauf systematisch herausgearbeitet. Auf dieser Basis können repräsentative Ausschnitte der Aktenkategorien für einen Quellenkorpus ausgewählt werden, der quantitative Auswertungen ermöglicht. Anschließend erfolgt eine exemplarische Untersuchung zentraler Dokumententypen, um ein quellenkritisches Instrumentarium zu entwickeln, das die Aussagekraft sowie die methodischen Herausforderungen dieser Dokumente systematisch erfasst.

Durch diese differenzierte quellenkritische Analyse der zentralen Aktenkategorien wird die „Lesbarkeit“ des Archivs erheblich verbessert werden. Dies kommt sowohl der wissenschaftlichen Forschung als auch anderen Nutzerinnen und Nutzern des Archivmaterials zugute. Das Projekt startet im Juli 2025.

6.3.3 Dienstseinheiten des MfS

Geheimdienstliche Arbeit des MfS nach Westen: Eine quellenkundliche und quellenkritische Analyse der HVA-Überlieferung

In dem bereits vorgestellten Projekt (siehe Erster Tätigkeitsbericht, Abschnitt 4.3.3, S. 40) werden verschiede-

ne Überlieferungen aus dem Kontext der „Westarbeit“ des MfS untersucht. Ausgangspunkt ist die Tatsache, dass ein Großteil der Akten der Spionageabteilung des MfS (Hauptverwaltung A, HV A) 1989/90 vernichtet worden ist. Jedoch liegen die aus den USA übernommenen Stasi-Unterlagen vor, die unter dem Namen „Rosenholz“ bekannt sind. Daneben verfügt das Stasi-Unterlagen-Archiv über die elektronischen Daten aus dem System der Informationsrecherche der HV A (SIRA). Bei beiden Überlieferungen handelt es sich um fragmentarisches und deshalb schwer interpretierbares Material. Deshalb hat das Projekt zum Ziel, den Informationsgehalt und den Quellenwert dieser beiden Überlieferungen zu untersuchen. Dafür wird ein Bestand der Außenstelle Leipzig verwendet, die als einzige über eine umfangreiche Überlieferung der HV A verfügt. Im Projekt wurden Statistikbögen der HV A identifiziert, die als Bestandteil von „Rosenholz“ überliefert sind, zu denen es in Leipzig Akten gibt. Durch den Abgleich der in den Statistikbögen erfassten Informationen mit den überlieferten Akten wird der Informationsgehalt der „Rosenholz“- und der SIRA-Überlieferung ermittelt und ihr Quellenwert neu bewertet. Das Projekt war zwischenzeitlich unterbrochen und wird im Jahr 2026 abgeschlossen.

Überlieferungslücken im Stasi-Unterlagen-Archiv schließen – Recherche und Dokumentation von durch das MfS vernichteten Akten der MfS-Auslandsspionage in den Archiven mittel- und osteuropäischer Länder

Der Großteil der Akten der DDR-Auslandsspionage HV A wurde 1989/90 vernichtet. Das gilt auch für die Berichte der HV A an die Partei- und Staatsführung (Ausgangsinformationen). In den Archiven der sozialistischen Geheimdienste Osteuropas sind jedoch zahlreiche Dokumente aus dieser Provenienz überliefert. Seit der Gründung der für die Geheimpolizeiakten zuständigen Behörden in Polen, in der Tschechischen Republik, in Ungarn und in Bulgarien sind diese zugänglich.

Das Projekt hat zur Aufgabe, solche Dokumente systematisch zu ermitteln und zu dokumentieren, um sie den Nutzenden zugänglich zu machen (siehe Erster Tätigkeitsbericht, Abschnitt 4.3.3, S. 40 f.). Die Recherchen im Warschauer IPN-Archiv sind mittlerweile weitgehend abgeschlossen. Es wurden knapp 2 000 Akten gesichtet und etwa 1 100 Dokumente identifiziert und dokumentiert, die nicht im Bundesarchiv überliefert sind. Erste Recherchen im Sofioter COMDOS-Archiv und nunmehr auch im Prager Archiv der Sicherheitsdienste (ABS) waren erfolgreich und werden im Projektverlauf systematisch fortgesetzt.

Offiziere im besonderen Einsatz des Ministeriums für Staatssicherheit

Das schon im Ersten Tätigkeitsbericht (dort Abschnitt 4.3.3, S. 41) beschriebene Projekt untersucht die Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) des MfS. OibE waren hauptamt-

liche Stasi-Mitarbeiter, die in der DDR getarnt in Schlüsselfunktionen von Wirtschaft und Staatsapparat tätig waren. Grundfrage im Projekt ist es, warum das MfS diese besondere Kategorie von Mitarbeitern entwickelte, die zwischen ihrem hauptamtlichen Personal und den verdeckt agierenden IM angesiedelt sind. Es wird zu klären sein, in welchen Zusammenhängen diese Personalkategorie entstand und in welchen gesellschaftlichen und staatlichen Bereichen der DDR die OibE in welchem Umfang eingesetzt wurden.

Bisher entstand eine etwa 3 500 Datensätze umfassende Datenbank mit OibE-Mitarbeitern als Grundlage des Projekts. Außerdem wurde eine Sammlung von Normen erarbeitet, mit denen das MfS die Tätigkeit der OibE regulierte. Seit Anfang 2025 befindet sich das Projekt in der Analysephase. Zunächst wird eine statistische Erhebung über die Verwendung von OibE in verschiedenen Einsatzfeldern erstellt, um auf dieser Grundlage eine qualitative Untersuchung ihrer Tätigkeit in diesen Feldern zu ermöglichen. Das Projekt soll Ende 2027 abgeschlossen werden.

Psychoterror und psychologische Kriegsführung: Die Tätigkeit der HV A zwischen 1958 und 1989

Die Studie analysiert die „aktiven Maßnahmen“ der Geheimdienste des Ostblocks – d. h. die verdeckte Propaganda und Desinformation zur Beeinflussung der Politik ausgewählter Länder, politischer Parteien und anderer Gruppen im Westen – unter besonderer Berücksichtigung der jeweiligen Rolle des sowjetischen Komitees für Staatssicherheit (KfS bzw. KGB) und des MfS. Die Studie verfolgt die Entwicklung der verschiedenen Kampagnen ab 1958, dem Jahr, in dem die Staatssicherheitsdienste des Ostblocks begannen, regelmäßig auf diesem Gebiet zusammenzuarbeiten, bis zum Zusammenbruch des Kommunismus in Ostmitteleuropa im Jahr 1989.

Im Rahmen des Projektes wird herausgearbeitet, welche Regierungen, Organisationen und Einzelpersonen Ziel solcher Maßnahmen waren und wie sich Geheimpolizeien mit Staats- und Parteiorganen sowie verschiedenen Frontorganisationen und Presseorganen außerhalb des Ostblocks abstimmten. Die Nutzung von aktiven Maßnahmen, um Oppositionelle und ihre Unterstützer im Westen zu diskreditieren, zu „zersetzen“ und mundtot zu machen, bildet einen Schwerpunkt der Untersuchung. Das Projekt befindet sich in der Abschlussphase.

Kooperation und Konflikte zwischen Dienstseinheiten des MfS: Aushandlungsprozesse um Ressourcen

Das Projekt zielt auf ein genaueres Verständnis der Behördenkultur, des Machtgefüges und der Genese von Feindbildern im MfS. Untersucht wird die Kommunikation innerhalb seines Apparats am Beispiel von Aushandlungsprozessen um Ressourcen. Indem die Analyse auf die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Dienstseinheiten fokussiert, sollen die inneren Mechanismen und das reale

Selbstverständnis dieses Geheimapparats genauer in den Blick genommen werden und damit das innere Funktionieren des MfS.

Bisher wurde davon ausgegangen, dass die Tätigkeit des MfS in einer streng militärischen Befehlshierarchie gesteuert worden sei. Dies gilt es angesichts der grundlegenden Erkenntnis zu überprüfen, dass gerade in hierarchisch strukturierten und autoritären Organisationen Aushandlungsprozesse die Behördenkultur ganz wesentlich prägen. Auch das MfS war vermutlich geprägt durch ein teilweise wenig koordiniertes Nebeneinander von Prozessen und ein gelegentliches Gegeneinander von Akteuren, was zu Konflikten führte, in denen eine Konkurrenz um personelle wie finanzielle Ressourcen ebenso ausgetragen wurde wie um die Relevanz verschiedener Tätigkeitsbereiche und Dienstseinheiten.

Ein solcher Blick auf die Behördenkultur lässt neue Erkenntnisse darüber zu, auf welche Weise die Tätigkeitsbereiche im MfS konturiert wurden. Auch eine personell so gut aufgestellte Behörde wie das MfS musste Prioritäten formulieren und operative Ressourcen entsprechend lenken. Daraus entstand ein Ressourcenwettstreit verschiedener Dienstseinheiten. Das Projekt wird klären, mit welchen Mitteln solche Konflikte geführt worden sind und wie Entscheidungen zustande kamen. Ist bereits viel über die Weisungslage in bestimmten Tätigkeitsfeldern und Dienstseinheiten bekannt, so fragt dieses Projekt danach, wie eine solche Befehlslage entstand, welche Akteure daran beteiligt waren und wie die Kommunikation zwischen ihnen verlief. Im Ergebnis wird nicht nur die Behördenkultur im MfS und das sich verändernde relative Gewicht verschiedener Dienstseinheiten besser verständlich. Mit Veränderungen in der Ressourcenverteilung und der damit einhergehenden Auf- und Abwertung einzelner Dienstseinheiten dürften Feindbilder im MfS neu konfiguriert worden sein und damit wurden diese Prozesse relevant für die Ausrichtung seiner Tätigkeit. Das Projekt begann im Mai 2025.

6.3.4 Audio-visuelle Quellen

Töne der Repression – Audio-visuelle Quellen im Stasi-Unterlagen-Archiv. Spionageprozesse in den 1950er- bis 1980er-Jahren. Edition und Analyse

Das Editionsvorhaben dient als Pilotprojekt für die Entwicklung einer Online-Edition für Audioquellen des Bundesarchivs. Wie im vorangegangenen Tätigkeitsbericht (siehe dort Abschnitt 4.3.4, S. 41) erläutert, liegt der Fokus dabei aufgrund ihrer besonderen historischen Bedeutung auf Spionageprozessen aus dem Zeitraum von 1952 bis 1989. Im Berichtszeitraum hat das Projektteam dafür eine Vorauswahl von geeigneten Prozessen für die Nutzung in der Pilotphase vorgenommen. Zentrale Kriterien waren dabei Vollständigkeit und Qualität der Überlieferung, die Auswahl von Fällen aus allen Jahrzehnten des Überliefe-

rungszeitraumes, die Repräsentativität der ausgewählten Mitschnitte sowie die Möglichkeit der Veröffentlichung nach den Vorgaben des StUG. Für die entsprechenden Fälle erfolgten Recherchen der Aktenüberlieferung sowie der beteiligten Personen.

Als eine wichtige Voraussetzung für die Edition der Tonaufnahmen hat das Projektteam Transkriptionsrichtlinien zur Verschriftlichung verbaler und nonverbaler akustischer Elemente verfasst. Auf deren Basis wurden von einem Dienstleister Audio-Transkriptionen ausgewählter Prozessmitschnitte erstellt. Neben ihrer Rolle als Lese-manuskript der Tonaufnahmen dienen die Transkriptionen auch als Grundlage für die Edition und Kommentierung. Dazu wurden wissenschaftliche Richtlinien sowie Auswahlkriterien für die Einbindung weiterführender Quellen festgelegt.

Für die technische Realisierung der Online-Edition hat das Projektteam in Zusammenarbeit mit einem IT-Dienstleister die Entwicklung einer Online-Präsentation mit einem innovativen erweiterten Audio-Player begonnen. Während die Tondokumente dabei im Mittelpunkt stehen werden, wurde auch besonderer Wert auf die Realisierung einer übersichtlichen Bereitstellung der zusätzlichen visuellen Informationen, wie Transkript, Kommentierungen und korrespondierenden Quellen, gelegt. Ein Schwerpunkt der noch nicht abgeschlossenen technischen Entwicklung liegt zudem bei verschiedenen Such- und Navigationsmöglichkeiten, durch die die vergleichsweise langen Tonaufnahmen künftig für die selbstständige Nutzung durch Öffentlichkeit und Forschung eröffnet werden können.

6.4 Forschungskolloquium

Der Forschungsbereich des Stasi-Unterlagen-Archivs veranstaltet ein semesterbegleitendes Forschungskolloquium. Im Rahmen dieser Fachgespräche werden laufende und abgeschlossene Forschungsprojekte von internen und externen Forschenden vorgestellt und diskutiert. Das öffentliche Kolloquium dient dem wissenschaftlichen Austausch und der Vernetzung in der Forschungsgemeinschaft (Übersicht der Termine im Berichtszeitraum siehe Anhang 9).

6.5 Wissenschaftliche Tagung

Vom 5. bis 8. Februar 2025 fand auf dem Campus für Demokratie zum Thema „Staats-Sicherheiten im Sozialismus“ eine wissenschaftliche Tagung statt: Internationale Historikerinnen und Historiker diskutierten über Forschungsfragen zur Rolle von Geheimpolizeiapparaten im ehemaligen sowjetischen Herrschaftsbereich während des Kalten Krieges. Die Tagung thematisierte das Verhältnis zwischen den kommunistischen Staatsparteien und den Geheimpolizeien. Es zeigten sich gerade mit Blick auf die DDR-Staatssicherheit deutliche Unterschiede, beispielsweise zum KGB in der Sowjetunion, bei der Verortung der Geheimpolizeien im politischen Gefüge der sozialis-

tischen Regime. Auch die biografischen Erfahrungswelten der DDR-Staatssicherheitsminister sowie die Personalpolitik der Apparate allgemein spielten eine Rolle, was insbesondere für die stalinistische Sowjetunion facettenreich diskutiert wurde.

Norman N. Naimark (Stanford University, USA) eröffnete die Tagung mit einem Vortrag zur Bedeutung der inneren Sicherheit in kommunistischen Regimen. Den Abschluss markierte eine Diskussion zu „35 Jahre Aufarbeitung der Geschichte der Staatssicherheit“. Die Beiträge der Tagung werden in einem Sammelband veröffentlicht, der 2026 erscheinen soll.

6.6 Spezialbibliothek

Die wissenschaftliche Spezialbibliothek des Stasi-Unterlagen-Archivs sammelt neben Veröffentlichungen zum Ministerium für Staatssicherheit und Geheimdiensten im Allgemeinen auch Publikationen zu modernen Diktaturen sowie zu Kommunismus und Totalitarismus. Ebenso gehören die Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR, Deutschlandpolitik und die innerdeutschen Beziehungen, die Geschichte Ost- und Mitteleuropas sowie Biografien und biografische Nachschlagewerke zum Sammelgebiet der Bibliothek.

Die Bibliothek des Stasi-Unterlagen-Archivs bildet seit Oktober 2023 eine Organisationseinheit mit den übrigen Bibliotheken des Bundesarchivs. Durch die Zusammenlegung ergaben sich fachliche Synergieeffekte und im Berichtszeitraum wurde die Zusammenführung der Bibliotheksdatenbanken vorbereitet, die zum 14. März 2025 erfolgt ist. Die Beschäftigten des Bundesarchivs können die Bestände standortübergreifend nutzen.

In der Ende 2023 bezogenen neuen Liegenschaft des Stasi-Unterlagen-Archivs in Berlin-Lichtenberg ist die Bibliothek prominenter platziert und konnte durch die räumliche Nähe zum Aktenlesesaal einen Anstieg der Benutzung verzeichnen. Im Rahmen des Umzugs wurde eine Teilrevision des Bestandes durchgeführt.

Im Berichtszeitraum wuchs der Bestand durch Kauf, Tausch und Geschenke auf nunmehr rund 102 000 Bände an. Die Bibliothek bezieht laufend 111 Zeitschriften sowie 13 Tages- und Wochenzeitungen sowie Nachrichtenmagazine.

7 Unterrichtung und Vermittlung

Die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Strukturen, Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes sowie die Vermittlung des besonderen Charakters und Symbolwerts des Stasi-Unterlagen-Archivs an den historischen Orten sind gesetzlich festgeschriebene Aufgaben des Bundesarchivs. Das Stasi-Unterlagen-Archiv kommt diesen Aufträgen durch Bildungsangebote, Ausstellungen und Veranstaltungen vor Ort wie auch digital oder in hybrider Form nach. Dabei greifen Bildungsangebote wie Führun-

gen und Workshops, Ausstellungen, Veranstaltungen und digitale Kommunikation ineinander und ergänzen sich.

Neben dem Campus für Demokratie als zentralem Lern- und Veranstaltungsort in Berlin spielen die Außenstellen des Stasi-Unterlagen-Archivs für die Bildungs- und Vermittlungsarbeit eine wichtige Rolle. Mit ihrem auf die ehemaligen Bezirke der DDR bezogenen Archivbestand sind sie in der Lage, für die Interessen der Besucherinnen und Besucher passgenaue Formate zu erarbeiten. Angebote, die regionale Besonderheiten reflektieren, finden regelmäßig besonders große Resonanz. Einen Überblick über die vielfältigen Veranstaltungen bietet Anhang 11. Seit vielen Jahren sind die Außenstellen zudem an ihren Standorten breit vernetzt, was sie zu gefragten Kooperationspartnern im Bereich der Bildungs- und Vermittlungsarbeit macht.

7.1 Archivpädagogik und politisch-historische Bildungsarbeit

Auch in diesem Berichtszeitraum war das Stasi-Unterlagen-Archiv gefragter Akteur der historisch-politischen Bildung. Der Campus für Demokratie in Berlin-Lichtenberg und die 13 weiteren Standorte des Stasi-Unterlagen-Archivs sind lebendige außerschulische Lernorte, die fest in den regionalen Bildungslandschaften verankert sind. Im Jahr 2024 wurden die Handlungsfelder sowie die methodisch-didaktischen und umsetzungspraktischen Perspektiven für die zukünftige Bildungsarbeit in den Regionen in einem Konzept neu definiert, um den sich weiterentwickelnden und regionalspezifischen Herausforderungen an die Archivpädagogik und historisch-politische Bildungsarbeit langfristig gerecht zu werden.

Die Mitarbeitenden bringen sich regelmäßig mit Vorträgen und Fachartikeln in den Fachdiskurs ein. Neue Aspekte der Bildungsarbeit werden auf der Geschichtsmesse der Bundesstiftung Aufarbeitung in Suhl oder auf Europas größter Bildungsmesse didacta vorgestellt. Ferner berät das Stasi-Unterlagen-Archiv Einrichtungen und Projektverantwortliche zu Fragen der Aufarbeitung der SED-Diktatur, unterstützt in verschiedenen Rollen den Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten und vertritt das Bundesarchiv im Arbeitskreis Archivpädagogik des Verbands deutscher Archivarinnen und Archivare e. V. Im letzten Förderzeitraum des von der Bundesregierung geförderten Programms „Jugend erinnert“ begleitete das Stasi-Unterlagen-Archiv drei Projekte bis zur Veröffentlichungsreife.

7.1.1. Bildungsveranstaltungen auf dem Campus für Demokratie

Die Anzahl der Bildungsveranstaltungen auf dem Campus für Demokratie konnte im Vergleich zum vorhergehenden Berichtszeitraum deutlich gesteigert werden (siehe Anhang 10). Insbesondere die Erwachsenenpädagogik wurde ausgebaut. Erstmals fand im November 2024 ein gemeinsam mit der Volkshochschule Steglitz-Zehlendorf

angebotener einwöchiger Bildungsurlaub mit dem Titel „Agenten, Akten, Aufarbeitung“ statt. Aufgrund der großen Nachfrage wird das Format im Herbst 2025 wiederholt. Im April 2025 beteiligte sich das Stasi-Unterlagen-Archiv zum ersten Mal mit einer eigenen Veranstaltung an der Seniorenuniversität im Stadtbezirk Lichtenberg.

Ein weiterer Fokus lag zuletzt auf der Arbeit und dem Austausch mit dem akademischen Nachwuchs. Im September 2024 besuchten Stipendiatinnen und Stipendiaten der Bundestiftung Aufarbeitung den Campus und konnten ihre Fragen bei der Arbeit mit Stasi-Unterlagen mit Expertinnen und Experten klären. Rund 70 Studierende aus Amsterdam informierten sich im Juni 2025 zum Umgang mit dem Kulturerbe. Insgesamt war im Berichtszeitraum ein anhaltendes Interesse aus dem Ausland zu verzeichnen. Weitere Studierendengruppen kamen etwa aus Chile, Kanada und Finnland. In einem neuen Erklärvideo werden sich junge Studierende und ältere Jugendliche, in Ergänzung oder als Alternative zu Workshop-Formaten vor Ort, demnächst niedrigschwellig zu den Recherchemöglichkeiten im Stasi-Unterlagen-Archiv informieren können.

Eine der Hauptzielgruppen der Bildungsarbeit bleiben jedoch Schülerinnen und Schüler. Für sie werden Bildungsmodule angeboten, mit denen Lehrkräfte je nach Leistungsniveau und Interesse der Klasse Projekttag individuell zusammenstellen können. Im Berichtszeitraum fanden 324 Schulprojekttag statt. Auffällig war in den letzten Jahren eine Zunahme der Gruppengröße. Immer häufiger wollen ganze Jahrgänge einer Schule Angebote zeitgleich wahrnehmen. Die Organisation und Betreuung solcher Projekttag sind besonders aufwändig und personalintensiv. Gleiches gilt für Sonderveranstaltungen wie dem fest im Jahreskalender etablierten „Tag der Pressefreiheit“ mit rund 150 Gästen.

Zweimal wurde im Berichtszeitraum der Animationsfilm „Fritzi – Eine Wendewundergeschichte“ gezeigt. Das junge Publikum hatte im Anschluss die Möglichkeit, seine Eindrücke zu teilen und dem Regisseur und einer Historikerin Fragen zu stellen. Mit diesem Angebot richtete sich das Stasi-Unterlagen-Archiv erstmalig explizit an Grundschulklassen; eine Zielgruppe, die perspektivisch stärker erschlossen werden soll. Im Herbst 2024 führte die Regisseurin Nicole Heinrich ihr Stück „Monika Haeger – Inside Stasi“ an zwei aufeinanderfolgenden Tagen vor Schulklassen auf. Sie diskutierte mit den Jugendlichen darauf aufbauend über die Frage, inwiefern die eigenen Überzeugungen um jeden Preis zu verfolgen seien.

Im Schuljahr 2024/25 wurde erstmals eine Klasse über einen längeren Zeitraum begleitet. Im Rahmen des Projekts „denkmal aktiv. Kulturerbe macht Schule“ befassten sich die Berliner Schülerinnen und Schüler ein Schuljahr lang mit dem historischen Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale und dem Wirken der Staatssicherheit. Die Ergebnisse werden am 21. Juli 2025 im früheren Offizierskasi-

no auf dem Campus für Demokratie ausgestellt. Derartige Projektarbeiten und das Lernen außerhalb des Klassenverbandes sollen in den kommenden Jahren verstärkt werden.

Wichtige Aufgabe der Bildungsarbeit ist seit jeher die Qualifizierung von Lehrkräften. 1 196 Lehrkräfte nahmen an den 39 Präsenz- und Online-Fortbildungen teil. An der Akademie für politische Bildung in Tutzing wurde etwa ein Workshop zum Thema „Die Sprache der Stasi“ angeboten. Solche Angebote kommen zunehmend auch Quer- und Seiteneinsteigerinnen und -einsteigern zugute, die schnell lernen wollen, das Thema Staatssicherheit in der SED-Diktatur souverän zu unterrichten. Im Jahr 2024 kooperierte das Stasi-Unterlagen-Archiv bei der Lehrkräftequalifizierung erstmals mit der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag: Referendarinnen und Referendare am Zentrum für schulpraktische Lehrerausbildung in Münster informierten sich zunächst auf dem Campus für Demokratie und suchten dann in den Räumen des Parlaments das Gespräch mit Evelyn Zupke. Pilotcharakter hatte eine Kooperation mit der Universität Potsdam. In diesem Rahmen besuchten Lehramtsstudierende 2024 mehrfach den Campus für Demokratie, um neue Angebote und Zugänge für Grundschulklassen zu entwickeln.

7.1.2 Historisch-politische Bildungsarbeit in der Region

In der Region fanden im Berichtszeitraum insgesamt 411 Bildungsveranstaltungen für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende sowie verschiedene Erwachsenengruppen statt. Die Zusammensetzung der Besuchgruppen variierte. Am Standort Neubrandenburg konnten beispielsweise alle Ausbildungsjahrgänge der Bundespolizei am Ausbildungszentrum Neustrelitz begrüßt werden. Die Außenstellen in Erfurt, Halle und Magdeburg bildeten in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Justizministerien Rechtsreferendarinnen und -referendare mit wechselndem Programm fort. In Dresden wurden Kinder ab acht Jahren im Berichtszeitraum verstärkt an das Archiv herangeführt. Sie können sich dort nun auf eine Schnitzeljagd durch den Ausstellungsbereich begeben, in einem kindgerechten Erklärvideo mehr zu den Arbeitsabläufen im Stasi-Unterlagen-Archiv erfahren und in den Ferien an interaktiven Familienführungen teilnehmen.

Auch andernorts wurden Bildungsformate neu erprobt und verstetigt. In Chemnitz konzipierten Mitarbeitende erste Vertiefungsangebote zur 2023 eröffneten Dauerausstellung. Sie erzählt das Schicksal zweier Schulfreunde im Visier der Stasi und ist daher besonders geeignet für die Vermittlungsarbeit mit Schülerinnen und Schülern. In Schwerin können Oberstufenkurse seit 2025 mit den faksimilierten Unterlagen zu einem gescheiterten Fluchtversuch arbeiten und im Anschluss mit dem damals 20-jährigen Betroffenen ins Gespräch kommen. Studierende der

Europa-Universität Viadrina profitierten beim Besuch der Außenstelle Frankfurt (Oder) von einem neukonzipierten Angebot zu Ausländerinnen und Ausländern in der DDR, das die zunehmende Heterogenität der Gesellschaft reflektiert. Dank einer Kooperation mit den Magdeburger Verkehrsbetrieben bietet die Außenstelle Magdeburg seit Kurzem Führungen über das historische Areal der ehemaligen Bezirksverwaltung des Staatssicherheitsdienstes an. Da das Gelände bis heute für die Öffentlichkeit nicht vollständig zugänglich ist, machten bereits viele Interessierte von diesem Angebot Gebrauch. In Rostock können Einheimische und Touristen die Hansestadt fortan in dem Rundgang „Rostock geheim. Stasi-Stadtrundgang“ in einem ganz neuen Licht kennenlernen. Dieses Angebot nahm im Berichtszeitraum unter anderem die Fachschaft Geschichte einer Gesamtschule aus Rostock-Lichtenhagen im Rahmen einer Lehrkräftefortbildung wahr.

Nicht zuletzt wurden allerorts die regionale Vernetzung und Gewinnung neuer Kooperationspartner angestrebt. So schloss die Außenstelle Leipzig im Jahr 2024 eine Kooperationsvereinbarung mit der Universität Leipzig ab. Ziel ist ein wiederkehrendes Seminarangebot für Studierende, in dem diese mehr über die Struktur, Methoden und Arbeitsweise der DDR-Geheimpolizei sowie die Recherchemöglichkeiten im Stasi-Unterlagen-Archiv erfahren. Die erste Veranstaltung hat als dreiteiliges Blockseminar von November 2024 bis Januar 2025 stattgefunden. Die nächsten Seminare sind im Wintersemester 2025/2026 vorgesehen. Auf Initiative der Außenstelle Chemnitz formierte sich Ende 2023 ein Netzwerk von Institutionen, die sich mit dem DDR-Bergbauunternehmen Wismut befassen. Mit einer ganzjährigen Veranstaltungsreihe leistet es bereits einen bildungspolitischen Beitrag zum Kulturhauptstadtprogramm im Jahr 2025. Andere Kooperationen, wie die Arbeitsgemeinschaft „Politische Bildung Cottbus“, wurden über die letzten Jahre vertieft. Das Stasi-Unterlagen-Archiv beteiligte sich jeweils mit einer Lehrkräftefortbildung und einer Schulkinoveranstaltung an der von der Arbeitsgemeinschaft organisierten Themenwoche zur DDR-Aufarbeitung in der Stadt. Eine vergleichbare Arbeitsgemeinschaft hat sich in Frankfurt (Oder) konstituiert. Deren Mitglieder suchten 2025 unter anderem den Fachaustausch mit dem polnischen Nachbarn. Ebenfalls staatenübergreifend war ein binationaler Schulworkshop zum Thema „Solidarność“, der mit aus Stasi-Unterlagen duplizierten Quellen im Jahr 2024 in Stettin stattfand.

7.1.3 Neue Materialien für den Schulunterricht

Da die Friedensbewegungen der 1980er-Jahre ab 2026 Abiturthema sein werden, ist im Berichtszeitraum dazu ein neues Heft der Reihe „Quellen für die Schule“ erschienen. Die Dokumente befassen sich mit dem Kirchentag 1983 in Wittenberg und bezeugen die berühmte Schmiedeaktion „Schwerter zu Pflugscharen“, ergänzt durch Erläu-

terungen zu Begriffen, Abkürzungen und Personen sowie Arbeitsaufträge für die Lernenden. In Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen wurde eine auf dem Heft basierende Lehrkräftefortbildung konzipiert und als Online-Format umgesetzt.

In den Rahmenlehrplänen der meisten Bundesländer wird auch der 17. Juni 1953 explizit als Unterrichtsthema benannt. Eine niedrigschwellige Einführung in das Thema bietet der neue nicht-lineare Actionbound „17. Juni 1953. Volksaufstand in Berlin“. Die Spielenden können den Spielverlauf durch ihre Entscheidungen aktiv beeinflussen. Ergänzend zum spielerischen Zugang wurden Arbeits- und Antwortbögen rund um den Volksaufstand erarbeitet, die Lehrkräfte auf der Website des Bundesarchivs kostenfrei herunterladen können.

Neu ist auch eine digitale Quellenkunde zum Umgang mit Stasi-Unterlagen. Mithilfe des Mouseover-Effekts erhalten Schülerinnen und Schüler nützliche Hinweise für die äußere (u. a. Form und Überlieferung) und innere (u. a. Inhalt und Stil) Quellenkritik.

Im Herbst 2024 wurde die digitale Vermittlungsarbeit durch die Ausstattung der Archivstandorte mit zeitgemäßer Technik (Smartboards, Laptops und Beamer) gestärkt. Die Lizenz für das Serious-Game „Actionbound“ wurde erweitert. Digitale Rallyes sind damit nun allerorts möglich.

7.2 Ausstellungen und Kooperationen

Mehr und mehr werden die digitale und die analoge, vor Ort stattfindende Vermittlung miteinander kombiniert. Auch die neue Wanderausstellung „Alles Wissen Wollen. Die Stasi und ihre Dokumente“, die am 23. April 2024 durch den Präsidenten des Bundesarchivs, Prof. Dr. Michael Hollmann, im Rahmen einer Veranstaltung im Mauermahnmal des Deutschen Bundestags (Marie-Elisabeth-Lüders-Haus) gemeinsam mit der damaligen Vorsitzenden des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag, Katrin Budde, und der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur, Evelyn Zupke, eröffnet wurde, folgt dieser Idee: Eine eigens entwickelte Website unterstützt das hybride Konzept der Ausstellung. Alle Informationen sind so auch ortsunabhängig über www.alles-wissen-wollen.de abrufbar. Die Ausstellung veranschaulicht die Vielfalt und den Umfang der Aussagekraft der Bestände des Stasi-Unterlagen-Archivs für die Gegenwart und die Zukunft. Angelpunkt der Ausstellung sind 21 hochwertig faksimilierte Dokumente, Bilder und Gegenstände aus dem Archiv, die in beleuchteten Vitrinen präsentiert werden. Inhalt und Kontext des jeweiligen Objekts werden in knapper Form auf der Außenwand der Vitrinen dargestellt. Weitere Informationen und Archivquellen eröffnen sich den Gästen der Ausstellung in vier digitalen Vertiefungsebenen, die mit dem eigenen Smartphone über einen QR-Code an den Vitrinen oder aber auch in einem Medienterminal in der Ausstellung angesehen werden können.

Die Wanderausstellung ist primär für die westdeutschen Bundesländer gedacht: Dort gibt es keine historischen Orte, kaum Dokumentationsstätten zur DDR-Geschichte, aber Informationsbedarf. Nach der Präsentation in Berlin war die Ausstellung im Jahr 2024 in Hannover, Koblenz, Herne und Münster zu sehen. Anlässlich der Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit 2024 gastierte „Alles Wissen Wollen“ außerdem im Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin. Zu diesem Anlass präsentierte das Bundesarchiv auch den Katalog zur Ausstellung, der einen Auszug aus dem umfangreichen inhaltlichen Angebot bietet. An den Eröffnungsveranstaltungen der Wanderausstellung nahmen entweder die Vizepräsidentin des Bundesarchivs, Alexandra Titze, die Abteilungsleiterin Vermittlung und Forschung, Prof. Dr. Daniela Munkel, oder der Präsident des Bundesarchivs, Prof. Dr. Michael Hollmann, teil. Sie diskutierten mit Zeitzeugen und dem Publikum vor Ort den Themenkomplex DDR-Staatssicherheit und machten seine Aktualität für die gesamtdeutsche Gesellschaft deutlich.

Im ersten Halbjahr 2025 war die Ausstellung in Hof, Krefeld und Hamburg zu Gast. Zum Tag der Deutschen Einheit wird sie in Saarbrücken zu sehen sein und anschließend im Rahmen der Berlin Freedom Week in Berlin. Für 2026 sind Stationen in Coburg, Traunstein, Mannheim, Potsdam, Bremen und Göttingen, für 2027 in Oldenburg und Bochum in Planung.

Auch weitere transportable Ausstellungen zum Ausleihen ermöglichen außerhalb der Standorte des Stasi-Unterlagen-Archivs eine Beschäftigung mit dem Thema. So dokumentiert die Ausstellung „Lernt Polnisch!“ die Furcht des SED-Regimes vor einem Überspringen des „polnischen Funkens“ in die DDR und die rigide Verfolgung pro-polnischer Äußerungen in der DDR-Bevölkerung durch die Staatssicherheit. Sie steht in deutscher, polnischer und englischer Sprache zur Verfügung, darüber hinaus liegt ein Begleitheft vor. In deutsch-polnischer Zusammenarbeit zwischen dem Bundesarchiv, der Universität Stettin und der Pommerschen Landesbibliothek war die Ausstellung vom 19. September bis zum 13. Dezember 2024 in der Pommerschen Landesbibliothek Stettin zu sehen. Die Außenstelle Neubrandenburg begleitete die Präsentation mit einer Reihe von Veranstaltungen, unter anderem einer Podiumsdiskussion zur Bedeutung der Solidarność als erster unabhängiger Gewerkschaft im damaligen Ostblock, einem Abend mit Zeitzeugen, die mit Fotos und Tagebuchnotizen die Streiks und Unruhen der 1980er-Jahre in Polen dokumentiert hatten, sowie einem Gespräch zur Geschichte, Kultur und Literatur der deutsch-polnischen Region Pommern.

Die mobile Ausstellung „Überwachen. Verfolgen. Verängstigen.“ vermittelt anhand ausgewählter Betroffenenbiografien und Lebensbereiche, wie die Staatssicherheit

auf das Leben der Menschen in der DDR einwirkte und mit welchen Mitteln und Methoden sie intervenierte und manipulierte. Sie liegt seit 2024 auch wieder in englischer Sprache vor. Für die regionale Vermittlung wird die Ausstellung „Die Stasi“ im Roll-Up-Format kontinuierlich weiterentwickelt.

Für die Vermittlung in der Region sollen perspektivisch an allen Standorten des Stasi-Unterlagen-Archivs besucherfreundliche Archiv-Ausstellungen entstehen. Sie bieten die Möglichkeit, sich dem Thema Staatssicherheit und den Stasi-Unterlagen auch allein, ohne Führung durch die Archive, zu nähern. Sie sollen sowohl Einzelpersonen wie auch Gruppen ansprechen. Den Auftakt dafür machte das Pilotprojekt „Schaumagazin“ in Chemnitz. Die Präsentation „... und dafür gab es Gefängnis ...“ wurde am 9. Juli 2024 eröffnet. Großformatige Foto- und Schriftdokumente sowie Faksimiles von ausgewählten Dokumenten gewähren einen anschaulichen Einblick in das Schicksal zweier Jugendlicher im Visier der Staatssicherheit. Begleitend zur Präsentation erschien im Winter 2024 ein Heft, das die Dokumente aus der Ausstellung sowie weitere aus den zu diesem Fall angelegten Akten der Staatssicherheit enthält und erklärt. Nach Chemnitz wird für Leipzig eine neue Dauerausstellung entwickelt, für die das Konzept bereits vorliegt. Eine Übersicht über die derzeitigen Dauerausstellungen des Stasi-Unterlagen-Archivs in Berlin und in den Außenstellen ist Anhang 12 zu entnehmen.

Mit der im Baukastensystem vorliegenden Präsentation „Die Stasi“ können die regionalen Standorte auch unabhängig von einer dauerhaften Präsentation thematische Schwerpunkte setzen. Die Ausstellung umfasst ca. 150 Roll-Ups und ermöglicht eine Darstellung der Tätigkeit der Stasi mit regionalen und thematischen Schwerpunkten. Sie ist leicht zu transportieren und durch die Aufteilung in Basis- und Schwerpunktmodule gut dem jeweiligen Ausstellungsort anzupassen. Sie wurde beispielsweise vom 28. Oktober bis 9. November 2024 in der Vertretung des Landes Brandenburg beim Bund in Berlin gezeigt und mit einer Podiumsdiskussion eröffnet. Regelmäßig wird die Ausstellung „Die Stasi“ um neue Inhalte ergänzt. Anlässlich der zentralen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit 2023 in Hamburg wurden Ausstellungstafeln zur Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes in Hamburg erarbeitet. So „sicherte“ die Stasi die Teilnahme des DDR-Raddampfers „Dresden“ am 800. Geburtstag des Hamburger Hafens 1989 ab und überwachte während der Fußball-WM 1974 die in Hamburg gastierende DDR-Mannschaft und die mitgereisten Fans. Die dritte Tafel thematisiert das Flüchtlingslager in Hamburg-Finkenwerder, wo Geflüchtete aus der DDR Aufnahme fanden und das der Staatssicherheitsdienst daher intensiv beobachtete. Auch zum Tag der Deutschen Einheit 2024 in Schwerin wurden neue Module gestaltet. In Anlehnung an das Motto der Feierlichkeiten „Vereint Segel setzen“ stand dabei das Wasser im Mittelpunkt. Eine Ausstellungstafel wid-

mete sich der Kontrolle der DDR-Grenze durch die Stasi am und auf dem Schaalsee, eine stellte den gescheiterten Fluchtversuch eines Rostocker Ingenieurs in einem selbst konstruierten U-Boot über die Ostsee dar. Die dritte Tafel thematisiert die Flucht von Karsten Klünder und Dirk Deckert, die 1986 auf Surfbrettern Dänemark erreichten.

Für die Außenstelle Rostock wurden 2024 drei weitere Ausstellungstafeln überarbeitet. Sie zeigen, wie die Stasi Verbindungen zwischen Cuxhavenern und DDR-Bürgern in der Region Rostock observierte und das DDR-Kreuzfahrtschiff MS „Arkona“ sowie ein Cuxhavener Handelsunternehmen überwachte. Auch zur Präsentation beim Tag der Archive am 2. und 3. März 2024 entstanden zwei neue Ausstellungstafeln. Passend zum Motto „Essen und Trinken“ waren hier zwei von der Staatssicherheit streng kontrollierte, mitunter auch kulinarische Schnittstellen zwischen Menschen in Ost und West die Themen: „West-Pakete“ in die DDR sowie die Transitautobahnen zwischen der Bundesrepublik und Westberlin und hier insbesondere Rast- und Parkplätze als west-östliche Treffpunkte, die auch für den Austausch von Lebens- und Genussmitteln genutzt wurden.

Mit der Übernahme der Stasi-Unterlagen in das Bundesarchiv ging auch eine Veränderung des Aufgabengebiets des Ausstellungsreferats einher. Es ist seitdem für alle Standorte des Bundesarchivs zuständig. Im März 2024 wurde im Nutzungszentrum des Bundesarchivs Berlin-Lichterfelde eine 16-teilige Fotostrecke mit Portraits des Fotografen Andreas Meichsner von den am Bau des Magazinegebäudes beteiligten Arbeiterinnen und Arbeitern eröffnet. Die Präsentation wird dauerhaft zu sehen sein, ebenso wie die Ausstellungen zum historischen Ort sowie zur Geschichte des Bundesarchivs. Darüber hinaus wurde die Wanderausstellung des Stasi-Unterlagen-Archivs „Feind ist, wer anders denkt“ 2024 im Besucherzentrum Lichterfelde gezeigt. Aktuell wird gemeinsam mit der Abteilung Audiovisuelle Medien des Bundesarchivs eine Ausstellung zum Archivbestand Max Skladanowsky erarbeitet.

Im Zuge der Zusammenarbeit mit anderen Archiv- und Bildungseinrichtungen zeigt das Stasi-Unterlagen-Archiv in seinen Räumen auch themennahe externe Ausstellungen. Hier sei insbesondere verwiesen auf die Plakatausstellungen der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur „Aufarbeitung. Die DDR in der Erinnerungskultur“, „... denen mitzuwirken versagt war.“ Ostdeutsche Demokraten in der frühen Nachkriegszeit“, „Niños robados. Gestohlene Kinder. Stolen children“ und „17. Juni kompakt. Der Volksaufstand in der DDR 1953“. Im August 2024 zeigte die Fotoausstellung „Blickwechsel“, kuratiert von der Agentur DDR Fotoerbe, die Arbeiten von vier Pressefotografinnen, die das Leben in der DDR von 1970 bis 1990 in verschiedensten Facetten dokumentierten und interpretierten. Auch am Standort Koblenz wurden 2024 und 2025 Leihausstellungen anderer Museen und Ge-

denkstätten gezeigt, darunter die Ausstellung „Dimensionen eines Verbrechens. Sowjetische Kriegsgefangene im Zweiten Weltkrieg“ des Museums Karlshorst.

Als Kooperationspartner war das Stasi-Unterlagen-Archiv an verschiedenen Ausstellungsprojekten beteiligt, so an dem der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. „Mauerpauer“. Hier wurden Objekte eines Mail Art-Projektes gezeigt, das Künstlerinnen und Künstler aus West- und Ostdeutschland zusammen mit dem Journalisten Holger Kulick anlässlich des 25. Jahrestages des Mauerbaus 1986 initiierten. Die Ausstellung wurde am 9. Oktober 2024 eröffnet und war bis zum Januar 2025 im Haus 22, dem früheren Offizierscasino in der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg, zu sehen.

Am 22. Oktober 2023 wurde die Dauerausstellung des Lern- und Gedenkorts Kaßberg-Gefängnis e. V. eröffnet. Als ein Ort, an dem viele von der Staatssicherheit verfolgte Menschen inhaftiert waren, ist das Kaßberg-Gefängnis in Chemnitz ein wichtiger Erinnerungsort an DDR-Unrecht. Von diesem Gefängnis aus, dem einstigen Abwicklungsort des Häftlingsfreikaufs, gingen die meisten der mehr als 33 000 seit 1962/1963 von der Bundesregierung aus der Haft freigekauften politischen Gefangenen in die Freiheit. Die Dauerausstellung arbeitet die Geschichte der Haft zu DDR-Zeiten, in der Zeit des Nationalsozialismus und als NKWD-Gefängnis auf. Das Stasi-Unterlagen-Archiv kooperierte bei der Erarbeitung der Dauerausstellung, vor allem bei der Erarbeitung des Ausstellungskapitels zum Staatssicherheitsdienst.

Für die vom Europäischen Netzwerk der für die Geheimpolizeiakten zuständigen Behörden gemeinsam erarbeitete und federführend durch das Historische Archiv der Staatssicherheitsdienste Ungarns (ABTL) betreute Wanderausstellung gestaltete das Stasi-Unterlagen-Archiv 2024 fünf englischsprachige Module. Sie thematisieren das Verhältnis von Rock- und Popmusik und Staatssicherheit bzw. die Überwachung von Jugendlichen und Jugendkulturen durch den Staatssicherheitsdienst. Hierbei wurden neben den Stasi-Unterlagen auch die weiteren DDR-Unterlagen im Bundesarchiv einbezogen.

Die im Stasimuseum Berlin gezeigte Dauerausstellung „Die Staatssicherheit in der SED-Diktatur“ wurde auf Beschluss des Deutschen Bundestages gemeinsam mit der Aufarbeitungsinitiative ASTAK e. V. erarbeitet und 2015 im Haus 1, dem ehemaligen Sitz des Ministers für Staatssicherheit, eröffnet. Die Ausstellung erklärt die Tätigkeit der Staatssicherheit und ihre Folgen für die Bevölkerung der DDR. Der Ausstellungsbetrieb wird von der ASTAK e. V. organisiert. Zehn Jahre nach der Eröffnung weist die Präsentation starke Abnutzungserscheinungen auf. Gemeinsam mit der ASTAK e. V. wurde daher im Sommer 2024 die Machbarkeit einer modernisierenden Überholung der Ausstellung geprüft sowie der Umfang der dafür notwendigen finanziellen Mittel berechnet. Letztere

stehen bislang nicht zur Verfügung. Dennoch wurde auf Grundlage dieser Vorüberlegungen 2025 mit der Konzeption der Überarbeitung begonnen.

7.3 Campus für Demokratie

Die „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ in Berlin-Lichtenberg ist ein Erinnerungsort von internationaler Bedeutung, an dem die Angebote zur Unterrichtung über den Staatssicherheitsdienst und zur Vermittlung des Symbolwertes des Stasi-Unterlagen-Archivs in besonderer Weise zum Tragen kommen. Die Weiterentwicklung des Standortes erfährt breite politische Unterstützung, insbesondere durch die Regierungen von Bund und Land Berlin sowie durch den Stadtbezirk Lichtenberg, die sich zur Förderung des Campus verpflichtet haben.

Im Berichtszeitraum wurden entscheidende Weichen für die künftige Entwicklung des historischen Ortes gestellt: Am 26. Februar 2024 beschäftigte sich der Ausschuss für Kultur, Engagement und Demokratieförderung des Berliner Abgeordnetenhauses bei einer öffentlichen Sitzung auf dem Campus mit den Entwicklungsperspektiven des Geländes. Auf Initiative und Einladung des Fördervereins Campus für Demokratie e. V. tauschten sich Akteure aus Bund, Land und Bezirk im informellen Rahmen aus. Bei einem Treffen am 30. August 2024 auf dem Campus unterstrichen die damalige Kulturstaatsministerin Claudia Roth und der Regierende Berliner Bürgermeister Kai Wegner die Bedeutung der gemeinsamen Entwicklung des Standortes. Thematisiert wurden unter anderem Varianten zur Realisierung des Archivzentrums zur SED-Diktatur sowie Optionen zur Unterbringung der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. und zur möglichen Realisierung eines „Forums Opposition und Widerstand 1945–1990“. Eine Machbarkeitsstudie für das Archivzentrum zur SED-Diktatur sowie Nachuntersuchungen konnten abgeschlossen werden. Die Vorbereitung des Bebauungsplans für das Sanierungsgebiet sowie das Nutzungskonzept für die Sanierung von Haus 22 bilden zentrale Grundlagen für die Weiterentwicklung des Campus zu einem vielfältig genutzten und lebendigen Lern- und Erinnerungsort.

7.3.1 Ausstellung „Einblick ins Geheime“

Am Campus bietet die Dauerausstellung „Einblick ins Geheime“ Informationen zur Überlieferung des Ministeriums für Staatssicherheit sowie zu Aufgaben und Arbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs. Im Berichtszeitraum wurde das Führungsangebot schrittweise erweitert. Das regelmäßig angebotene Wochenendformat, das den Rundgang durch die Ausstellung mit einem Überblick über die Stasi-Zentrale verbindet, wurde durch themenspezifische und offene Führungen für Interessierte allen Alters unter der Woche erweitert. Das Bildungsteam entwickelte Angebote mit verschiedenen Schwerpunkten, die Personen mit Spezialinteressen und Fachkenntnissen ansprechen und je-

weils am ersten Montag des Monats stattfinden. Zahlreiche Besucherinnen und Besucher nutzten außerdem die Gelegenheit, den Besuch von Veranstaltungen und Aktionstagen mit einer Besichtigung der Ausstellung zu verbinden. Neben thematischen Sonderführungen luden zielgruppenspezifische Angebote wie Führungen für Familien mit Kindern im Alter zwischen sechs und zwölf Jahren, englischsprachige Touren oder Taschenlampentouren zum Entdecken ein.

Einen Zuwachs verzeichnete die Anzahl der Gruppenbuchungen: Neben Gruppen des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung besuchten regelmäßig Abordnungen der Bundeswehr, Gruppen aus dem Bildungssektor sowie Fachpublikum aus dem Archivbereich die Ausstellung. Im Berichtszeitraum wurden 1 004 Gruppen mit 15 915 Teilnehmenden in der Ausstellung begrüßt. Außerdem gab es 18 512 Individualbesuche.

Auch internationale Gäste nahmen Führungen durch die Ausstellung und das Archiv wahr, darunter aus Georgien, Albanien, Taiwan, Südkorea, Japan und der Ukraine. Insgesamt gab es im Berichtszeitraum 14 Besuche von ausländischen Delegationen. Aus dem politischen Raum besuchten die damalige Präsidentin des Deutschen Bundestags, Bärbel Bas, die Bundesvorsitzende der Partei Die Linke, Ines Schwerdtner, der damalige Berliner Senator für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Joe Chialo, sowie Mitglieder des Ausschusses für Kultur, Engagement und Demokratieförderung des Berliner Abgeordnetenhauses die Ausstellung und den Campus für Demokratie.

Die Räumlichkeiten der Beispielaktensammlung, als integraler Bestandteil der Dauerausstellung „Einblick ins Geheime“ konzipiert, wurden im Berichtszeitraum neugestaltet. Die Beispielaktensammlung präsentiert sich jetzt in modernem Design, das stärker an dem der Ausstellung orientiert ist. Die höhere Aufenthaltsqualität kommt vor allem Individualbesuchenden zugute, die hier stöbern und arbeiten wollen. Aber auch größere Gruppen, für die das Bildungsteam spezielle Vermittlungsangebote zur Sammlung entwickelt, können in den Räumlichkeiten betreut werden. Auch inhaltlich wurde die Aktensammlung erweitert. Rund 15 Aktenvorgänge wurden in den letzten zwei Jahren originalgetreu reproduziert und kommentiert. Darunter befinden sich personenbezogene Unterlagen zum jungen Musiker Toni Krahl, der 1968 gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings demonstrierte, zu einem inoffiziellen Mitarbeiter, der die Berliner Punkszene ausspionierte, und zur langjährigen Chefsekretärin des einstigen Ministers für Staatssicherheit. Neue Sachakten geben u. a. Einblicke in das Wirken der Staatssicherheit in den Bereichen Militärspionage, Umweltschutz und Sport. Seit März 2025 werden einzelne Unterlagen und die darin nachvollziehbaren Betroffenenchicksale in der Veranstaltungsreihe „Beispielakten-Talk“ vorgestellt. Ferner erhalten Interessierte über eine neue Handreichung und die erweiterte

Website www.einblick-ins-geheime.de einen Überblick über die für das Projekt aufbereiteten Aktenbeispiele.

7.3.2 Veranstaltungen am Campus für Demokratie

Zahlreiche eigene Angebote und Kooperationen machten das Potenzial zur Auseinandersetzung mit den Themen deutlich, die mit der ehemaligen Stasi-Zentrale und dem Campus für Demokratie verbunden sind. Ein Highlight war das Demokratiefestival „Revolution! – und dann?“ im Rahmen der Berliner Feierlichkeiten zum 35. Jahrestag der Friedlichen Revolution und des Mauerfalls am 10. November 2024. Über 5 500 Menschen besuchten das Festival, das in Kooperation mit der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V., dem Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Kulturprojekte Berlin und der Axel Springer Freedom Foundation veranstaltet wurde. Der Aktionstag thematisierte das Engagement für Demokratie und Freiheit seit dem Herbst 1989 und dessen Bedeutung für die heutige Gesellschaft. Zu den Gesprächsgästen gehörten unter anderem die DDR-Bürgerrechtlerin Ulrike Poppe, der venezolanische Oppositionsführer Leopoldo López und die iranische Bürgerrechtsaktivistin Masih Alinejad. Ein vielseitiges Programm aus Theater, Filmvorführungen, Sonderführungen, Ausstellungen, Gesprächen und Workshops lud zum Verweilen ein. Zudem wurde ein Teil der Open-Air-Installation „Haltet die Freiheit hoch!“ mit Hunderten von Plakaten präsentiert. Den Abschluss des Tages bildete eine multimediale Punk-Rock-Show der russischen Exil-Band Pussy Riot.

Mit einem weiteren Aktionstag am 15. Januar 2025, anlässlich des 35. Jahrestags der Erstürmung der Stasi-Zentrale, endete das Veranstaltungsprogramm zur Friedlichen Revolution und zum Mauerfall. Beim Tag der offenen Tür, der in Zusammenarbeit mit dem Stasimuseum, der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. und dem Bürgerkomitee 15. Januar e. V. stattfand, konnten mehr als 500 Gäste begrüßt werden. Am Abend diskutierten Zeitzeuginnen und Zeitzeugen gemeinsam mit Expertinnen und Experten auf einem Podium über die neuesten historischen Erkenntnisse zur Stasi-Besetzung und die demokratischen Aus Handlungsprozesse seit 1990.

Das 2020 initiierte Campus-Kino entwickelte sich in den Jahren 2023 und 2024 zu einem festen Bestandteil des Berliner Kultursommers. Jeweils im August wurden vier Wochen lang an drei Abenden insgesamt zwölf Filme gezeigt, die in Kombination mit einem vielfältigen Rahmenprogramm einen niedrigschwelligen Zugang zu den Themen Staatssicherheit, DDR, deutsche Teilung und Aufarbeitung boten. 2023 zählte das Open-Air-Kino über 5 500 Besucherinnen und Besucher, 2024 erreichte es mit 8 200 Gästen einen Besucherrekord. Zum Programm mit Gesprächen, Sonderführungen und Ausstellungen trugen nicht nur die Hauptkooperationspartner des Stasi-Unter-

lagen-Archivs, die Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. und der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bei, auch weitere auf dem Gelände ansässige Initiativen und Vereine nutzten die Möglichkeit, ihre Arbeit vorzustellen.

Das Stasi-Unterlagen-Archiv beteiligte sich gemeinsam mit den Campus-Partnern an institutionsübergreifenden Aktionstagen wie dem Tag der Archive, der Langen Nacht der Museen und dem Tag des offenen Denkmals. Besonders hervorzuheben ist die Lange Nacht der Museen 2024, zu der über 1 100 Gäste das Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale besuchten. Das vornehmlich junge und internationale Publikum erlebte Expertengespräche zur Staatssicherheit, ein Dokumentarfilmprogramm und Sonderführungen, darunter auch Taschenlampenführungen.

Ein besonderes Highlight im Berichtszeitraum war das Veranstaltungsprogramm zur Fußball-Europameisterschaft im Juni 2024. Eigens für diesen Anlass konzipierte Schwerpunktführungen, Ausstellungen und Podiumsdiskussionen thematisierten den Einfluss des Staatssicherheitsdienstes auf den Fußballsport und dessen Akteure. Im Anschluss an diese Angebote erlebten die Besucherinnen und Besucher vier ausgewählte Spiele, die in Haus 22, dem ehemaligen Offizierskasino der Stasi, übertragen wurden. Über 700 Gäste nahmen an den Abenden teil, die sich mit den Berliner Fußballvereinen 1. FC Union, BFC Dynamo und SV Lichtenberg 47 sowie dem legendären deutsch-deutschen WM-Duell 1974 befassten. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe entstand das neue Themenheft „Die Welt ist Augenzeuge. Die Fußball-WM 1974 im Zeichen der deutschen Teilung“. Das Heft der Publikationsreihe „Im Fokus“ präsentiert auf knapp 100 Seiten eine Auswahl an Dokumenten und Fotos aus verschiedenen Bundesarchiv-Beständen.

Eine Reihe externer Theaterveranstaltungen lockte zahlreiche Besucherinnen und Besucher auf den Campus, die die Angebote auf dem Gelände zuvor noch nie genutzt hatten. Die Theaterperformance „Wir kriegen euch alle“ zog mit einer Mischung aus Punkkonzert und Dokumentartheater und einem begleitenden Workshop im Oktober 2024 über 450 Gäste an. Im März 2025 gastierte das Mainfranken Theater mit dem Stück „Das schweigende Klassenzimmer“ an zwei Abenden auf dem Campus für Demokratie. Ende April 2025 veranstaltete das Berliner Theaterkollektiv Panzerkreuzer Rotkäppchen einen ausverkauften Performance-Abend mit der Künstlerin Gabriele Stötzer. Ein besonderes Format war das Fassadentheaterstück „Global Amazonia“ der Gruppe Grotest Maru am 27. Juli 2023. Die Aufführung im Rahmen des Berliner Kultursommers in Kooperation mit der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. im Innenhof der ehemaligen Stasi-Zentrale besuchten über 500 Menschen. Wiederaufgeführt wurden auch die Theaterstücke „Brofaromin“ über Medikamententests in der DDR sowie „Seid doch laut“, das die unabhängige Frau-

en-Friedensbewegung in der DDR thematisiert. Zum Festival unter dem Titel „ZuMUTung FREIheit“ lud am 28. und 29. Juni 2025 der Evangelische Kirchenkreis Süd-Ost auf den Campus für Demokratie ein. Über 1 500 Menschen besuchten das Programm mit Musik, Installationen, Workshops, Führungen und Diskussionen, das den Bogen vom Einsatz für Demokratie und Menschenrechte in der DDR bis in die Gegenwart spannte.

Das Festival „Waves of Freedom“ präsentierte vom 11. bis 13. August 2023 auf dem Campus für Demokratie Filme und Gespräche über die Demokratiebewegungen in Hongkong, Taiwan und der DDR. Mit einer Vernissage am 24. Februar 2024 wurde mit der Fotoausstellung „Gelb und Blau gegen Vergessen“ des Künstlers Mulinari, Statements u. a. von Markus Meckel (letzter Außenminister der DDR) und Hannah Neumann (Mitglied des Europäischen Parlaments, MdEP) und Musikbeiträgen ukrainischer Künstlerinnen und Künstler an den Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine erinnert. Bei der Vorstellung des Handbuchs zur Befreiung politischer Gefangener „Pathway to Freedom“ sprachen u. a. Evgenia Kara-Murza, Leiterin für Advocacy bei der Free Russia Foundation und Ehefrau des inhaftierten Dissidenten Vladimir Kara-Murza, Nazanin Zaghari-Ratcliffe, britische Staatsbürgerin, ehemals Geisel im iranischen Gefängnis, und Hannah Neumann (MdEP) auf Einladung der Axel Springer Freedom Foundation in Kooperation mit der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. und dem Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv vor über 120 Gästen über die Situation politischer Gefangener weltweit. Ulrike Poppe eröffnete den Abend mit den Erfahrungen ihrer politischen Verfolgung und Inhaftierung in der ehemaligen DDR.

Am 12. Juni 2025 wurde im Besucherzentrum des Campus für Demokratie die Ausstellung „Hoffnung auf das Leben“ der afghanischen Künstlerin Hafiza Qasimi mit einer Vernissage eröffnet. In einem anschließenden Gespräch mit der DDR-Bürgerrechtlerin und Fotografin Tina Bara sowie der Vorstandsvorsitzenden des Fördervereins Campus für Demokratie e. V., Hannah Neumann (MdEP), standen die Situation von Frauen in Afghanistan, der Mut zum politischen Widerstand und die Rolle der Kunst als Ausdruck von Freiheit und Protest im Mittelpunkt. Die Veranstaltung fand in Kooperation mit dem Förderverein Campus für Demokratie e. V. und der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. statt.

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Lesebühne“ präsentierten das Stasi-Unterlagen-Archiv und die Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. fortlaufend neue Publikationen zu den Themen Staatssicherheit, Diktatur und DDR. Das neue Format „Recherche-Werkstatt“ stellte Projekte vor, die u. a. ausgehend von der Arbeit mit Stasi-Unterlagen entwickelt wurden, und beleuchtete die angewandten Methoden und Strategien.

In der „Campus-Debatte“ am 24. Oktober 2023 diskutierten die Historiker Dr. Jens Gieseke und Dr. Stefan Wolle mit den Autorinnen Anne Rabe und Sabine Rennefanz über den aktuellen Diskurs zur Aufarbeitung und Erinnerung an die DDR. Die Veranstaltung in Kooperation mit der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. zog 130 Gäste an. Am 19. Mai 2025 fand eine weitere Veranstaltung der Reihe zum Thema „... Geheimdienste in Zeiten politischer Krisen“ statt. Eingeladen waren Dr. Konstantin von Notz (MdB, Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums) und Dr. Gerhard Conrad (Experte für Internationale Sicherheit), die mit Prof. Dr. Daniela Munkel (Bundesarchiv) und dem Journalisten Sven Felix Kellerhoff über die aktuellen Herausforderungen und die Rolle der Nachrichtendienste diskutierten.

Der zusammen mit der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. betriebene Infopunkt in Haus 22 wurde weiter als Anlaufstelle für Besucherinnen und Besucher des Campus für Demokratie genutzt. Der Einbau moderner Technik im Veranstaltungssaal erweitert seit Anfang 2024 das Nutzungsspektrum für eigene wie auch externe Angebote.

7.4 Veranstaltungen in den Regionen

Die Außenstellen des Stasi-Unterlagen-Archivs leisten mit ihren vielfältigen Veranstaltungen einen wichtigen Beitrag zur historischen Aufarbeitung in den Regionen (siehe Anhang 11). An allen Standorten wird durch verschiedene Formate aktiv der Dialog mit Interessierten gesucht. Neben Angeboten wie Bürgerberatungen, Archivführungen, Vorträgen, Buchvorstellungen und Tagen der offenen Tür werden Sonderveranstaltungen zu Gedenktagen und Programmbeiträge im Rahmen von vielfältigen Kooperationen realisiert. Darüber hinaus treten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Außenstellen im Rahmen von Programmen anderer Veranstalter regelmäßig als Referenten, Podiumsgäste oder Moderatoren auf.

Zur Entwicklung der Veranstaltungsarbeit in den Regionen wurde im Berichtszeitraum ein Konzept beschlossen, das veränderte Zielgruppenstrukturen sowie deren Konsum- und Freizeitverhalten in besonderem Maße berücksichtigt und daraus neue Themen und Fragestellungen ableitet. Ziel ist es, mit den Veranstaltungen ein diverseres Publikum anzusprechen, aktuelle Diskussionen aufzugreifen und mit dem spezifischen Vermittlungsauftrag des Stasi-Unterlagen-Archivs die Angebote der regionalen Gedenkstättenlandschaft zu ergänzen. Parallel dazu soll die Zusammenarbeit in lokalen und regionalen Netzwerken gestärkt werden.

Im Berichtszeitraum wurden in den Außenstellen 887 Archiv- und Geländeführungen durchgeführt. Darüber hinaus fanden 129 weitere Veranstaltungen wie Vorträge, Lesungen, Podiumsdiskussionen, Zeitzeugengespräche oder Filmvorführungen statt. Zudem gab es 52 Beteiligungen an Aktionstagen wie der Langen Nacht der Museen,

dem Tag der Archive oder verschiedenen Ländertagen. Zu einem besonderen Schwerpunkt entwickelten sich außerdem die Bürgerberatungstage in der Region, bei denen das Stasi-Unterlagen-Archiv zu 185 Anlässen und oftmals gemeinsam mit den Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zur Einsicht in die Stasi-Unterlagen und zu Fragen von Rehabilitierung, Wiedergutmachung und den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen beriet und informierte.

Ein besonderes Augenmerk richtete sich 2025 auf Chemnitz als Kulturhauptstadt Europas. „C the Unseen“ – das Motto für Chemnitz und die umliegende Region – war zugleich Aufforderung und Programm: Auf Initiative der Außenstelle Chemnitz und des Sächsischen Staatsarchivs, Staatsarchiv Chemnitz, bildete sich Ende 2023 ein Netzwerk von Institutionen, die auf unterschiedliche Weise mit dem historischen Phänomen der Wismut verbunden sind. Ziel des Wismut-Netzwerks Chemnitz ist es, mit einer ganzjährigen Veranstaltungsreihe auf bisher unbekannte, verborgene oder zukunftsgerichtete Aspekte des Wismut-Erbes als Teil der Kultur- und Industrieregion aufmerksam zu machen. Im März 2025 wurde die Reihe mit einer gemeinsamen Veranstaltung zum ehemaligen Wismut-Kaufhaus „Glück Auf“ eröffnet. Bürgerinnen und Bürger konnten sich mit persönlichen Erinnerungsstücken an das Kaufhaus einbringen und ihre Erlebnisse rund um die Kultur- und Alltagsgeschichte teilen. Auch verschiedene Angebote im Rahmen der Chemnitzer Museumsnacht am 10. Mai 2025 thematisierten die Wismut.

Etablierte Aktionstage und institutionenübergreifende Programme erwiesen sich erneut als besonders öffentlichkeitswirksame Formate. Sehr erfolgreiche Veranstaltungen der Außenstelle Leipzig waren etwa die Beteiligung an der Leipziger Buchmesse sowie die gemeinsamen Museumsnächte von Halle und Leipzig, die unter den Themen „Die Stasi und der Fußball in der DDR“ (2024) und „Denunziation in der DDR“ (2025) zahlreiche Interessierte anzogen. Ein weiteres Highlight stellte die Veranstaltung zum Wave-Gotik-Treffen 2024 dar, bei der das Thema „Heavy Metal als Subkultur in der DDR“ auf großes Interesse stieß. Zudem verzeichnete die „Nacht der offenen Tür“ zum Leipziger Lichtfest am 9. Oktober 2024 eine außergewöhnlich hohe Besucherzahl.

In Dresden waren die Museumsnächte unter den Themen „Überwachter Tourismus“ (2023) und „Frauenalltag in der DDR“ (2025) Publikumsmagnete. Beim „Fest der Begegnung“ zum Tag der Deutschen Einheit in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn informierten sich 2023 und 2024 zahlreiche Besucherinnen und Besucher über die Arbeit der Außenstelle Magdeburg. In Erfurt erwies sich das Petersbergfest mit Vorträgen und Zeitzeugengesprächen als ein erfolgreiches Format zur Geschichtsvermittlung.

Der Tag der offenen Tür des Bundesarchivs, der am 2. März 2024 im Rahmen des bundesweiten Tags der Archive stattfand, zog mit Vorträgen, Archivrundgängen, Geländefüh-

rungen und Bürgerberatungen ein großes Publikum an. Zahlreiche Interessierte nutzten an den Standorten in Gera, Erfurt, Magdeburg, Schwerin, Rostock, Leipzig, Dresden, Halle, Frankfurt (Oder) und Suhl die Gelegenheit, einen Einblick in die Archivarbeit zu gewinnen.

Zum 35. Jahrestag der Besetzungen der MfS-Bezirksverwaltungen am 4. und 5. Dezember 1989 fanden in den Außenstellen regionale Sonder- und Kooperationsveranstaltungen statt. Dabei stießen die Diskussionen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die Präsentationen mit Fotos und MfS-Dokumenten aus dem Herbst 1989 und die Angebote zu den historischen Orten und Ereignissen auf reges Interesse.

Eine besondere Bedeutung erfuhr im Berichtszeitraum die Entwicklung regionaler Vernetzung und von Kooperationen, mit denen die Sichtbarkeit und Zusammenarbeit im Bereich der historisch-politischen Bildung gestärkt und insbesondere in den Flächenländern auch Interessierte jenseits der eigenen Standorte angesprochen werden konnten. Durch die Zusammenarbeit der Außenstelle Schwerin mit dem „Grenzhus“ in Schlagsdorf, dem größten Grenzmuseum im Norden Deutschlands, konnten regelmäßig Bürgerinnen und Bürger aus Mecklenburg sowie den angrenzenden Regionen Schleswig-Holsteins erreicht werden. Stark nachgefragt wurden Veranstaltungsangebote der Außenstelle Rostock an verschiedenen Orten zum Thema „Fluchten und Grenzregime entlang der Ostsee“, darunter Graal-Müritz, Warnemünde, Kirchdorf (Poel) und Kopenhagen. Auch Vorträge und musikalische Lesungen der Außenstelle Gera in Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Deutschen Museum Mödlareuth oder Bürgerberatungs- und Informationstage der Außenstelle Erfurt mit begleitenden Vorträgen im Grenzlandmuseum Eichsfeld e. V. in Teistungen sowie im Grenzmuseum Schiffersgrund in Asbach-Sickenberg erreichten zahlreiche Interessierte in der Region.

Die Brücke in die Gegenwart schlugen Veranstaltungen, die ausgehend von den Stasi-Unterlagen übergeordnete Fragen adressierten. Dazu zählte die Kooperation mit der Volkshochschule Vorpommern-Rügen, die mit dem Thema „Rechtsextremismus im DDR-Bezirk Rostock im Spiegel der Stasi-Akten“ Interessierte in einer stark ländlich geprägten Region ansprach. In Frankfurt (Oder) wurde im Rahmen eines Publikumsgesprächs ausgehend von der Aufdeckung der Wahlfälschung in Frankfurt (Oder) 1989 die Bedeutung freier demokratischer Wahlen für unsere heutige Gesellschaft beleuchtet.

In vielen Außenstellen fortgeführt wurden etablierte Veranstaltungsreihen wie „Stasi-Akte spezial“ in der Außenstelle Erfurt, die Bürgerinnen und Bürgern Einblicke in die Arbeitsweise des MfS bietet und außergewöhnliche Aspekte der Stasi-Akten präsentiert. In Schwerin wurde das Format „Samstag im Archiv“, in Rostock eine Zeitzeugen-Reihe mit Gesprächen und der Präsentation

von Stasi-Akten erfolgreich fortgeführt. Die Außenstelle im Aufbau Cottbus bot in den Räumen der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus neben Bürgerberatungen regelmäßig öffentliche Veranstaltungen an. Auch an weiteren Standorten wurden die bewährten Kombinationen aus Buchvorstellungen, Zeitzeugengesprächen und Vorträgen mit regionalem Bezug, die Vorstellung aktueller Forschungsergebnisse oder archivspezifischer Beiträge in Kombination mit thematischen Archivführungen und Möglichkeiten zur Beratung und Antragstellung fortgesetzt.

Ein neues Veranstaltungsformat unter dem Titel „Nonkonform und Provokativ“ entwickelte die Außenstelle Chemnitz gemeinsam mit der Pochen-Biennale zu Subkulturen im früheren DDR-Bezirk Karl-Marx-Stadt. Ziel der Veranstaltung im Oktober 2024 war es, die Kunst-, Kultur- und Kreativszene anzusprechen und die neue Liegenschaft der Außenstelle als vielseitige Präsentationsfläche bekannt zu machen. Eine Mischung aus Gespräch, Quiz und Live-Musik zog rund 100 Besucherinnen und Besucher an.

Veranstaltungen zu regionalspezifischen Themen auch an externen Kultur- und Erinnerungsorten verdeutlichten das stadt-, sozial- und kulturgeschichtliche Potenzial der Stasi-Unterlagen und erreichten ein vielfältiges Publikum. Ein Vortrag zur DDR-Club- und Party-Szene Rostocks im Rahmen einer Ausstellung in der Kunsthalle Rostock, die Vorstellung des Buches von Dr. Udo Grasshoff über das größte Jugendgefängnis der DDR in Halle bei einer Kooperationsveranstaltung zum Lesefest „Halle liest mit“ oder die Sonderführung „Topographie der Sicherheit“ zum Tag des offenen Denkmals, die in Kooperation mit der Gedenkstätte Bautzner Straße durch das ehemalige Areal der Staatssicherheit am Dresdner Elbhof führte, stießen auf große Resonanz. Auch an anderen Standorten wurde die Zusammenarbeit innerhalb der Aufarbeitungslandschaft gestärkt: Neben Kooperationen mit den Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur finden so etwa in Gera seit 2024 regelmäßig Abendveranstaltungen mit der Gedenkstätte Amthordurchgang e. V. statt, in Frankfurt (Oder) wurde eine neue Kooperation mit der Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“ etabliert, in Halle Angebote mit der Gedenkstätte Roter Ochse entwickelt.

Zu den Bürgerfesten zum Tag der Deutschen Einheit präsentierte sich das Bundesarchiv mit regional- und themenspezifischen Ausstellungen, Informationen zu Recherchemöglichkeiten in den Archivbeständen, Beratungen zur Akteneinsicht in Stasi-Unterlagen, Bildungsangeboten, Publikationen, Mitmachaktionen und Talks.

Beim Bürgerfest am 2. und 3. Oktober 2023 in der Hansestadt Hamburg luden Ausstellungsmodule mit regionaler Vertiefung zum Thema „Hamburg und die Stasi“, ein Geschichtsquiz, eine Sütterlin-Schreibwerkstatt und

eine Signierstunde zur Sonderedition „Herbst 1989“ zum Entdecken und Mitmachen ein. Besonders nachgefragt war das Heft „Udo rockt für den Weltfrieden“ mit pädagogischem Begleitmaterial. Das Filmgespräch „Die Akte Lindenberg: Udo und die DDR“ mit Prof. Dr. Daniela Munkel (Bundesarchiv) im Rahmen des Hamburger Filmfestes traf mit 225 Gästen auf großes Interesse.

Unter dem Motto „Vereint Segel setzen“ fand das Bürgerfest vom 2. bis 4. Oktober 2024 in Schwerin statt. Insbesondere die Beratungsangebote zur persönlichen Einsicht in Stasi-Unterlagen waren nachgefragt. 749 Anträge wurden entgegengenommen. Viele Besucherinnen und Besucher informierten sich an neu gestalteten Ausstellungsmodulen zu Themen wie „Ostseeflücht mit dem Surfbrett“ und „Die Schaalseeregion und die Stasi“. Begleitend präsentierte das Bundesarchiv zwei neue Publikationen: die Länderstudie „Mecklenburg-Vorpommern und die Stasi“ sowie die Edition „Die Kabinettsprotokolle 1989 der Bundesregierung“. Großen Zuspruch fanden die Zeitzeugengespräche und Signierstunden im Schweriner Schloss, die sich den Ereignissen des Jahres 1989 und den Ostseeflüchtenden widmeten. Unter dem Titel „Mit dem Schlauchboot in die Freiheit“ verfolgten rund 200 Gäste das Gespräch zwischen Prof. Dr. Bertram Kaden, der 1980 über die Ostsee nach Schweden floh, und Dr. Volker Höffer, dem Leiter der Außenstelle Rostock.

7.5 Das Stasi-Unterlagen-Archiv in den Medien und im Internet

7.5.1 Medienarbeit

Die Medienarbeit zielte im Berichtszeitraum darauf ab, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in den Medien mit passgenauen Inhalten zu erreichen. Dafür spielten die Identifizierung und Aufbereitung geeigneter aktueller, thematischer und historischer Anlässe eine große Rolle. Pressemitteilungen blieben dabei ein wichtiges Mittel der Übermittlung wichtiger Nachrichten. Mehr denn je war die Kommunikation auch darauf ausgerichtet, die Pressearbeit mit den digitalen Kanälen des Archivs zu verknüpfen. So wurden die Inhalte regelmäßig über die vier Social-Media-Auftritte des Stasi-Unterlagen-Archivs und Informationen auf den Websites weiterverbreitet.

Die Pressestelle hat die Themen des Stasi-Unterlagen-Archivs auf verschiedenen Wegen Medien und Öffentlichkeit nähergebracht. Neben der Beantwortung von Fragen und der Betreuung von Medienvertreterinnen und -vertretern geschah dies auch durch aktive Ansprache und vorausschauenden Austausch mit der Presse. Die Pressestelle hat eine große Anzahl von Drehanfragen sowie Interviews und andere Pressetermine der Hausleitung angebahnt und betreut.

Zur aktiven Medienarbeit gehörte auch die Vermittlung von Expertinnen und Experten des Hauses zu verschiede-

nen wichtigen Themen, etwa im Kontext eines Mordprozesses vor dem Berliner Landgericht gegen einen früheren MfS-Mitarbeiter, zu historischen Ereignissen wie dem 50. Jahrestag der Enttarnung des DDR-Spions Günter Guillaume oder zu regionalen Themen. Zur großen medialen Wahrnehmbarkeit in Print-, Online-, Radio-, Fernseh- und Agenturbeiträgen haben dabei auch die Aktivitäten der Außenstellen des Stasi-Unterlagen-Archivs in den Regionen beigetragen.

7.5.2 Digitale Kommunikation und Internet

Sowohl die Hauptwebsites des Stasi-Unterlagen-Archivs (www.stasi-unterlagen-archiv.de bzw. www.bundesarchiv.de/stasi-unterlagen-archiv.de und www.stasi-mediathek.de) als auch die Social-Media-Kanäle des Stasi-Unterlagen-Archivs kommunizierten im Berichtszeitraum weiter umfangreich Themen zu Stasi-Unterlagen und SED-Unrecht an die Öffentlichkeit. Das Interesse an Stasi-spezifischen Themen ist ungebrochen. Dies zeigt auch der kontinuierliche Zuwachs der Followerinnen und Follower auf den Social-Media-Kanälen des Stasi-Unterlagen-Archivs: Im Berichtszeitraum gab es auf Facebook einen Zuwachs um 23,53 Prozent (von 8 462 auf 10 453), auf Instagram um 57,24 Prozent (2 825 auf 4 442) und auf YouTube um 46,57 Prozent (von 1 954 auf 2 864). Der Kanal X (ehemals Twitter) blieb stabil mit einem leichten Rückgang um 4,68 Prozent (von 6 117 auf 5 831).

Ein Meilenstein im Berichtszeitraum war der Launch der neuen, gemeinsamen Website von Bundesarchiv und Stasi-Unterlagen-Archiv am 20. August 2024. Diese hat nicht nur die Transformation des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv auch im digitalen Raum erfolgreich befördert und sichtbar gemacht. Sie gibt dem digitalen Auftritt des Stasi-Unterlagen-Archivs zudem eine noch größere Plattform und Erreichbarkeit.

7.5.2.1 Gemeinsame Website von Bundesarchiv und Stasi-Unterlagen-Archiv

Die Websites www.stasi-unterlagen-archiv.de bzw. die neue, gemeinsame Website www.bundesarchiv.de sowie wie www.stasi-mediathek.de weisen in den Ergebnissen der Internetsuchen ein sehr gutes Ranking für Stasi-spezifische Themen auf, erscheinen also bei entsprechenden Sucheingaben unter den oberen Treffern der Suchergebnisseiten.

Die Inhalte der Website www.stasi-unterlagen-archiv.de und der bisherigen Website des Bundesarchivs sind auf der neuen Website www.bundesarchiv.de integriert – mit einem hervorgehobenen Bereich für das Stasi-Unterlagen-Archiv, der dessen Sichtbarkeit weiterhin gewährleistet. Dieser Bereich ist über die bisherige Adresse stasi-unterlagen-archiv.de direkt erreichbar. Er folgt in Inhalt, Aufbau und Anmutung der ursprünglichen Website des Stasi-Unterlagen-Archivs.

Die Inhalte der Ursprungsseite finden sich zudem nicht nur in diesem eigenen Bereich des Stasi-Unterlagen-Archivs. Sie werden auch breit präsentiert in den weiteren Bereichen der gemeinsamen Bundesarchiv-Website, sind dort integriert und über Querverweise erreichbar. Die Inhalte sind so angelegt, dass sie sich organisch in eine gemeinsame Struktur einfügen und sich mit den weiteren Inhalten ergänzen. Hierüber erhalten die Inhalte des Stasi-Unterlagen-Archivs zusätzliche Sichtbarkeit.

Technisch nutzt die neue, gemeinsame Website das etablierte Content Management System der ursprünglichen Website des Stasi-Unterlagen-Archivs – mit ihren vielfältigen Vorteilen und Möglichkeiten wie zum Beispiel der semantischen Suchfunktion, den verschiedenen Modulen und Präsentationsmöglichkeiten. Gleichzeitig wurden im Zuge des Relaunches moderne neue Module entwickelt wie ein Vorher-Nachher-Slider, ein Modul für Dokumenten-Galerien und neue Teaser-Elemente.

Inhaltlich wurden im Berichtszeitraum eine Vielzahl verschiedener Themen und Formate auf der Website präsentiert. Erfolgreich sind vor allem solche Beiträge, die anschaulich und dabei informativ Themen zu Stasi-Unterlagen und SED-Unrecht vermitteln. Beispiele sind der Beitrag zu Geschichte und Bedeutung der Grenzübergangsstellen für den Bezirk Suhl oder die ungewöhnliche Grenzverletzung des Cocker Spaniels „Cocci“, der im Februar 1985 von Westberlin aus in die Grenzsicherungsanlage der DDR geriet. Auch zwei Beiträge, die den Ort der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg in den Blick nehmen, gehören dazu: Anlässlich des 35. Jahrestags der Erstürmung der Stasi-Zentrale am 15. Januar 1990 werden die Ereignisse des Tages entlang eines Zeitstrahls in Text und Bild nachgezeichnet. Ein weiterer Beitrag rückt den Ort der Stasi-Zentrale in den Fokus, vergleicht ihn damals und heute anhand seiner Architektur.

7.5.2.2 Stasi-Mediathek

In der Stasi-Mediathek stellt die Redaktion ausgewählte Unterlagen des Stasi-Unterlagen-Archivs vor. Dabei greift sie bestimmte zeithistorische Ereignisse auf oder stellt Methoden und Arbeitsweise des Staatssicherheitsdienstes ins Zentrum. Der Zugang wird in der Regel über konkrete Fallbeispiele geöffnet, die auf größere Zusammenhänge verweisen. Neben Themensammlungen gibt es zudem Geschichten, die historische Ereignisse und persönliche Schicksale in den Fokus nehmen und einen niedrigschwelligen Einstieg ins Thema bieten.

Die semantische Suche ermöglicht eine umfassende Recherche in der Mediathek; aufgrund der Transkripte zu den veröffentlichten Unterlagen ist sie auf die Inhalte von Akten, Audiomitschnitte und Filme anwendbar.

Im Berichtszeitraum haben Stasi-Dokumente zu Themenbeiträgen – wie den oben genannten zum Hund Cocci und

dem Grenzübergang Suhl – auch die Stasi-Mediathek angereichert. Ebenso finden sich hier Dokumente, die den Essener Prozess zum KZ Mittelbau-Dora und die Stasi in den Mittelpunkt rücken sowie Dokumente über die Beobachtungsstützpunkte zur Außensicherung der Bezirksverwaltung Rostock oder ein Ausschnitt des telefonischen Versuchs einer Jugendlichen, über familiäre Beziehungen Karten für das Depeche-Mode-Konzert 1988 in Ost-Berlin zu erhalten.

7.5.2.3 Social-Media-Aktivitäten

Seit 2012 kommuniziert das Stasi-Unterlagen-Archiv auf Facebook, seit 2014 auf Twitter bzw. X, seit 2016 auf Instagram und seit 2017 auf YouTube. Über diese Kanäle werden vor allem jüngere Zielgruppen erreicht. Im Berichtszeitraum sind, wie oben genannt, die Nutzerzahlen auf allen vier Kanälen deutlich gestiegen, was auf eine konsequente thematische Fokussierung auf zielgruppengerechte Inhalte des Stasi-Unterlagen-Archivs sowie interessante zeitgeschichtliche Themen zurückzuführen ist.

Besonders erfolgreich sind Storytelling-Formate, die Einblick in Dokumente geben oder Geschichten zu Unterlagen erzählen, wie zum Beispiel die Instagram-Geschichte über einen Fluchtversuch per Bus, der im Kugelhagel endete. Auch Bezüge zu aktuellen und historischen Ereignissen oder Erfahrungen der Leserschaft sorgen für Aufmerksamkeit und Relevanz. Derartige Inhalte waren im Berichtszeitraum Beiträge zur RAF (Rote Armee Fraktion), die zur Zeit der Verhaftung der ehemaligen Terroristin Daniela Klette im Februar 2024 erschienen, sowie zur damaligen Situation am Grenzübergang Berlin-Friedrichstraße anlässlich des Mordprozesses gegen einen ehemaligen hauptamtlichen MfS-Mitarbeiter vor dem Landgericht Berlin. Auch Postings, die Gothic als bekannte Jugend-Subkultur oder ein Konzert der Band Depeche Mode am 7. März 1988 in der Ost-Berliner Werner-Seelenbinder-Halle in den Fokus rückten, fanden großen Anklang.

Neben diesen inhaltlich getragenen Postings gab es im Berichtszeitraum erfolgreiche Kampagnen rund um Veranstaltungen des Stasi-Unterlagen-Archivs wie das Campus-Kino und das Demokratie-Festival „Revolution! – und dann?“ anlässlich des 35. Jahrestags des Mauerfalls und der Friedlichen Revolution in der ehemaligen Stasi-Zentrale. Die Veranstaltungen wurden auf den Social-Media-Kanälen des Stasi-Unterlagen-Archivs begleitet von Postings wie Veranstaltungsankündigungen, Vor-Ort-Berichterstattung und abschließenden Zusammenfassungen.

Zusätzliche Reichweiten der Inhalte des Stasi-Unterlagen-Archivs sind dadurch entstanden, dass diese Inhalte verschiedentlich auch auf Social-Media-Kanälen des Bundesarchivs geteilt wurden.

8 Zusammenarbeit mit der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag (SED-Opferbeauftragte)

Die SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag war auch in diesem Berichtszeitraum eine wichtige Partnerin für das Bundesarchiv.

Im von ihr verantworteten Dialogforum „Politische Opfer der SED-Diktatur“ ist das Stasi-Unterlagen-Archiv weiterhin vertreten. Das Forum dient dem gemeinsamen Austausch und der gegenseitigen Information in allen Fragen, die die Belange der Opfer betreffen. Der Schwerpunkt der Sitzungen im Berichtszeitraum lag auf der Überarbeitung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze.

Die von der Opferbeauftragten angeregte Beratungsschulung für Mitarbeitende des Bundesarchivs „Einführung in die Arbeit mit Betroffenen von SED-Unrecht“ (siehe Erster Tätigkeitsbericht, Abschnitt 1.5, S. 12) fand am 6. und 7. Dezember 2023 statt. Neben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Standorte Freiburg, Bayreuth, Koblenz und Ludwigsburg nutzten auch jüngere Beschäftigte aus den Standorten des Stasi-Unterlagen-Archivs dieses Angebot. Das Seminar ordnete die Thematik zunächst in den historischen Kontext ein, vermittelte psychologisches Basiswissen zu gesundheitlichen Langzeitfolgen von Repression und gab einen Überblick über Rehabilitierungsmöglichkeiten sowie die Unterstützungs- und Beratungsangebote für von SED-Unrecht Betroffene. Informationen zur Antragstellung nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz und zur Rolle von Stasi-Akten im Rehabilitierungsverfahren, ein Zeitzeugengespräch und ein Gespräch mit der SED-Opferbeauftragten in den Räumen des Deutschen Bundestages rundeten das Programm ab. Neben der von den Teilnehmenden als sehr wertvoll beurteilten Sensibilisierung diente die Schulung vor allem dazu, die Voraussetzungen dafür zu verbessern, Betroffene von SED-Unrecht auch an den westdeutschen Standorten des Bundesarchivs bezüglich der Einsicht in die Stasi-Unterlagen beraten zu können.

Einer Anregung der Opferbeauftragten (vgl. Jahresbericht 2023, BT-Drs. 20/7150, S. 57) folgend wurde das Antragsformular für die persönliche Akteneinsicht im Berichtszeitraum so überarbeitet, dass darin alle Standorte des Bundesarchivs für die Antragstellung benannt sind.

2024 kooperierte das Stasi-Unterlagen-Archiv bei der Lehrkräftequalifizierung erstmals mit der SED-Opferbeauftragten. Referendare und Referendarinnen am Zentrum für schulpraktische Lehrerausbildung in Münster informierten sich zunächst auf dem Campus für Demokratie und suchten dann in den Räumen des Parlaments das Gespräch mit Evelyn Zupke.

Die in erster Linie für die westdeutschen Bundesländer konzipierte neue Wanderausstellung des Stasi-Unterlagen-Archivs „Alles Wissen Wollen. Die Stasi und ihre

Dokumente“ wurde am 23. April 2024 durch den Präsidenten des Bundesarchivs, Prof. Dr. Michael Hollmann, gemeinsam mit der SED-Opferbeauftragten, Evelyn Zupke, und der damaligen Vorsitzenden des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag, Katrin Budde, im Rahmen einer Veranstaltung im Mauermahnmal des Deutschen Bundestags (Marie-Elisabeth-Lüders-Haus) eröffnet. In der Folgezeit hat die SED-Opferbeauftragte die Präsentation der Ausstellung an ihren westdeutschen Stationen jeweils mitbegleitet und eine Bürgersprechstunde sowie Informationen für Opfer von SED-Unrecht angeboten. Dieses Format wird fortgesetzt.

9 Internationales

Das Europäische Netzwerk der für die Geheimpolizeiketen zuständigen Behörden, in dem sich 2008 staatliche Einrichtungen zur Aufarbeitung kommunistischer Diktaturen aus mehreren Ländern des ehemaligen Ostblocks zusammengeschlossen haben, ist für die Arbeit des Bundesarchivs/Stasi-Unterlagen-Archivs im internationalen Raum nach wie vor von herausgehobener Bedeutung. Das Netzwerk besteht derzeit aus acht Vollmitgliedern (Albanien, Bulgarien, Deutschland, Polen, Rumänien, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn) sowie Einrichtungen aus fünf Ländern im Beobachterstatus (Estland, Lettland, Litauen, Slowenien, Ukraine).

Die jährlichen, von dem jeweils vorsitzenden Mitglied ausgerichteten Konferenzen des Netzwerks fanden 2023 in Berlin und 2024 in Tirana statt. Angesichts des 15-jährigen Bestehens des Netzwerks lag einer der Schwerpunkte der vom Bundesarchiv im Oktober 2023 organisierten Tagung auf den konkreten Zukunftsperspektiven, über die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung in mehreren Workshops diskutierten. Im Fokus standen unter anderem verstärkte Kooperationen auf Arbeitsebene, aber auch archivfachliche Themen, wie Digitalisierungsstrategien und die Zugänglichkeit von Unterlagen in virtuellen Lesesälen. Hinzu kamen Abstimmungen zu zwei aktuellen Projekten des Netzwerks: einer gemeinsamen Wanderausstellung zur Staatssicherheit und der Musikszene der 1960er- bis 1980er-Jahre sowie einer gemeinsamen Website. Am Ende der Tagung ging der Vorsitz an die albanische Behörde über die Informationen der ehemaligen Staatssicherheitsdokumente (AIDSSH) über. Diese präsentierte sich im Oktober 2024 in Tirana als Gastgeberin mit verschiedenen Einblicken in ihr Archiv und die Aufarbeitungssituation in Albanien. Thematisch fokussierte sich die Tagung auf Digitalisierungsprozesse und die dafür in den verschiedenen nationalen Archiven genutzte Software. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Vorstellung von Strategien zur Implementierung von Bildungsmaterialien zur Aufarbeitung, die auf den Geheimdienstakten fußen. Aktuell hat das polnische Institut des Nationalen Gedenkens (IPN) den Vorsitz im Netzwerk inne und in dieser Funktion neben einer Onlinetagung zu Digitali-

sierung und dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz die Mitglieder des Netzwerks im Juni 2025 zu einer Konferenz „Archives and Remembrance: Contemporary Uses of the Archival Heritage of Former Communist Security Services“ nach Warschau eingeladen. Die für das Stasi-Unterlagen-Archiv zuständige Vizepräsidentin hat dort über den Zugang zu den Stasi-Unterlagen und ihre Nutzung zur Aufarbeitung sowie die damit im Zusammenhang stehenden zahlreichen Aktivitäten im Bereich Bildung und Forschung vorgetragen.

Fortgesetzt wurde im Berichtszeitraum ebenfalls der Austausch mit der Plattform der Europäischen Erinnerung und des Gewissens (Platform of European Memory and Conscience, PEMC). Im Unterschied zum Europäischen Netzwerk, dessen Mitglieder Behörden bzw. spezifische Archive vertreten, vereint die PEMC staatliche Institutionen, Nichtregierungsorganisationen und andere Einrichtungen, die sich mit Forschung, Bildung, Erinnerung und Dokumentation zum Thema der totalitären Diktaturen beschäftigen.

Nach dem Ende der durch die Corona-Pandemie bedingten Einschränkungen für Präsenzveranstaltungen war im Berichtszeitraum wieder eine Zunahme von Besuchen ausländischer Gäste zu verzeichnen. Auf dem Campus für Demokratie fanden im Berichtszeitraum Führungen für Besuchergruppen u. a. aus Großbritannien, Kanada, den Niederlanden, der Schweiz, Belgien, Finnland und den USA statt.

Ein intensiver Austausch besteht seit vielen Jahren mit südkoreanischen Einrichtungen und Institutionen. Nachdem der Präsident des Bundesarchivs, Prof. Dr. Michael Hollmann, und die für das Stasi-Unterlagen-Archiv zuständige Vizepräsidentin, Alexandra Titze, im Sommer 2023 den damaligen Botschafter Südkoreas auf dem Campus für Demokratie begrüßt hatten, folgten im Oktober Besuche des Ministers für Wiedervereinigung und im November von Direktoren aus dem südkoreanischen Justizministerium. Im Dezember 2023 fand ein inhaltlich darauf aufbauender Termin mit Gästen aus dem universitären bzw. NGO-Bereich (Handong Global University, Save North and Next Korea, North Korean Human Right Center) statt. Das südkoreanische Wiedervereinigungsministerium entsandte eine weitere Delegation im August 2024. Im Mittelpunkt der Gespräche standen neben archivfachlichen Themen stets Fragen der deutschen Wiedervereinigung, der Aufarbeitung von diktaturbedingtem Unrecht und der Nutzung von Akten im Rahmen der Strafverfolgung. Aber auch die Erfahrungen mit der Eingliederung der Stasi-Unterlagen-Behörde ins Bundesarchiv im Jahr 2021 spielten eine Rolle. Der seit 2024 nach Deutschland entsandte Botschafter, Seine Exzellenz Sang Beom Lim, besuchte im März 2025 mit einer hochrangigen Delegation den Campus für Demokratie. Gegenstand des Gesprächs mit dem Präsidenten des Bundesarchivs war unter anderem die Frage, wie die Öffnung der Stasi-Unterlagen

zur Auseinandersetzung mit und Aufarbeitung der SED-Diktatur beiträgt. Darüber hinaus war das Spannungsfeld zwischen dem im Stasi-Unterlagen-Gesetz festgeschriebenen Datenschutz und dem Informationsinteresse der Öffentlichkeit ein Thema. Auch die aus der Antragsflut der ersten Jahre resultierenden Herausforderungen, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und die Rolle der behördeninternen Forschung waren von großem Interesse.

Der regelmäßige Austausch mit Vertretern aus Taiwan fand im September 2024 eine Fortsetzung durch den Besuch einer Delegation der Memorial Foundation of 228 und der Leiterin der Kulturabteilung der Vertretung Taipeh in Berlin. Das Gespräch zwischen Vizepräsidentin Alexandra Titze und den Gästen fand zu Fragen wie der archivatischen Aufgabenverteilung in Bezug auf die Stasi-Akten und der Transformationsjustiz in Deutschland statt. Zuvor hatte die Vizepräsidentin im Oktober 2023 an einer Studienfahrt der Bundesstiftung Aufarbeitung nach Taiwan teilgenommen. Neben dem Besuch verschiedener Museen und Erinnerungsorte wie der Nationalen Chiang Kai-shek Gedächtnishalle und dem National 228 Memorial Museum standen Termine mit dem Kulturminister sowie dem stellvertretenden Außenminister Taiwans auf dem Programm. Außerdem fanden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Politik und Medien statt.

Im November 2023 waren Mitglieder des Kulturausschusses des Georgischen Parlaments und Mitarbeiter der Botschaft Georgiens zu Gast im Archiv. Frau Titze besuchte im September 2024 das Georgische Nationalarchiv. Im Gespräch mit der Direktorin des Archivs ging es unter anderem um Digitalisierungs- und Bestandserhaltungsfragen. In der Max Weber Stiftung in Tiflis sprach Alexandra Titze über die Entstehung des Stasi-Unterlagen-Archivs, seine Überführung in das Bundesarchiv und den Zugang zu den Akten des Staatssicherheitsdienstes der DDR.

Um fachliche Fragen, wie zum Beispiel Karteikartensysteme, die Möglichkeit der Entschlüsselung von Decknamen inoffizieller Mitarbeiter der Stasi und die Digitalisierung von Unterlagen ging es im November 2023 bei einem zweitägigen Studienbesuch der albanischen Partnerbehörde im Europäischen Netzwerk der für die Geheimpolizeiakten zuständigen Behörden.

Eine größere Delegation des Deutsch-Kolumbianischen Friedensinstituts CAPAZ, bestehend unter anderem aus Professoren und Lehrausbildern, Richtern, Anwälten und Führungskräften aus Museen, wurde im Dezember 2023 von Vizepräsidentin Alexandra Titze empfangen; die Darstellung der auf dem Campus für Demokratie in Berlin und an den regionalen Standorten des Stasi-Unterlagen-Archivs geleisteten Bildungsarbeit war einer der Schwerpunkte des Gesprächs.

Das Pilecki-Institut ist eine 2017 gegründete Forschungseinrichtung, die sich der Geschichte und Verarbeitung

der Erfahrungen mit den Diktaturen des 20. Jahrhunderts widmet. Aus der Warschauer Zentrale des Instituts informierten sich Gäste im Dezember 2023 am Campus für Demokratie in Berlin über die Arbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs. Mehrfach begleitete das Pilecki-Institut im Berichtszeitraum Aufenthalte von Mitarbeitern ukrainischer Regionalarchive im Bundesarchiv, die sich auch mit Vertretern des Stasi-Unterlagen-Archivs zu fachlichen Themen austauschten.

Im Auftrag des Cabinet Office of Japan, einer Behörde im japanischen Kabinett, besuchten zwei Verantwortliche einer Ausstellungsfirma, die mit der Gestaltung eines Neubaus für das japanische Nationalarchiv beauftragt ist, im Februar 2024 das Bundesarchiv. Sie informierten sich in Berlin-Lichterfelde und Berlin-Lichtenberg über die Ausstellungen an den jeweiligen Archivstandorten. In Gesprächen ging es vor allem um archivpädagogische Angebote für junge Menschen sowie Fragen zu Ausstellungenskonzeption, -gestaltung und -betrieb.

Eine Besuchergruppe der Friedrich-Naumann-Stiftung mit Historikerinnen und Historikern, Aktivistinnen und Aktivisten sowie Medienschaffenden aus Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan besuchte den Campus für Demokratie im April 2024. Die Gäste beschäftigen sich in ihren Ländern mit der Aufarbeitung der jüngeren Geschichte und erhielten im Stasi-Unterlagen-Archiv einen tieferen Einblick in die deutsche Erinnerungskultur.

Ebenfalls im April 2024 besuchten drei Archivarinnen aus dem Nationalarchiv des Vereinigten Königreiches den Campus. Sie waren vornehmlich an der Öffentlichkeitsarbeit und insbesondere an der Ausstellung „Einblick ins Geheime“ interessiert.

In der Außenstelle Leipzig wurde im Oktober 2023 eine Delegation von Vertreterinnen und Vertretern kasachischer Museen, Gedenkstätten und Behörden begrüßt, die sich in Deutschland über die Aufarbeitung der jüngsten Geschichte informierten. Die Gäste interessierten sich besonders für die Ereignisse während der Friedlichen Revolution in der DDR und die Umsetzung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes seit 1992. Während eines Rundgangs durch das Leipziger Archiv standen Fragen der Bestandserhaltung im Mittelpunkt.

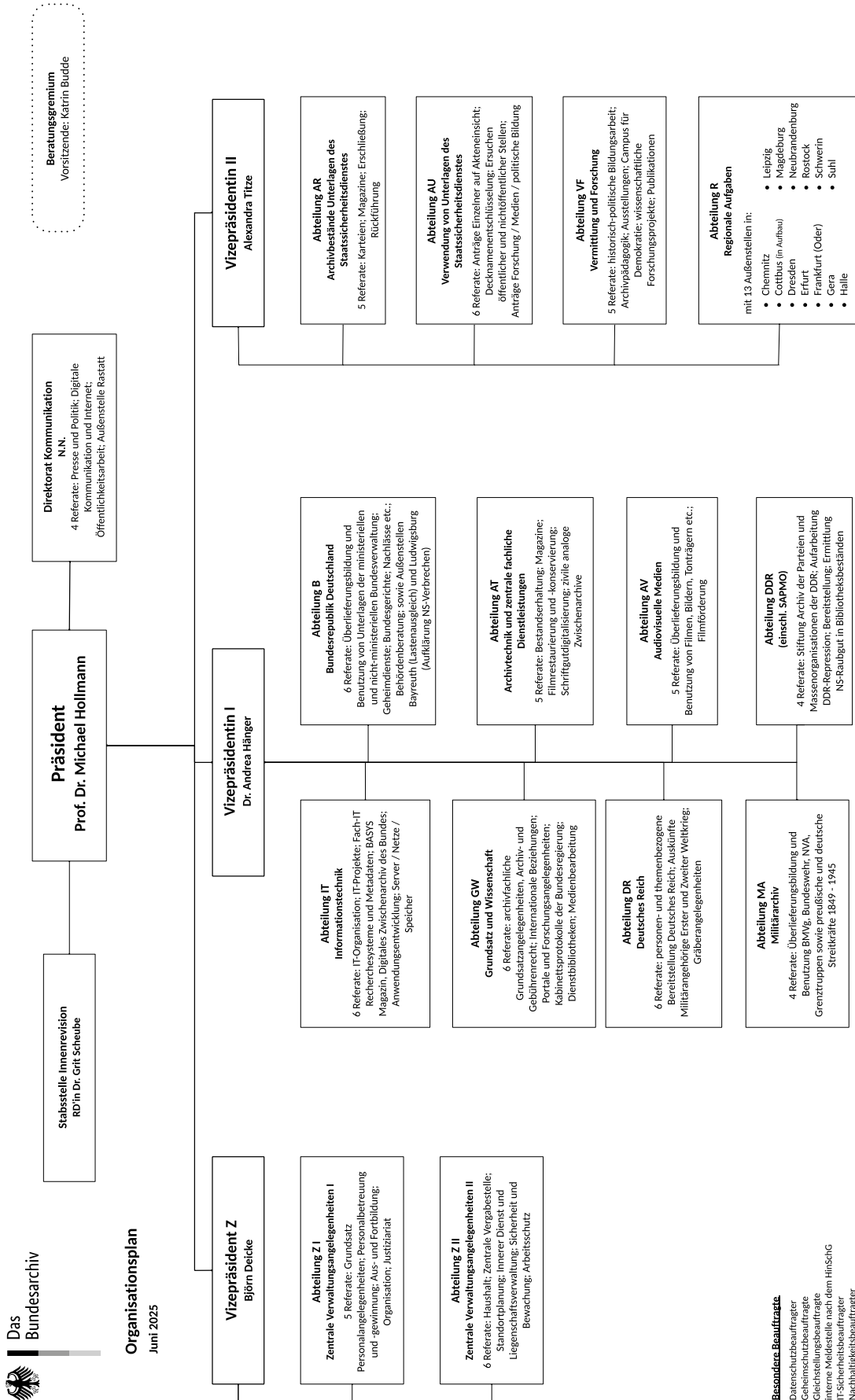
Nach dem Zusammenbruch des Assad-Regimes in Syrien im Dezember 2024 stellte sich auch die Frage, wie mit den Hinterlassenschaften der syrischen Geheimpolizei umgegangen werden kann. Aus diesem Grund kam das Auswärtige Amt Ende Januar 2025 auf das Bundesarchiv zu und regte einen Austausch darüber an, wie Deutschland Syrien hierzu beraten und unterstützen könnte. In einem Gesprächstermin am 20. Februar 2025 ging es darum, deutlich zu machen, dass die Sicherung der Unterlagen, ihre Zusammenführung an einem zentralen Ort sowie die Schaffung einer rechtlichen Grundlage für ihre

Verwendung zunächst die wichtigsten Schritte wären. Ein vom Auswärtigen Amt organisierter Workshop am 7. April 2025 brachte staatliche Vertreter aus Deutschland und weiteren Ländern, syrische zivilgesellschaftliche Organisationen, UN-Organisationen und Experten auf dem Gebiet der Übergangsgerechtigkeit zusammen. Das Bundesarchiv war durch Vizepräsidentin Alexandra Titze vertreten. Am 23. Juni 2025 besuchte dann Robert Petit, Leiter des International, Impartial and Independent Mechanism (IIIM) bei den Vereinten Nationen, in Begleitung von Vertretern des Auswärtigen Amtes das Stasi-Unterlagen-Archiv. Der IIIM sammelt, dokumentiert und verwahrt seit 2016 Beweismittel für schwerste Menschenrechtsvergehen in Syrien, um diese für Strafverfahren aufzubereiten. Die Gäste informierten sich über die Sicherung der Stasi-Unterlagen während der Friedlichen Revolution in der DDR, die Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für deren Verwendung und die aktuelle Arbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs. Von besonderem Interesse waren die Zugangsregelungen zu den Stasi-Unterlagen und die Frage, welchen Beitrag das Archiv zur Aufarbeitung der SED-Diktatur leisten kann.

Anhang

Anhang 1	Organisationsplan	51
Anhang 2	Mitglieder des Beratungsgremiums des Bundesarchivs nach § 39 StUG	52
Anhang 3	Übersicht über den Umfang der Archivbestände der Provenienz Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR (Bestände MfS 1 bis 17)	53
Anhang 4	Eingänge von Anträgen und Ersuchen nach Verwendungszwecken	54
Anhang 5	Erledigungen von Anträgen und Ersuchen nach Verwendungszwecken	55
Anhang 6	Antragseingänge gemäß §§ 32 und 34 StUG	56
Anhang 7	Neuerscheinungen und Neuauflagen von Publikationen des Stasi-Unterlagen-Archivs im Berichtszeitraum	59
Anhang 8	Im Berichtszeitraum erschienene Aufsätze von Mitarbeitenden des Forschungsbereichs	61
Anhang 9	Veranstaltungen des wissenschaftlichen Kolloquiums	62
Anhang 10	Bildungsveranstaltungen auf dem Campus für Demokratie im Berichtszeitraum	63
Anhang 11.1	Veranstaltungen im Bundesland Brandenburg – Außenstellen Frankfurt (Oder) und Cottbus (im Aufbau)	64
Anhang 11.2	Veranstaltungen im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern – Außenstellen Neubrandenburg, Rostock, Schwerin	66
Anhang 11.3	Veranstaltungen im Bundesland Sachsen – Außenstellen Chemnitz, Dresden, Leipzig	70
Anhang 11.4	Veranstaltungen im Bundesland Sachsen-Anhalt – Außenstellen Halle und Magdeburg	73
Anhang 11.5	Veranstaltungen im Bundesland Thüringen – Außenstellen Erfurt, Gera, Suhl	74
Anhang 12	Lernort „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“, Informations- und Dokumentationszentren des Stasi-Unterlagen-Archivs, Stasi-Unterlagen-Archiv Online	76
Anhang 13	Anschriftenverzeichnis	78
Anhang 14	Abkürzungsverzeichnis	81

Anhang 1



Verkürzte Darstellung. Ausführlicher Organisationsplan unter
<https://www.bundesarchiv.de/organisationsplan>

Interessenvertretungen

Gesamtpersonalrat
Personalräte
Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung
Jugend- und Auszubildendenvertretung
Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen

Besondere Beauftragte

Datenschutzbeauftragter
Gleichstellungsbeauftragte
Gleichstellungsbeauftragte
interne Mädestelle nach dem HmSchG
IT-Sicherheitsbeauftragter
Nachhaltigkeitsbeauftragter

Anhang 2

Mitglieder des Beratungsgremiums des Bundesarchivs nach § 39 StUG

Drei durch den Deutschen Bundestag benannte Mitglieder:

- **Katrin Budde – Vorsitzende des Beratungsgremiums**, ehemalige Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages (bis März 2025)
- **Arnold Vaatz**, ehemaliger Bundestagsabgeordneter (bis 2021)
- **Petra Morawe**, ehemalige wissenschaftliche Mitarbeiterin der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (bis 2019)

Sechs durch die Landesregierungen Berlins und der ostdeutschen Länder benannte Mitglieder:

- **Frank Ebert**, Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
- **Dr. Maria Nooke**, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur
- **Burkhard Bley**, Landesbeauftragter für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur (*)
- **Regina Schild**, ehemalige Leiterin der Außenstelle des Stasi-Unterlagen-Archivs in Leipzig (bis Februar 2020)
- **Johannes Beleites**, Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (*)
- **Dr. Peter Wurschi**, Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Drei durch die für Kultur und Medien zuständige oberste Bundesbehörde benannte Mitglieder:

- **Dieter Dombrowski – Stellvertretender Vorsitzender des Beratungsgremiums**, Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V. (UOKG)
- **Dr. Anna Kaminsky**, Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
- **Prof. Ines Geipel**, ehemalige Vorsitzende des Doping-Opfer-Hilfvereins e. V. (bis 2018), Schriftstellerin, Professorin an der Hochschule für Schauspielkunst Ernst Busch, Berlin

(*) Änderungen im Berichtszeitraum:

- **Burkhard Bley** wurde am 13.12.2023 vom Landtag Mecklenburg-Vorpommern als Mitglied für das Beratungsgremium benannt und am 22.04.2024 von der für Kultur und Medien zuständigen obersten Bundesbehörde bestellt. Er folgt seiner Amtsvorgängerin Anne Drescher nach (Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur von August 2013 bis August 2023).
- **Johannes Beleites** wurde am 13.06.2024 vom Land Sachsen-Anhalt als Mitglied für das Beratungsgremium benannt und am 10.10.2024 von der für Kultur und Medien zuständigen obersten Bundesbehörde bestellt. Er folgt seiner Amtsvorgängerin Birgit Neumann-Becker nach (Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur von April 2013 bis April 2024).

Anhang 3

Übersicht über den Umfang der Archivbestände der Provenienz Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR (Bestände MfS 1 bis 17)

Stand 30.06.2025, Angaben gerundet

Überlieferungsform	Umfang
1 Schriftgut (Akten und Karteien)	
1.1 aus dem Ministerium in Berlin (Zentrale), einschl. MfS-Bezirksverwaltung Berlin	46 400 lfd. M.
1.2 aus dem Land Brandenburg (MfS-Bezirksverwaltungen Cottbus, Frankfurt (Oder), Potsdam)	10 800 lfd. M.
1.3 aus dem Land Mecklenburg-Vorpommern (MfS-Bezirksverwaltungen Neubrandenburg, Rostock, Schwerin)	8 000 lfd. M.
1.4 aus dem Land Sachsen-Anhalt (MfS-Bezirksverwaltungen Halle, Magdeburg)	13 700 lfd. M.
1.5 aus dem Freistaat Sachsen (MfS-Bezirksverwaltungen Dresden, Karl-Marx-Stadt, Leipzig)	21 700 lfd. M.
1.6 aus dem Freistaat Thüringen (MfS-Bezirksverwaltungen Erfurt, Gera, Suhl)	11 900 lfd. M.
2 Fotosammlung (lose Bildaufnahmen)	2 Mio. Stück
3 Großformate (Karten, Pläne, Plakate)	229 500 Stück
4 Tondokumente/-träger	23 000 Stück
5 Filme und Videos	2 920 Stück
6 maschinenlesbare Daten	106 Datenprojekte
7 zerrissene Unterlagen	15 400 Behältnisse

Anhang 4

Eingänge von Anträgen und Ersuchen nach Verwendungszwecken

Stand 30.06.2025

Verwendungszweck	1991– 2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	Eingänge gesamt
Bürgeranträge gesamt	3 210 367	45 309	56 526	37 407	30 603	29 064	30 696	28 571	16 213	3 484 756
Ersuchen zur Überprüfung wichtiger Funktionsträger und weitere Ersuchen ¹	233 573	1 018	1 224	1 599	890	831	495	883	554	241 067
Ersuchen zur Überprüfung öffentlicher Dienst	1 756 060	167	193	172	158	101	95	91	32	1 757 069
Ersuchen Sicherheitsüberprüfungen/ Zuverlässigkeitsüberprüfungen	260 273	6 037	5 761	5 645	5 219	4 074	3 358	4 221	1 982	296 570
Ersuchen Rentenangelegenheiten	1 168 507	2 765	3 012	2 421	4 023	2 568	2 096	1 848	980	1 188 220
Ersuchen Überprüfung gesamt	3 418 413	9 987	10 190	9 837	10 290	7 574	6 044	7 043	3 548	3 482 926
Ersuchen Rehabilitierung	102 794	598	528	752	569	394	424	425	243	106 727
Ersuchen Wiedergutmachung	182 270	1 763	1 687	3 941	2 047	1 617	1 816	1 711	1 229	198 081
Ersuchen Strafverfolgung	222 493	274	172	147	417	231	196	224	149	224 303
Ersuchen Reha/ WGM/StrV gesamt	507 557	2 635	2 387	4 840	3 033	2 242	2 436	2 360	1 621	529 111
Anträge Forschung und politische Bildung	19 312	945	1 011	899	756	745	823	853	459	25 803
Anträge Presse, Rundfunk und Film	15 117	397	418	331	326	311	283	248	150	17 581
Anträge Forschung und Medien gesamt	34 429	1 342	1 429	1 230	1 082	1 056	1 106	1 101	609	43 384
Summe	7 170 766	59 273	70 532	53 314	45 008	39 936	40 282	39 075	21 991	7 540 177

¹ Wichtige Funktionsträger (parlamentarische Mandatsträger, kommunale Wahlbeamte, leitende Funktionsträger im Sport, Berufsrichter, ehrenamtliche Richter u. a.) sowie weitere Ersuchen (Mitarbeiter von Aufarbeitungseinrichtungen, Ordensangelegenheiten u. a.)

Anhang 5

Erledigungen von Anträgen und Ersuchen nach Verwendungszwecken

Stand 30.06.2025

Verwendungszweck	1991– 2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	Erledi- gungen gesamt
Bürgeranträge gesamt	3 168 336	55 901	51 140	44 362	30 492	34 360	37 648	29 228	15 952	3 467 419
Ersuchen zur Überprü- fung wichtiger Funk- tionsträger und weitere Ersuchen ¹	233 412	1 002	925	1 576	1 173	942	516	727	583	240 856
Ersuchen zur Überprü- fung öffentlicher Dienst	1 756 055	160	184	184	161	105	87	101	30	1 757 067
Ersuchen Sicherheits- überprüfungen/ Zuverlässigkeitsüber- prüfungen	259 076	6 162	5 114	5 544	6 133	4 499	3 562	3 653	2 192	295 935
Ersuchen Rentenange- legenheiten	1 167 289	1 775	2 997	2 205	2 243	4 449	3 462	1 003	1 129	1 186 552
Ersuchen Überprü- fung gesamt	3 415 832	9 099	9 220	9 509	9 710	9 995	7 627	5 484	3 934	3 480 410
Ersuchen Rehabilitie- rung	102 582	630	490	753	599	475	391	423	205	106 548
Ersuchen Wiedergut- machung	181 703	1 722	1 490	3 718	2 493	1 756	1 750	1 915	922	197 469
Ersuchen Strafverfol- gung	222 417	256	199	103	431	322	133	177	185	224 223
Ersuchen Reha/ WGM/StrV gesamt	506 702	2 608	2 179	4 574	3 523	2 553	2 274	2 515	1 312	528 240
Anträge Forschung und politische Bildung	18 299	956	996	870	780	814	894	816	395	24 820
Anträge Presse, Rund- funk und Film	14 856	405	436	381	310	338	289	225	122	17 362
Anträge Forschung und Medien gesamt	33 155	1 361	1 432	1 251	1 090	1 152	1 183	1 041	517	42 182
Summe	7 124 025	68 969	63 971	59 696	44 815	48 060	48 732	38 268	21 715	7 518 251

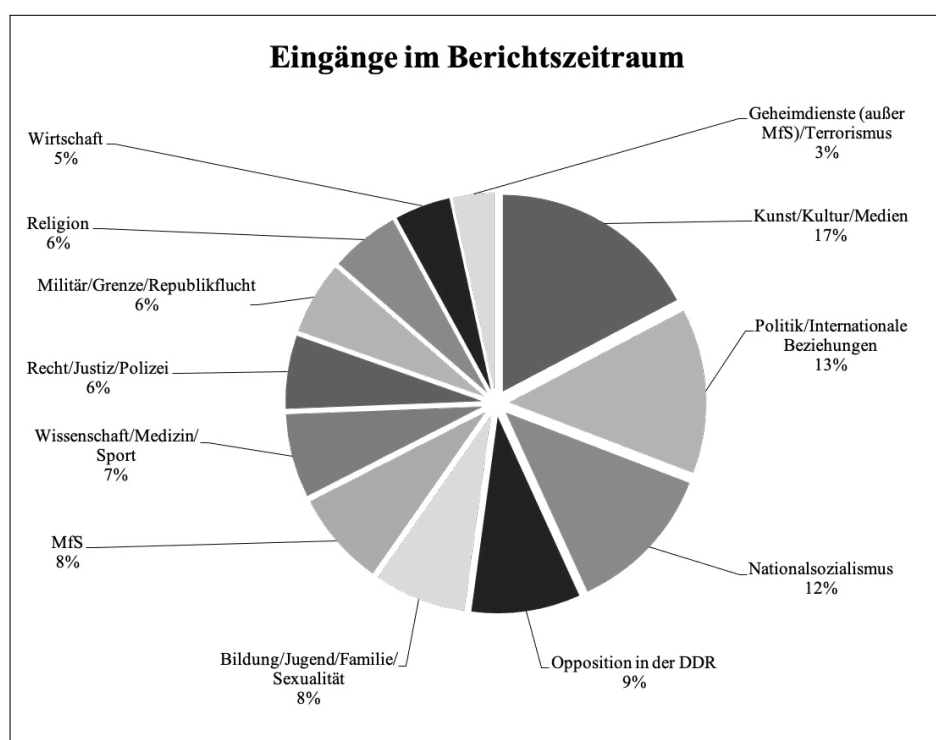
¹ Wichtige Funktionsträger (parlamentarische Mandatsträger, kommunale Wahlbeamte, leitende Funktionsträger im Sport, Berufsrichter, ehrenamtliche Richter u. a.) sowie weitere Ersuchen (Mitarbeiter von Aufarbeitungseinrichtungen, Ordensangelegenheiten u. a.)

Anhang 6

Antragseingänge gemäß §§ 32 und 34 StUG (Forschung und Medien)

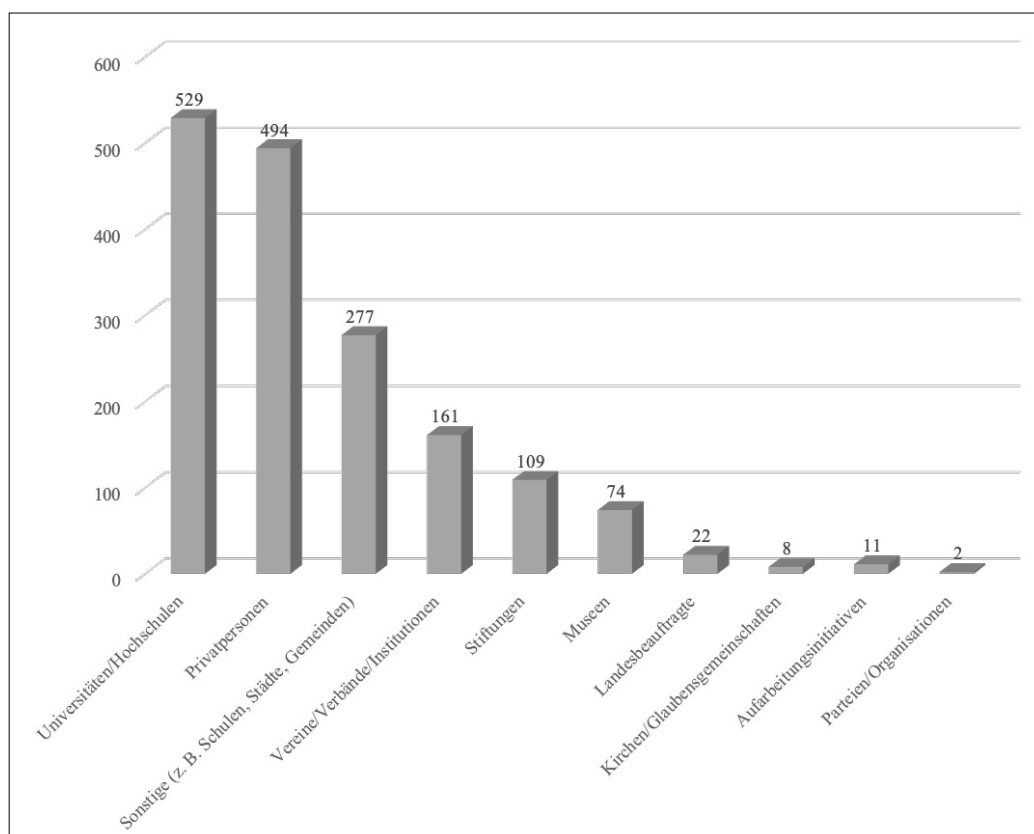
Stand 30.06.2025

Themenkomplexe	Eingänge gesamt (seit 1993)	Eingänge im Berichtszeitraum	Anteile der Themen im Berichtszeitraum in Prozent
Kunst/Kultur/Medien	6 255	382	17
Politik/Internationale Beziehungen	7 683	299	13
Nationalsozialismus	4 057	273	12
Opposition in der DDR	1 949	198	9
Bildung/Jugend/Familie/Sexualität	3 076	167	8
MfS	4 175	172	8
Wissenschaft/Medizin/Sport	3 947	152	7
Recht/Justiz/Polizei	2 456	133	6
Militär/Grenze/Republikflucht	2 960	132	6
Religion	1 591	125	6
Wirtschaft	2 633	101	5
Geheimdienste (außer MfS)/ Terrorismus	2 602	75	3
gesamt	43 384	2 209	100



Verteilung der Antragsteller gemäß § 32 StUG (Forschung)

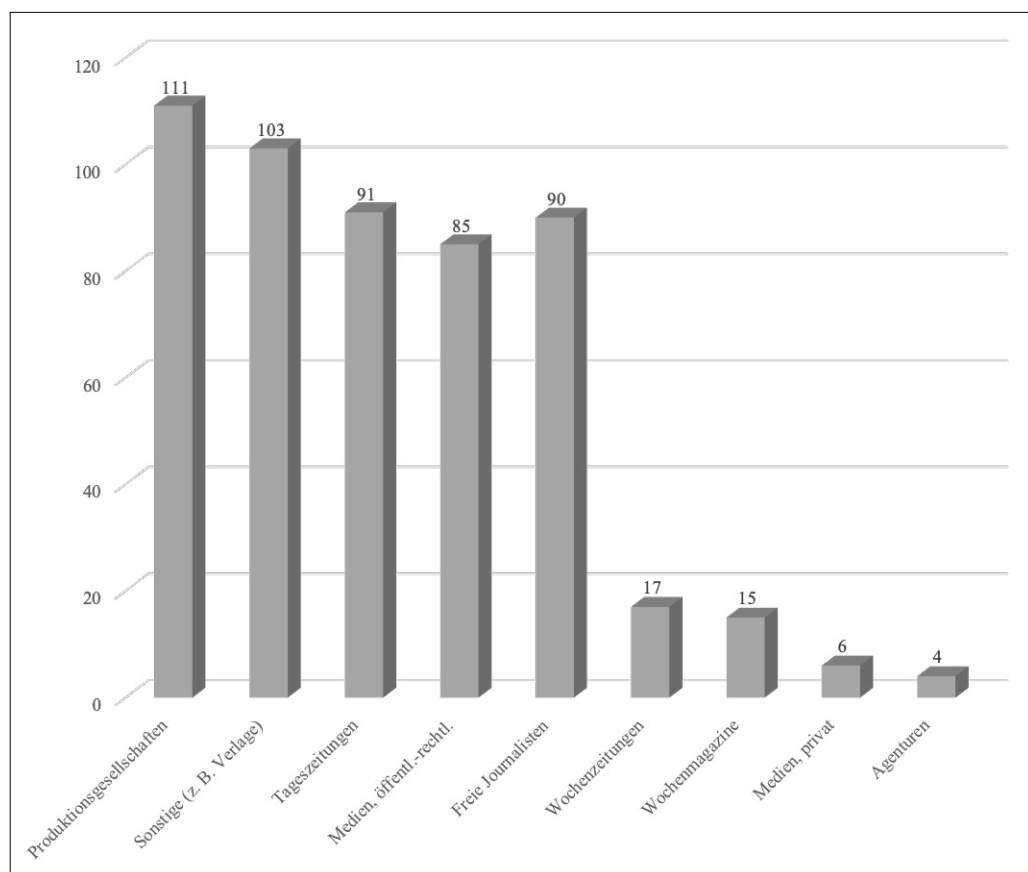
	Eingänge im Berichtszeitraum	davon Anträge aus dem Ausland
Universitäten/Hochschulen	529	148
Privatpersonen	494	74
Sonstige (z. B. Schulen, Städte, Gemeinden)	277	18
Vereine/Verbände/Institutionen	161	9
Stiftungen	109	2
Museen	74	6
Landesbeauftragte	22	0
Kirchen/Glaubensgemeinschaften	8	0
Aufarbeitungsinitiativen	11	1
Parteien/Organisationen	2	0
gesamt	1 687	258



noch Anhang 6

Verteilung der Antragsteller gemäß § 34 StUG (Presse, Rundfunk, Film)

	Eingänge im Berichtszeitraum	davon Anträge aus dem Ausland
Produktionsgesellschaften	111	26
Sonstige (z. B. Verlage)	103	18
Tageszeitungen	91	14
Medien, öffentl.-rechtl.	85	11
Freie Journalisten	90	23
Wochenzeitungen	17	0
Wochenmagazine	15	0
Medien, privat	6	5
Agenturen	4	0
gesamt	522	97



Anhang 7

Neuerscheinungen und Neuauflagen von Publikationen des Stasi-Unterlagen-Archivs im Berichtszeitraum

Alle Publikationen mit Angabe einer Schutzgebühr sind im Buchhandel oder direkt unter www.bundesarchiv.de/stasi-unterlagen-archiv/publikationen/ erhältlich. Publikationen ohne Preisangabe sind nur über den Buchhandel lieferbar.

Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Herausgegeben von Daniela Münkkel.

Erschienen sind die Auswahleditionen im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen (nur über den Buchhandel zu beziehen). Die Edition der vollständigen Jahrgänge findet sich unter www.ddr-im-blick.de.

Ronny Heidenreich (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1970. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Online-Zugriff auf die Jahrgangsdatenbank, Göttingen 2023, ISBN 978-3-525-30213-2

Martin Stief (Bearb.)/Mark Schiefer (Mitarb.): Die DDR im Blick der Stasi 1982. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Online-Zugriff auf die Jahrgangsdatenbank, Göttingen 2024, ISBN 978-3-525-30234-7

Mark Schiefer/Martin Stief (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1954. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Online-Zugriff auf die Jahrgangsdatenbank, Göttingen 2024, ISBN 978-3-525-31065-6

Ronny Heidenreich (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1972. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Online-Zugriff auf die Jahrgangsdatenbank, Göttingen 2024, ISBN 978-3-525-37510-5

Florian Schikowski (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1985. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Online-Zugriff auf die Jahrgangsdatenbank, Göttingen 2024, ISBN 978-3-525-30291-0

Stefanie Haupt (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1966. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Online-Zugriff auf die Jahrgangsdatenbank, Göttingen 2025, ISBN 978-3-525-37511-2

Analysen und Dokumente – Wissenschaftliche Reihe des Stasi-Unterlagen-Archivs im Bundesarchiv

Erschienen im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen (nur über den Buchhandel zu beziehen). Alle Titel sind auch als E-Book verfügbar unter www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com.

Band 60 | Christian Booß/Sebastian Richter: „Kristallhart gegenüber allen Feinden“. Die DDR-Staatsanwaltschaft und das MfS im politischen Strafprozess, 522 S., Göttingen 2024, ISBN 978-3-525-30268-2

Band 61 | Daniela Münkkel/Ronny Heidenreich/Martin Stief (Hg.): Geheimdienste, Politik und Krisen im Kalten Krieg, 219 S., Göttingen 2025, ISBN 978-3-525-30280-4

Schriften des Bundesarchivs

Erschienen im Gebr. Mann Verlag, Berlin (nur über den Buchhandel zu beziehen). Die Reihe ist auch als E-Book verfügbar unter www.reimer-mann-verlag.de.

Band 83 | Philipp Springer: Die Hauptamtlichen. Fotografische Einblicke und biografische Skizzen aus den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit, 223 S., Berlin 2025, ISBN 978-3-7861-2935-6

BF informiert

(Über den Buchhandel bzw. das Stasi-Unterlagen-Archiv zu beziehen.)

Band 40 | Henry Leide: Auschwitz und Staatssicherheit. Strafverfolgung, Propaganda und Geheimhaltung in der DDR, 358 S., 4., korrigierte Aufl., Berlin 2024, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-946572-37-4 (auch in englischer Sprache erhältlich)

Band 44 | Helmut Müller-Enbergs: Geschichte der HV A und ihrer Militärspionage. Analysen und Fallstudien, 143 S., 2. durchgesehene und geringfügig erweiterte Aufl., Berlin 2024, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-946572-38-1

Band 47 | Peter Boeger: Die Stasi und die innerdeutschen Grenzübergangsstellen 1961–1989. Eine kommentierte Edition ausgewählter Dokumente, 276 S., Berlin 2024, Schutzgebühr 5,00 €, ISBN 978-3-946572-36-7

Ausstellungskataloge

(Über den Buchhandel bzw. das Stasi-Unterlagen-Archiv zu beziehen.)

Alles Wissen Wollen. Die Stasi und ihre Dokumente. Katalog zur Wanderausstellung, 160 S., Berlin 2024, Schutzgebühr 7,00 €, ISBN 978-3-946572-67-1

noch Anhang 7

Dokumentenhefte

(Schutzgebührenfrei über das Stasi-Unterlagen-Archiv zu beziehen.)

... und dafür gab es Gefängnis ... Ein Fall aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv Chemnitz, 103 S., Berlin 2024

... and this was a reason for imprisonment ... A Case from the Stasi Records Archive Chemnitz, 81 S., Berlin 2025

Behördenpublikationen ohne Schutzgebühr

(Über das Stasi-Unterlagen-Archiv zu beziehen.)

Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz – StUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. September 2021, Berlin 2024

Act regarding the Records of the State Security Service of the former German Democratic Republic (Stasi Records Act) in the version published on 6 September 2021, Berlin 2024

Eine Gesamtübersicht aller lieferbaren Publikationen des Stasi-Unterlagen-Archivs mit Nachweis der Bestellmöglichkeiten ist unter <https://www.bundesarchiv.de/stasi-unterlagen-archiv/publikationen/> abrufbar.

Die Online-Publikationen des Bundesarchivs sind zu finden unter <https://www.bundesarchiv.de/DE/Navigation/Finden/Publikationen-Bundesarchiv/publikationen-bundesarchiv.html>

Anhang 8

Im Berichtszeitraum erschienene Aufsätze von Mitarbeitenden des Forschungsbereichs

Heidenreich, Ronny: Spione und Verräter. Die ersten Häftlinge der MfS-Sonderhaftanstalt Bautzen II. In: Ronny Heidenreich, Silke Klewin, Gerhard Sälter (Hg.): *Gefangen in Bautzen. Beiträge zur Gefängnisgeschichte und Erinnerungskultur*. Dresden 2023, S. 92–127.

Heidenreich, Ronny/Klewin, Silke: Frauen im Stasi-Knast Bautzen II. Online erschienen unter www.h-und-g.info (Schwerpunkt 4/2024).

Heidenreich, Ronny/Engelmann, Roger: Das MfS als Nachrichtengeber der SED. In: Daniela Munkel, Ronny Heidenreich, Martin Stief (Hg.): *Geheimdienste, Politik und Krisen im Kalten Krieg*. Göttingen 2024, S. 111–132.

Munkel, Daniela: Briefe ohne Antwort. Die Stasi und Zuschriften von DDR-Bürgern und -Bürgerinnen an Bundespolitiker. In: Ernst Wolfgang Becker, Frank Bösch (Hg.): *Partizipation per Post. Bürgerbriefe an Politiker in Diktatur und Demokratie*. Stuttgart 2024, S. 313–332.

Munkel, Daniela: Der Skandal. Die Stasi, bundesdeutsche Sicherheitsorgane und der Rücktritt Willy Brandts. In: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 5/24, S. 67–71.

Munkel, Daniela: Einleitung. In: Daniela Munkel, Ronny Heidenreich, Martin Stief (Hg.): *Geheimdienste, Politik und Krisen im Kalten Krieg*, Göttingen 2024, S. 7–24.

Nagel, Sebastian: Akten auf Umwegen. Die Überlieferung des DDR-Auslandsgeheimdienstes in Archiven des ehemaligen sowjetischen Machtbereichs. In: Daniela Munkel, Ronny Heidenreich, Martin Stief (Hg.): *Geheimdienste, Politik und Krisen im Kalten Krieg*. Göttingen 2024, S. 47–61.

Selva, Douglas: Comrade Kryuchkov's 'War Scare' (1983), or the Bureaucratic Origins of the 'Able Archer' War-Scare Thesis. In: *The International Journal of Intelligence and Counterintelligence*. doi:10.1080/08850607.2024.2334198.

Selva, Douglas: Human-Rights Activism as International Conspiracy: Iuril Andropov, Soviet Dissidents, and 'Ideological Sabotage', 1967–80. In: Michael David-Fox and Carolyn Pouncy (Hg.): *The Secret Police and the Soviet System: New Archival Investigations*, Pittsburgh 2023.

Stief, Martin: „Ein Volk kann man betrügen die Natur nicht“. Staatssicherheit und Umweltzerstörung im Chemierevier Halle-Bitterfeld. In: Klaus Krüger (Hg.): *Stadt – Land – Fluss. Aspekte der hallischen Umweltgeschichte*. Halle 2024, S. 179 ff.

Stief, Martin: Die ZAIG – Nachrichtenzentrale der Stasi. In: Daniela Munkel, Ronny Heidenreich, Martin Stief (Hg.): *Geheimdienste, Politik und Krisen im Kalten Krieg*. Göttingen 2024, S. 77–93.

Stief, Martin: „DENK-MAL, MENSCH“ – Umweltproteste im Blick der Stasi. In: *Lernen aus der Geschichte-Magazin* 2/2023, online unter: lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/15541.

Stief, Martin: „Ein Volk kann man betrügen – die Natur nicht“ – Bevölkerungsreaktionen auf Umweltprobleme im Chemierevier der DDR. In: *H-und-G.info* 23/3. Schwerpunkt Umwelt: Früher Umwelt-Katastrophengebiet, heute Erholungsparadies? Umwelt und Umweltbewegung in der DDR und Ostdeutschland damals und heute (online unter h-und-g.info/forum/schwerpunkt-3/23-umwelt/s-lange-1).

Wolf, Stephan: „aktuell, weitgehend vollständig, objektiv und überprüft“. Überlieferung und Erschließung der geheimen Berichte des Staatssicherheitsdienstes. In: Daniela Munkel, Ronny Heidenreich, Martin Stief (Hg.): *Geheimdienste, Politik und Krisen im Kalten Krieg*. Göttingen 2024, S. 25–45.

Wunschik, Tobias: Der DDR-Strafvollzug im KSZE-Prozess. Veränderungen im Kontext internationaler Vereinbarungen und unter den Augen der Weltöffentlichkeit. In: *Horch & Guck* Nr. 2/2023; <http://h-und-g.info/forum/ueberspannt-entspannungspolitik-von-vorgestern>.

Wunschik, Tobias: Brandenburg-Görden als Vorläufer von Bautzen II. Zwei besondere Haftanstalten im politischen Strafvollzug der 1950er-Jahre. In: Ronny Heidenreich, Silke Klewin, Gerhard Sälter (Hg.): *Gefangen in Bautzen. Beiträge zur Gefängnisgeschichte und Erinnerungskultur*, Dresden 2023, S. 78–91.

Wunschik, Tobias: Die Wiedereingliederung von Haftentlassenen in der DDR 1960–1989. Anmerkungen zu Rechtsnormen und Rechtspraxis. In: *Neue Justiz* 2023, Beilage 1, S. B 32–38.

Wunschik, Tobias: Der DDR-Strafvollzug unter Erich Honecker. In: *Stagnation und Wandel. Repression und Alltag in der Ära Honecker. Dokumentation des 26. Bundeskongresses der Konferenz der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur*, Berlin 2023, S. 33–36.

Anhang 9

Veranstaltungen des wissenschaftlichen Kolloquiums

Datum	Referentinnen und Referenten	Thema / Titel
12.07.2023	Daniel R. Bonenkamp (Münster)	„Die Genossen muß man auch erziehen, daß sie die Gleichberechtigung der Frau begreifen.“ – Eine geschlechterhistorische Untersuchung zum Ministerium für Staatssicherheit
21.11.2023	Kerstin Hohner (Leipzig)	Der Hinstorff Verlag Rostock im Spiegel der Stasi-Akten
16.01.2024	Christian Halbrock (Berlin)	„Tatort Stasi-Zentrale – Wer hat wo was entschieden?“
28.05.2024	Konstantin Neumann (Potsdam)	Desertion in der Diktatur
09.07.2025	Douglas Selvage (Berlin)	„Bruderorgane“. Die sowjetischen Ursprünge von „Zersetzung“ und die „aktiven Maßnahmen“ der Stasi und des KGB gegen Oppositionelle
15.10.2024	Noura Chalati (Berlin)	Spying (on) Comrades. The Relations of the East German Stasi and Syrian Mukhabarat, 1960–1990
26.11.2024	Nils Löffelbein (Düsseldorf) und Karsten Laudien (Berlin)	„Politische Zwangsadoptionen in der DDR 1949–1989/90“ – Fragestellungen und Forschungseinblicke in zwei Aufgabenfelder (Medizinische Einrichtungen und MfS)
11.02.2025	Jakob Mühle (Potsdam)	Die DDR im Blick des BND. Nachrichtendienstwissen in der zweiten Hälfte des Kalten Krieges, 1968–1990
27.05.2025	Gunnar Take (Stuttgart)	Neue Perspektiven auf die Sparkassengeschichte der DDR: Sparkasse des MfS
17.06.2025	Christian Dietrich (Halle)	Institutioneller Rassismus in den Sicherheitsbehörden der DDR: Überwachung von Vertragsarbeitern und Studenten durch Volkspolizei und MfS

Anhang 10

Bildungsveranstaltungen auf dem Campus für Demokratie im Berichtszeitraum

	2. Halbjahr 2023	2024	1. Halbjahr 2025	Veranstal- tungen	Teilneh- mende
Projektstage für Schülerinnen und Schüler	57	182	85	324	
Teilnehmende an Projekttagen	1 419	3 974	2 107		7 500
Lehrkräftefortbildungen	10	18	11	39	
Teilnehmende an Lehrkräftefort- bildungen	212	591	393		1 196
Seminare / Erwachsenenbildung	80	119	51	250	
Teilnehmende Seminare / Erwachsenenbildung	1 353	2 149	1 120		4 622
Gesamt				613	13 318

Anhang 11.1

Veranstaltungen im Bundesland Brandenburg – Außenstellen Frankfurt (Oder) und Cottbus (im Aufbau)

Hinweis: Die Außenstelle Cottbus (im Aufbau) wird vom Archivstandort Außenstelle Frankfurt (Oder) aus betreut.

Bürgerberatungstage in der Region: 9, davon 6 mit Beteiligung der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD). Daneben werden Bürgerberatungen auch begleitend zu Veranstaltungen angeboten.

Archivführungen: 24

Beteiligung an bundes- oder landesweiten sowie städtischen Veranstaltungen mit vielfältigen themenbezogenen Programmen (Vorträge, Ausstellungen, Filmvorführungen, Gesprächsrunden, Archivführungen, Bürgerberatung, Informationsangebote u. a. m.)

- Tag der Archive am 02.03.2024 in der Außenstelle Frankfurt (Oder) unter dem Motto „Der Geschichte auf der Spur. Sowjetische Truppen in der DDR/Ostdeutschland“
- Brandenburg-Tag vom 02. bis 03.09.2023 in Finsterwalde
- Gedenkveranstaltung zum 35. Jahrestag der Besetzung der MfS-Bezirksverwaltung in Frankfurt (Oder) am 05.12.2024 im Rathaus Frankfurt (Oder)

Weitere Veranstaltungen:

Datum	Titel	Format / Inhalt	VA ¹
31.08.2023	Die Verwaltung 2000 des MfS	Vortrag von Dr. Ingo Pfeiffer (Militärhistoriker) zu den Stasi-Strukturen in der Volksmarine.	F
07.09.2023	Die letzte Reise des Matthias Domaschk	Lesung von Peter Wensierski aus seinem Buch „Jena-Paradies“ über die letzten Tage im Leben von Matthias Domaschk; Moderation Dagmar Hovestädt (Bundesarchiv); Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg für Ökologie, Demokratie und Soziales e. V.	Cb
09.10.2023	Freiheit ist auch immer die Freiheit der Erinnerung	Eröffnung der Ausstellung „Aufarbeitung – Die DDR in der Erinnerungskultur“ der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit Vortrag von Dr. Stefan Wolle (Historiker) und anschließendem Gespräch mit Dr. Wolle, Dr. Sebastian Richter (Bundesarchiv) und Steffen Krestin (Städtische Sammlungen).	Cb
12.10.2023	Die Stasi im Kinderzimmer	Filmvorführung und Gespräch mit der Landesbeauftragten Dr. Maria Nooke (LAKD) und Dr. Sebastian Richter (Bundesarchiv) zu Kindern und Jugendlichen als inoffizielle Mitarbeiter der Stasi; Moderation Susanne Kschenka (LAKD).	Cb
14.10.2023	Grenze Ostsee. Bewachung und Fluchtschicksale vor 1989	Vortrag von Dr. Ingo Pfeiffer (Militärhistoriker) zur Sicherung der DDR-Seegrenze und der Überwachung der Volksmarine durch das MfS mit anschließendem Podiumsgespräch mit Dr. Pfeiffer, Eberhard Klunker (Musiker), Peter Keup (Menschenrechtszentrum Cottbus e. V.) und Dr. Sebastian Richter (Bundesarchiv).	Cb
12.11.2023 28.11.2023 28.05.2024	Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion	Vorstellung der Website www.workuta.de als digitales Vermächtnis der Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion von Stefan Krikowski (Vorsitzender der Lagergemeinschaft).	F ² Cb
23.11.2023 21.11.2024	Zwischen Schicksalsklärung und Familiengeschichte	Vortrag von Dr. Gunnar Wendt (Bundesarchiv) zur Arbeit der Abteilung Personenbezogene Auskünfte zum Ersten und Zweiten Weltkrieg im Bundesarchiv.	F

¹ VA: Veranstaltende Außenstelle (F=Frankfurt (Oder); Cb=Cottbus)

² Besuchertag in der Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“ (Veranstaltungsreihe in Kooperation)

Datum	Titel	Format / Inhalt	VA¹
30.04.2024 15.05.2025	Hilde Benjamin und die Justiz in der DDR	Vortrag von Dr. Sebastian Richter (Bundesarchiv) zu den Grundlagen und der Entwicklung der politischen Strafjustiz in der DDR am Beispiel des Wirkens von Hilde Benjamin.	Cb F
25.06.2024	Die Aufdeckung der Wahlfälschung in Cottbus im Mai 1989	Vortrag und Gespräch mit Christoph Polster (ehem. Pfarrer), Steffen Krestin (Städtische Sammlungen) und Dr. Sebastian Richter (Bundesarchiv).	Cb
08.09.2024	Von der Wahlfälschung zur Wahlfreiheit und Wahlsicherheit 1989–2024	Podiumsgespräch mit Dr. Martina Weyrauch (LpB Brandenburg) und Dr. Konrad Tschäpe (Gedenk- und Dokumentationsstätte) zur Aufdeckung der Wahlfälschung in Frankfurt (Oder) 1989.	F ²
19.09.2024 24.09.2024	Die Betreuung westlicher Häftlinge in der DDR	Vortrag von Hans-Hermann Lochen (Jurist) zur Arbeit der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR.	F Cb
15.10.2024	Das Schweigende Klassenzimmer	Film über die wahre Geschichte einer Schulklasse von 1956 und Gespräch mit dem Zeitzeugen Karsten Köhler.	Cb
16.10.2024	Protestkultur und Randalen in DDR-Stadien	Podiumsgespräch zur Ausstellung „Im Objektiv der Staatsmacht. Fußballfans im Blick von Volkspolizei und Stasi“ des Zentrums deutsche Sportgeschichte e. V. und exhibeo im Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. mit einer Einführung von Dr. René Wiese (Kurator), Dirk Schlegel (ehem. BFC-Spieler, flüchtete 1983 in den Westen) und Jens Fuge (Leipziger Fußballfan, Autor und Journalist).	Cb
26.11.2024	Zersetzungsmethoden der Stasi	Vortrag von Dr. Sandra Pingel-Schliemann (Politikwissenschaftlerin) begleitend zur Ausstellung „Zersetzung – Repressionsmethode des Staatssicherheitsdienstes“.	Cb
13.03.2025	Frauen und Stasi	Vortrag von Angela Schmole (Bundesarchiv) zu hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeiterinnen der Stasi.	F
29.04.2025	Bewegte Bilder aus Cottbus – die audiovisuelle Überlieferung im Bundesarchiv	Undine Beier (Bundesarchiv) zeigte historische Filme aus dem ehemaligen DDR-Bezirk Cottbus und berichtete über die Arbeit der Abteilung Audiovisuelle Medien des Bundesarchivs.	Cb
27.05.2025	Staatssicherheitsinhaftierung: 100 Portraitaufnahmen 2023–2024	Podiums- und Publikumsgespräch anlässlich der Eröffnung der gleichnamigen Ausstellung im Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. mit André Wagenzik (Fotograf), Claus Kurth (Zeitzeuge) und Dr. Sebastian Richter (Bundesarchiv) über Facetten politischer Verfolgung und Haft in der DDR.	Cb
24.06.2025	Willy Brandt und die Stasi	Vortrag von Prof. Dr. Daniela Munkel (Bundesarchiv) zur Überwachung Willy Brandts durch die Stasi.	Cb

Anhang 11.2

Veranstaltungen im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern – Außenstellen Neubrandenburg, Rostock, Schwerin

Bürgerberatungstage in der Region: 35, davon 3 mit Beteiligung der bzw. des Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur (LAMV). Daneben werden Bürgerberatungen auch begleitend zu Veranstaltungen angeboten.

Archivführungen: 122

Geländeführungen: 14 (Neubrandenburg)

Beteiligung an bundes- oder landesweiten sowie städtischen Veranstaltungen mit vielfältigen themenbezogenen Programmen (Vorträge, Ausstellungen, Filmvorführungen, Gesprächsrunden, Archivführungen, Bürgerberatung, Informationsangebote u. v. m.)

- Mecklenburg-Vorpommern-Tag am 01. und 02.07.2023 in Neubrandenburg sowie vom 20. bis 22.06.2025 in Greifswald
- „Stier trifft Greif“ – Landesgeschichtstag Mecklenburg-Vorpommern in Ribnitz-Damgarten am 08.07.2023 (Außenstelle Rostock)
- Tag der Deutschen Einheit am 02. und 03.10.2023 in Hamburg (Außenstellen Rostock und Neubrandenburg) sowie vom 02. bis 04.10.2024 in Schwerin (Außenstelle Schwerin)
- Tag der Archive am 03.03.2024 (Außenstellen Schwerin und Rostock)
- Informationsstände beim Tag der offenen Tür des Landtags Mecklenburg-Vorpommern am 30.06.2024 und 15.06.2025 sowie beim Tag des offenen Denkmals im Dokumentationszentrum des Landes für die Opfer der Diktaturen am 08.09.2024 (Außenstelle Schwerin)

Aktionstage (mit Vorträgen, Zeitzeugengesprächen, Ausstellungen, Führungen usw.):

- Tag der offenen Tür am 09.11.2024 in der Außenstelle Schwerin unter dem Motto „35 Jahre Mauerfall und Grenzöffnung in der Region“

Weitere Veranstaltungen:

Datum	Titel	Format / Inhalt	VA ¹
12.07.2023	Die Ostseewochen und die Stasi	Die Rostocker Ostseewochen waren von 1958 bis 1975 eine der bedeutendsten internationalen Veranstaltungen der DDR. Julian Dunz (Historiker, Universität Rostock) referierte über das besondere Wesen dieser Veranstaltung und beleuchtete die Rolle des MfS bei der Planung, Organisation und Überwachung.	R
26.08.2023	Teil Deutschlands sein – Erinnerungen eines ehemaligen politischen Häftlings	Buchvorstellung von Autor Uwe Mälck über seine Kindheit und Jugend in der DDR, einen missglückten Fluchtversuch, politische Haft und Freikauf durch die Bundesrepublik.	S
29.08.2023	Unterdrückt – Zerbrochen – Widerstanden. Schicksale in Ostdeutschland 1945–1989	Zeitzeugengespräch mit den Rostockern Martina und Rüdiger Schmidt, die in den 1980er-Jahren wegen ihrer pazifistischen Einstellung, Gesellschaftskritik und kirchlichen Bindung die DDR verlassen wollten und deshalb gemäßregelt und von der Stasi überwacht wurden.	R
22.09.2023 18.11.2023 29.11.2023	Eine große Freude? Der innerdeutsche Paketverkehr im Kalten Krieg	Vortrag von Dr. Konstanze Soch (Bundesarchiv) zur Kontrolle von Päckchen und Paketen zwischen Ost- und Westdeutschland.	S S N

¹ VA: Veranstaltende Außenstelle (N=Neubrandenburg; R=Rostock, S=Schwerin)

Datum	Titel	Format / Inhalt	VA¹
23.09.2023	Die Rolle der Stasi in politischen Strafverfahren	Vortrag von Dr. Sebastian Richter (Bundesarchiv) zu den Einflussmöglichkeiten des MfS auf politische Strafermittlungsverfahren anhand konkreter Fälle aus unterschiedlichen Phasen der DDR-Justiz.	S
17.10.2023	Zersetzung – Repressionsmethode des DDR-Staatssicherheitsdienstes	Vortrag und Gespräch zur Ausstellungseröffnung mit Dr. Sandra Pingel-Schliemann (Politikwissenschaftlerin) und Dr. Volker Höffer (Bundesarchiv) zur Repressionsstrategie der Stasi.	R
21.10.2023	„Die Lage ist ernst“ – Herbst 1989 im Spiegel Schweriner Stasi-Akten	Mitarbeitende des Schweriner Stasi-Unterlagen-Archivs lasen aus manuell rekonstruierten und neu erschlossenen Unterlagen, u. a. zur ersten Montags-Demonstration und der SED-Gegendemonstration am 23.10.1989.	S
09.11.2023	„Roter Strom“	Vortrag von Dr. Sebastian Stude (LpB Brandenburg) über die DDR-Kernenergiewirtschaft und wie die Herrschaftslegitimation des SED-Staats mittels wissenschaftlich-technischer Modernisierung angestrebt wurde.	N
23.11.2023	„Trotzig lächeln und das Weltall streicheln“	Lesung des Schriftstellers und Bürgerrechtlers Lutz Rathenow aus seiner literarischen Autobiografie und Gespräch mit Prof. Dr. Carsten Gansel (Justus-Liebig-Universität Gießen).	N
15.01.2024	Transformation der DDR 1989/90	Vortrag von Dr. Volker Höffer (Bundesarchiv).	R
25.01.2024	Das Schiffsprojekt „Atomfrachter“ der Warnowwerft und das MfS	Vortrag und Gespräch mit dem Schiffbau-Experten Prof. Dr. Franz Spychala.	R
07.03.2024 09.04.2024 06.11.2024	Rechtsextremismus im Norden der DDR im Spiegel der Stasi-Akten	Vortrag von Dr. Volker Höffer (Bundesarchiv).	R
13.03.2024	Eigentor. Der FC Hansa Rostock und die Stasi	Vortrag von Dr. Volker Höffer (Bundesarchiv).	R
20.03.2024	Tod in der Ostsee. Fluchtversuche aus der DDR	Vortrag und Gespräch mit Jesper Clemmensen (Autor und Journalist) und Dr. Volker Höffer (Bundesarchiv) in Kopenhagen; organisiert von der Deutsch-Dänischen Gesellschaft und der deutschen Botschaft in Dänemark.	R
06.04.2024	Tatort Stasi-Zentrale – Wer hat wo was entschieden?	Vortrag von Dr. Christian Halbrock (Historiker) über die Funktionen der einzelnen Bauten auf dem Gelände der Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg.	S
03.05.2024 04.05.2024	Briefe aus der DDR an Westpolitiker	Vortrag von Prof. Dr. Daniela Munkel (Bundesarchiv) zu Adressaten, Themen und Verfassern der Briefe an bundesdeutsche Politiker und die Repressionen und Sanktionen des SED-Regimes gegen die Briefeschreiber.	S
07.05.2024	Kommunalwahlen in der DDR	Vortrag von Dr. Martin Stief (Bundesarchiv) zur Kommunalwahl am 7. Mai 1989.	S
10.05.2024 13.08.2024 06.05.2025 22.05.2025	Ostseeflüchtlinge im Stasi-Visier. Grenzregime und Fluchtbewegung an der DDR-Ostseeküste	Vortrag von Dr. Volker Höffer (Bundesarchiv).	R

noch Anhang 11.2

Datum	Titel	Format / Inhalt	VA¹
31.05.2024 01.06.2024	Die Bestände des Militärarchivs Freiburg	Vortrag von Michael Steidel (Bundesarchiv) über die grundlegenden Strukturen des Bundesarchivs und die Bestände der Abteilung Militärarchiv sowie Recherchemöglichkeiten.	S
14.06.2024	Rostock geheim. Stasi-Stadthafen-Geschichte(n)	Hafenrundfahrt und Vortrag mit Dr. Michael Heinz (Bundesarchiv) auf den Spuren der DDR-Geheimpolizei in Rostock.	R
04.07.2024	US-amerikanische Spionage an der Ostsee	Vortrag von Dr. Michael Heinz (Bundesarchiv) über Aktivitäten der US-Spionage im Bezirk Rostock und wie die Stasi darauf reagierte.	R
27.07.2024	Die Entwicklung von Überwachung und Informationsverarbeitung im MfS	Buchvorstellung mit Dr. Christian Booß (Historiker, Journalist).	S
24.08.2024	Das Paneuropäische Picknick	Vortrag von Dr. Douglas Selvage (Bundesarchiv) zur kurzzeitigen Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze am 19. August 1989 und der Flucht von hunderten Bürgern und Bürgerinnen der DDR nach Österreich.	S
05.09.2024	DDR-Bausoldaten und die Stasi	Vortrag von Stefan Gerber (Dokumentationszentrum Prora) zum Bausoldatendienst in der DDR von 1964 bis 1989/90.	R
12.09.2024	Solidarność, die DDR und die Stasi	Vortrag von Michael Köllner (Bundesarchiv) über den Freiheitskampf der unabhängigen polnischen Gewerkschaft Solidarność, die Reaktionen der DDR-Bevölkerung und die daraus resultierenden Repressionen durch die Stasi. Begleitvortrag zur Ausstellung „Lernt polnisch! / Uczenie się polskiego!“, in Kooperation mit der Universität Stettin.	N
19.09.2024	Lernt polnisch! / Uczenie się polskiego!	Zeitzeugengespräch zur Eröffnung der gleichnamigen Ausstellung mit Wolfgang Templin (DDR-Bürgerrechtler, Publizist), Dr. Helga Hirsch (Publizistin), Kinga Hartmann (Autorin, Polen) und Prof. Dr. Kazimierz Wójcicki (Historiker und Publizist, Polen); Moderation Monika Stefanek (Deutsche Welle); in Kooperation mit der Universität Stettin.	N
19.09.2024 07.11.2024 12.03.2025 11.06.2025	Rostock geheim! Stasi-Stadt-Rundgang	Führung durch Rostocks Innenstadt auf den Spuren der Geheimpolizei mit Dr. Michael Heinz bzw. Dr. Volker Höffer (beide Bundesarchiv).	R
21.09.2024	Die Bestände der SAPMO	Vortrag von Dr. Nicolai M. Zimmermann (Bundesarchiv) zu den Beständen der SAPMO und den Recherchemöglichkeiten.	S
12.11.2024	Zeitenwende vor 35 Jahren. Die Friedliche Revolution in der DDR 1989	Podiumsdiskussion mit den Zeitzeugen Anne Lange und Johann Georg Jaeger zur Bedeutung der Friedlichen Revolution 1989 und den Ergebnissen; Reinhard Kramer (Fotograf) präsentierte nie gezeigte Fotos „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution in Rostock 1989/90“.	R
21.11.2024	Streiks, Solidarność und das Kriegsrecht im Objektiv	Gespräch mit und Fotos von den Zeitzeugen und Fotografen Timm Stütz und Ryszard Dąbrowski, die an die damaligen deutsch-polnischen Beziehungen erinnerten.	N
28.11.2024	Wir und die anderen	Podiumsgespräch zu Geschichte, Kultur und Literatur der deutsch-polnischen Region Pommern mit dem Schriftsteller, Essayisten und Dramaturgen Artur Daniel Liskowacki und Prof. Dr. Ewelina Kamińska-Ossowska (Universität Stettin).	N

Datum	Titel	Format / Inhalt	VA¹
04.12.2024	Im Wandel der Zeit. Das Haus der Justiz und seine Geschichte	Ausstellungseröffnung und Podiumsgespräch zur Geschichte des Hauses der Justiz, bis 1989 Sitz der Stasi-Bezirksverwaltung Rostock, u. a. mit Dr. Volker Höffer (Bundesarchiv) und den Zeitzeugen Dr. Ingeborg und Gerhard Rogge; Kooperation mit dem Landgericht Rostock.	R
23.01.2025	Solidarität mit Solidarność	Vortrag von Michael Köllner (Bundesarchiv) über die größte Oppositionsbewegung im kommunistischen Herrschaftsbereich und über weltweite Solidaritäts- und Unterstützungskampagnen für die polnische Gewerkschaft.	N
29.03.2025	Ostseefluchten – Der Fall der Familie Sender	Filmvorführung „Die Entscheidung der Familie Sender“ sowie Vortrag und Gespräch mit Dr. Volker Höffer (Bundesarchiv).	S
01.04.2025	„Kristallhart gegenüber allen Feinden“. DDR-Staatsanwaltschaft und MfS im politischen Strafprozess	Vortrag von Dr. Christian Booß (Historiker, Journalist) und Dr. Sebastian Richter (Bundesarchiv), die ihre Forschungsergebnisse aus über einhundert Strafverfahren von den 1950er-Jahren bis Ende der 1980er-Jahre vorstellten.	R
08.04.2025	DDR-Psychiatrie, das Krankenhaus West Stralsund und die Stasi	Vortrag von Dr. Kathleen Haack (Universität Rostock) zur Situation innerhalb der Psychiatrie in der DDR und zur Rolle der Staatssicherheit in diesem System.	R
26.04.2025	Die DDR im Blick der Stasi – Das Jahr 1972	Vortrag von Dr. Ronny Heidenreich (Bundesarchiv) über die geheimen Berichte der Stasi an die Partei- und Staatsführung der DDR.	S
08.05.2025	Zwischen Propaganda und Identität	Vortrag von Prof. Dr. Bartosz Wójcik (Universität Stettin) über historische Konstruktionen der „neuen Staaten“ DDR und Volksrepublik Polen; Volkssagen, Bücher und Politikerreden als Machtlegitimation sozialistischer Staatlichkeit.	N
15.05.2025	„De Appel is riep an de Waterkant“ – Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft	Vortrag von Dr. Michael Heinz (Bundesarchiv) zur Zwangskollektivierung in der DDR-Landwirtschaft ab 1952 und den Maßnahmen der Stasi gegen widerständige Bauern.	R
22.05.2025	Provinzlust. Erotikshops in Ostdeutschland	Lesung und Vortrag von Dr. Jens Schöne (stellv. Landesbeauftragter Berlin), der in seinem gleichnamigen Buch exemplarisch die rasante Transformation Ostdeutschlands im letzten Jahr der DDR zeigt.	N
23.05.2025	Stasi im Westen? Zu Gast im Grenzhuis	Vortrag und Gespräch mit Prof. Dr. Daniela Munkel (Bundesarchiv) zur Spionage des DDR-Geheimdienstes im Westen.	S
24.05.2025	Willy – Verrat am Kanzler	Filmvorführung und Gespräch mit Prof. Dr. Daniela Munkel (Bundesarchiv) und der Filmemacherin Sandra Naumann über den Spion beim Kanzler Willy Brandt.	S
05.06.2025	Die Stasi als VEB Horch und Guck	Detlev Vreisleben (Ingenieur der Nachrichtentechnik im Ruhestand) berichtete über die von der Stasi eingesetzte operative Foto- und Abhörtechnik und zeigte Originale aus seiner Sammlung.	N
28.06.2025	Prostitution in der DDR	Buchvorstellung mit der Autorin Dr. Steffi Brüning (LpB Mecklenburg-Vorpommern).	S

Anhang 11.3

Veranstaltungen im Bundesland Sachsen – Außenstellen Chemnitz, Dresden, Leipzig

Bürgerberatungstage in der Region: 41, davon **32** mit Beteiligung der Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (LASD). Daneben werden Bürgerberatungen auch begleitend zu Veranstaltungen angeboten.

Archivführungen: 334

Beteiligung an bundes- oder landesweiten sowie städtischen Veranstaltungen mit vielfältigen themenbezogenen Programmen (Vorträge, Ausstellungen, Filmvorführungen, Gesprächsrunden, Archivführungen, Bürgerberatung, Informationsangebote u. a. m.)

- Tag der Sachsen vom 01. bis 03.09.2023 in Aue Bad-Schlema (Außenstelle Chemnitz)
- Tag der Archive am 02.03.2024 zu „Essen und Trinken im MfS“ (Außenstelle Dresden) und zu „Der deutsch-deutsche Paketverkehr im Kalten Krieg“ (Außenstelle Leipzig)
- Museumsnächte: am 08.07.2023 zu „Überwachter Tourismus“ (Außenstelle Dresden), am 04.05.2024 zu „Die Stasi und der Fußball in der DDR“ (Außenstelle Leipzig) und „Let’s celebrate: 35 Jahre Friedliche Revolution“ (Außenstelle Chemnitz), am 08.06.2024 zu „Provokation im sozialistischen Alltag – Heavy Metal in der DDR“ (Außenstelle Dresden), am 10.05.2025 zu „Denunziation in der DDR“ (Außenstelle Leipzig) und „Die Wismut im Spiegel von Akten und Filmen“ (Außenstelle Chemnitz, Beitrag zum Wismut-Netzwerk Chemnitz) sowie am 14.06.2025 zu „Anspruch und Wirklichkeit: Frauenalltag in der DDR. Frauen-Bilder in den Stasi-Unterlagen“ (Außenstelle Dresden)
- Informationsangebote der Außenstelle Dresden in der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden zum Tag des offenen Denkmals am 10.09.2023 und 08.09.2024, zum Tag der Besetzung der früheren MfS-Bezirksverwaltung am 05.12.2023 und 05.12.2024 sowie beim Internationalen Museumstag am 19.05.2024 und 18.05.2025

Aktionstage (mit Vorträgen, Zeitzeugengesprächen, Ausstellungen, Führungen usw.):

- Nacht der offenen Tür zum Lichtfest am 09.10.2023 und 09.10.2024 in der Außenstelle Leipzig

Weitere Veranstaltungen:

Datum	Titel	Format / Inhalt	VA ¹
15.08.2023	Jede Feindtätigkeit aufspüren ...	Vortrag von Rüdiger Sielaff (früherer Leiter des Stasi-Unterlagen-Archivs Frankfurt (Oder)) zur Postkontrolle durch die Abteilung M der Stasi im Bezirk Leipzig.	L
16.09.2023	Operativer Vorgang „Sadist“. Der NS-Täter Henry Schmidt und die Stasi	Henry Schmidt war als Leiter des Referates für Juden, Kirchen und Sekten bei der Dresdner Gestapo ab 1942 maßgeblich für die Umsetzung der „Endlösung der Judenfrage“ in Dresden verantwortlich. Der Rundgang mit Madlen Richter (Bundesarchiv) führte zu den in den Stasi-Unterlagen aufgeführten historischen Orten der Verbrechen in Dresden.	D
21.10.2023 26.10.2023	Spurensuche. Recherche nach Militärangehörigen beider Weltkriege und weitere Familienforschung	Vortrag von Dr. Gunnar Wendt (Bundesarchiv) zu den Beständen der Abteilung Personenbezogene Auskünfte zum Ersten und Zweiten Weltkrieg im Bundesarchiv.	L D
21.03.2024	Gefangen in Bautzen. Beiträge zur Gefängnisgeschichte und Erinnerungskultur	Buchvorstellung und Podiumsgespräch im Rahmen der Leipziger Buchmesse mit Silke Klewin (Autorin „Frauen in Bautzen II“), Dr. Ronny Heidenreich (Autor „Spionage in Bautzen II“) und Sigurd Weber (Zeitzeugin, ehemals inhaftierte BND-Spionin); Moderation: Prof. Dr. Daniela Munkel (Bundesarchiv).	L

¹ VA: Veranstaltende Außenstelle (C=Chemnitz; D=Dresden, L=Leipzig)

Datum	Titel	Format / Inhalt	VA¹
21.03.2024	Deutsch-deutsche Verflechtungen. Die DDR im Blick der Stasi 1970 und 1982	Buchvorstellung und Podiumsgespräch im Rahmen der Leipziger Buchmesse mit Dr. Ronny Heidenreich und Dr. Martin Stief (Herausgeber, beide Bundesarchiv) und Eva-Maria Quistorp und Jutta Seidel (Zeitzeuginnen); Moderation: Prof. Dr. Daniela Münkel (Bundesarchiv).	L
21.03.2024	„Kristallhart gegenüber allen Feinden“. Die DDR-Staatsanwaltschaft und das MfS im politischen Strafprozess	Buchvorstellung und Podiumsgespräch im Rahmen der Leipziger Buchmesse mit Dr. Christian Booß (Historiker, Journalist) und Dr. Sebastian Richter (Bundesarchiv); Moderation: Stefan Walter (Bundesarchiv).	L
25.04.2024	NS-Unterlagen im Stasi-Unterlagen-Archiv	Workshop zu den Forschungsmöglichkeiten mit Impulsreferat von Dr. Maria Fiebrandt (Gedenkstätte Großschweidnitz).	D
18.05.2024	Heavy Metal als Subkultur in der DDR	Vortrag von Dr. Nikolai Okunew (Historiker) zum Ost-Metal und zur Geschichte dieser Subkultur.	L
12.09.2024	Olaf Jagger	Vorführung des Films über den Dresdner Comedian Olaf Schubert und Gespräch mit dem Produzenten Torsten Reglin.	D
02.10.2024	„Nonkonform und Provokativ“	Programm zu jungen Subkulturen im ehemaligen Bezirk Karl-Marx-Stadt: Zeitzeugengespräch mit der Chemnitzer Punkerin Kim Pickenhain, Quiz mit der Künstlerin Beate Düber und dem Künstler Jan Kummer sowie Live-Musik mit SKUPPIN; in Kooperation mit der Pochen-Biennale.	C
24.10.2024	Erinnern im doppelten Umbruch. Die DDR im frühen World Wide Web der 1990er- und 2000er-Jahre	Vortrag von Lea Frese-Renner (Leibniz-Zentrum Potsdam) zu ihrem Forschungsprojekt mit Beispielen von frühen Homepages und Plattformen.	D
05.11.2024	Stasi und RAF. Das Verhältnis der DDR zum internationalen Terrorismus	Vortrag von Dr. Tobias Wunschik (Bundesarchiv) zum Terrorismus in der DDR und zum Verhältnis der Stasi zur Terrorgruppe RAF.	L
26.11.2024	Leipzig in audiovisuellen Quellen. Vorstellung des Filmarchivs im Bundesarchiv	Vortrag von Daniela Tamm (Bundesarchiv) zu den Filmbeständen zu Leipzig im Bundesarchiv und den Recherche- und Nutzungsmöglichkeiten.	L
16.01.2025 23.01.2025	Forschung hautnah: Aufarbeitung des Goehle-Werk-Prozesses 1949–1969 in Dresden	In dem während des Nationalsozialismus als „Goehle-Werk der ZEISS IKON AG“ bezeichneten Fabrikgelände bauten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter zwischen 1941 und 1945 Zünder. Ihre Aufseherinnen und Aufseher sowie der Fabrikdirektor wurden 1949 im sog. Goehle-Werk-Prozess angeklagt. Die Prozessakten befinden sich heute im Stasi-Unterlagen-Archiv Dresden. Kooperationsveranstaltung zur Geschichtswerkstatt des Zentralwerks Kultur- und Wohngenossenschaft eG (zentralwerk.de).	D
30.01.2025	Geheimdienste, Politik und Krisen im Kalten Krieg	Vortrag von Prof. Dr. Daniela Münkel (Bundesarchiv) zur neuen Publikation über den Einfluss der Dienste in Ost und West sowie Gespräch mit David Schraven (Korrektiv); Moderation: Heiko Neumann (Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden).	D

noch Anhang 11.3

Datum	Titel	Format / Inhalt	VA¹
15.03.2025	... und dafür gab es Gefängnis ...	Zeitzeugengespräch mit Rocco Schettler und Enrico Seewald zur neuen Dauerausstellung der Außenstelle Chemnitz und zum dazugehörigen Dokumentenheft, moderiert von Dr. Jens Beutmann (Staatliches Museum für Archäologie Chemnitz).	C
27.03.2025	Geheimdienste, Politik und Krisen im Kalten Krieg	Buchvorstellung und Gespräch im Rahmen der Leipziger Buchmesse mit Prof. Dr. Anna Daun (Politikwissenschaftlerin), Prof. Dr. Daniela Münkel und Dr. Martin Stief (beide Bundesarchiv); Moderation: Dr. Gerhard Sälter (Bundesarchiv).	L
27.03.2025	Die DDR im Blick der Stasi 1954. Die geheimen Berichte an die SED-Führung	Buchvorstellung und Gespräch im Rahmen der Leipziger Buchmesse mit Ralf Langroth (Schriftsteller) und Dr. Martin Stief (Bundesarchiv); Moderation: Prof. Dr. Daniela Münkel (Bundesarchiv).	L
27.03.2025	Dem Verbrechen auf der Spur	Dr. Heiko Neumann (Historiker) stellte erste Ergebnisse des Forschungsprojekts der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden zu Kriminalfällen im Bezirk Dresden vor.	D

Anhang 11.4

Veranstaltungen im Bundesland Sachsen-Anhalt – Außenstellen Halle und Magdeburg

Bürgerberatungstage in der Region: 10, davon 5 mit Beteiligung der bzw. des Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (LzA). Daneben werden Bürgerberatungen auch begleitend zu Veranstaltungen angeboten.

Archivführungen: 107

Geländeführungen: 25

Beteiligung an bundes- oder landesweiten sowie städtischen Veranstaltungen mit vielfältigen themenbezogenen Programmen (Vorträge, Ausstellungen, Filmvorführungen, Gesprächsrunden, Archivführungen, Bürgerberatung, Informationsangebote u. v. m.)

- Tag der Archive am 02.03.2024 in der Außenstelle Halle und am 03.03.2024 in der Außenstelle Magdeburg
- Museumsnacht am 10.05.2025 in der Außenstelle Halle
- Sachsen-Anhalt-Tag vom 30.08. bis 01.09.2024 in Stendal (Außenstelle Magdeburg)
- „Fest der Begegnung“ der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn am 03.10.2023 und 03.10.2024 (Außenstelle Magdeburg)

Aktionstage (mit Vorträgen, Zeitzeugengesprächen, Ausstellungen, Führungen usw.):

- Tag der offenen Tür in der Außenstelle Magdeburg am 27.08.2023 und 11.05.2025

Weitere Veranstaltungen:

Datum	Titel	Format / Inhalt	VA ¹
26.10.2023	Mauern. Gitter. Stacheldraht	Vortrag des DDR-Regimekritikers Alexander Bauersfeld über die politische Verfolgung in der SBZ und der DDR zur Eröffnung der gleichnamigen Ausstellung der UOKG e. V.	H
21.03.2024	„Die Schlägerei hört einfach nicht auf“	Lesung mit dem Schriftsteller und Historiker Udo Grashoff im Rahmen von „Halle liest mit“.	H
04.05.2024	Im Fokus der Stasi: Maf-fay, Dylan, Springsteen und die Fans	Vortrag von Thomas Purschke (Journalist) im Rahmen der Museumsnacht 2024 im Beatles Museum Halle zur Überwachung der Musik-Fan-Szene durch das MfS.	H
11.06.2024	Jede Feindseligkeit aufspüren ...	Vortrag von Rüdiger Sielaff (früherer Leiter des Stasi-Unterlagen-Archivs Frankfurt (Oder)) zur Stasi-Postkontrolle im Bezirk Magdeburg.	M
18.10.2024	Stasi-Knast und Ostsee-flucht. Die Band „Klosterbrüder“ und ihre Wege in den Westen	Dietrich Kessler und Eberhard Klunker (Rockband „Klosterbrüder“) berichteten in einer musikalisch untermalten Lesung über ihre unterschiedlichen Fluchtgeschichten.	H
12.11.2024	Mittäterinnen	Vortrag von Angela Schmole (Bundesarchiv) zur Tätigkeit von Frauen im MfS.	M
05.12.2024	35 Jahre Besetzung der BV Halle	Podiumsdiskussion in der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle mit Akteuren vom 05.12.1989.	H
27.03.2025	Der Freund. Im Visier der Stasi	Lesung mit dem Arzt und Zeitzeugen Peter Volkmann im Rahmen von „Halle liest mit“ aus seinem gleichnamigen autobiografisch inspirierten Roman über Protest und Verrat in der DDR.	H

¹ VA: Veranstaltende Außenstelle (H=Halle; M=Magdeburg)

Anhang 11.5

Veranstaltungen im Bundesland Thüringen – Außenstellen Erfurt, Gera, Suhl

Bürgerberatungstage in der Region: 90, davon **30** mit Beteiligung des Landesbeauftragten des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (ThLA). Daneben werden Bürgerberatungen auch begleitend zu Veranstaltungen angeboten.

Archivführungen: 259

Geländeführungen: 2 (Außenstelle Suhl)

Beteiligung an bundes- oder landesweiten sowie städtischen Veranstaltungen mit vielfältigen themenbezogenen Programmen (Vorträge, Ausstellungen, Filmvorführungen, Gesprächsrunden, Archivführungen, Bürgerberatung, Informationsangebote u. v. m.)

- Tag der Archive am 02.03.2024 (Außenstellen Erfurt, Gera und Suhl)
- Tag der Deutschen Einheit 2023 und 2024 im Deutsch-Deutschen Museum Mödlareuth (Außenstelle Gera)
- Museumsnächte: 24.05.2024 und 16.05.2025 in Erfurt, 25.08.2023 und 10.08.2024 in Gera
- Petersbergfest in Erfurt am 06.07.2024
- 19. Thüringentag in Gotha vom 02. bis 04.05.2025 unter dem Motto „Feiern unterm Friedenstein“ (Außenstellen Erfurt, Gera und Suhl)

Aktionstage (mit Vorträgen, Zeitzeugengesprächen, Ausstellungen, Führungen usw.):

- Gedenktag zur Besetzung der Erfurter Bezirksverwaltung der Stasi am 04.12.2023 und 04.12.2024
- Gedenktag zum 35. Jahrestag der Besetzung der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit in Suhl am 05.12.2024
- Tag der offenen Tür am 22.03.2025 in der Außenstelle Suhl

Weitere Veranstaltungen:

Datum	Titel	Format / Inhalt	VA ¹
21.09.2023	Die Technische Hochschule Ilmenau und der Staatssicherheitsdienst	Lesung von Dr. Reinhard Buthmann (Historiker) zur Arbeit einer Hochschule unter dem Machtapparat der SED und den Einfluss des MfS auf Forschende und Lehrende.	E
28.09.2023	Zwischen Lüge und Wahrheit	Dr. Rainer Erices (Journalist, Publizist) referierte zum Einsatz und Nutzen von sogenannten Lügendetektoren ab den 1960er-Jahren in der HV A und der Spionageabwehr der DDR; Vortrag im Grenzlandmuseum Eichsfeld e. V. in Teistungen.	E
02.11.2023	Abteilung Inneres: konspirativ – Schikane von Ausreisewilligen in Nordhausen	Szenische Lesung mit Joachim Heise (Zeitzeuge) und Beschäftigten des Stasi-Unterlagen-Archivs Erfurt zum Wunsch nach Ausreise und den Maßnahmen der DDR-Geheimpolizei, denen Betroffene Mitte der 1980er-Jahre ausgeliefert waren.	E
16.11.2023	Der Kunstraub von Gotha 1979 und das große Versagen des MfS	Vortrag von Mirko Krüger (Journalist) zu dem aufsehenerregenden Kunstraub, den die Stasi nicht aufklären konnte.	E
23.04.2024	Der große Bruder. Zum Verhältnis von KGB und MfS 1958 bis 1989	Vortrag von Dr. Douglas Selvage (Bundesarchiv).	U
25.05.2024 15.05.2025	Konsequenter Antifaschismus?	Vortrag von Sandra Meenzen (Bundesarchiv) zu ihrer umfassenden Untersuchung zu den führenden SED-Funktionären mit NSDAP-Vergangenheit.	G U

¹ VA: Veranstaltende Außenstelle (E=Erfurt; G=Gera, U=Suhl)

Datum	Titel	Format / Inhalt	VA¹
06.06.2024	Die operative Foto- und Abhörtechnik der Stasi	Detlev Vreisleben (Ingenieur für Nachrichtentechnik im Ruhestand) berichtete zu den verschiedenen Methoden der Überwachung anhand originaler Technik; Vortrag im Grenzmuseum Schiffllersgrund in Asbach-Sickenberg.	E
20.06.2024	Der Tod des Fußballers Lutz Eigendorf – War es die Stasi?	Vortrag von Thomas Purschke (Journalist) über die Ergebnisse seiner Recherchearbeit in den Stasi-Unterlagen.	E
27.08.2024	Gardinenkrieg mit der Stasi	Szenische Lesung zum Ausreisewunsch aus der DDR und dem Wirken der Abteilung Inneres, von und mit Dr. Andreas Bogoslawski und Thilo Günther (Bundesarchiv).	U
03.09.2024	Was war DDR-Literatur und was hätte sie sein können?	Vortrag von Dr. Jörg Bilke (Literaturwissenschaftler) über beachtenswerte Romane, Theaterstücke und Gedichtbände.	U
12.11.2024	„Aktion Oberhof“	Vortrag von Dr. Anke Geier (Referentin ThLA) zu den Hintergründen und Akteuren der gewaltsamen Vertreibung von 150 Personen aus Oberhof 1950/51 sowie die Rolle der Propaganda der SED.	U
21.11.2024	Überwachtes Gedenken in der DDR am Beispiel der Gedenkstätte KZ Buchenwald	Der in der DDR als Staatsdoktrin verordnete Antifaschismus wirkte hauptsächlich in die Erinnerungskultur und sollte gleichzeitig den Staat politisch legitimieren. In den 1980er-Jahren begannen Lesben und Schwule sich für die Erinnerung an homosexuelle KZ-Opfer am Gedenkort Buchenwald einzusetzen und gerieten dadurch in das Fadenkreuz des Ministeriums für Staatssicherheit. Vortrag von Saskia Zweck (Bundesarchiv).	E
28.11.2024	Stasi-Knast und Ostsee-Flucht	Dietrich Kessler und Eberhard Klunker (Rockband „Klosterbrüder“) berichteten in einer musikalisch untermalten Lesung über ihre unterschiedlichen Fluchtgeschichten.	G
18.02.2025	Konspirative Wohnungen der Stasi in Suhl	Vortrag von Sascha Münzel (Bundesarchiv) in der Reihe „Aufgeblättert“.	U
15.04.2025	Studenten im Visier der Stasi	Lesung mit dem Arzt und Zeitzeugen Peter Volkmann aus seinem autobiografisch inspirierten Roman „Der Freund“.	G
24.04.2025 26.06.2025	(F)Akten im Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Suhl	Archivpräsentation mit Einblick in die Überlieferungen der Stasi im ehemaligen Bezirk Suhl und in die Bearbeitung von Anträgen auf Akteneinsicht (mit Beratungsangebot).	U
08.05.2025	Das Thema Ausreise in den Stasi-Akten	Szenische Lesungen im Grenzlandmuseum Eichsfeld e. V. in Teistungen zum „Gardinenkrieg mit der Stasi“ über den Kampf um Ausreise einer Thüringer Familie und „Bloß weg von hier!“ über einen Eichsfelder Arzt.	E
10.06.2025	Grenztruppen, Hasenjagd und Zuckerrüben – Die DDR in den Beständen des Bundesarchivs	Vortrag von Sascha Münzel (Bundesarchiv).	U
19.06.2025	Der Kaufhausbrand am 27.06.1985 in Erfurt	Im Juni jährte sich zum 40. Mal der Brand des Kaufhauses am Anger. Die Unterlagen der Stasi aus dem Operativen Vorgang „Centrum“ offenbarten die akribische Überwachung in dem Fall und geben Einblicke in die umfassende Kontrolle des DDR-Geheimdienstes. Oda Maertens und Saskia Zweck (Bundesarchiv) stellten Erkenntnisse zu dem Fall und den Ermittlungen aus den Stasi-Akten vor.	E

Anhang 12

Lernort „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“, Informations- und Dokumentationszentren des Stasi-Unterlagen-Archivs, Stasi-Unterlagen-Archiv Online

Einblick ins Geheime. Dauerausstellung zum Stasi-Unterlagen-Archiv / Beispielaktensammlung

Normannenstraße 21a, „Haus 7“
10365 Berlin

Montag bis Freitag von 10:00 bis 18:00 Uhr,
Samstag, Sonn- und Feiertage von 11:00 bis 18:00 Uhr

Telefon: 030 18 665-6699
Telefax: 030 18 665-7179
E-Mail: einblick-ins-geheime@bundesarchiv.de
Internet: www.einblick-ins-geheime.de

Bildungsteam des Stasi-Unterlagen-Archivs

Normannenstraße 20, „Haus 1“ (Seiteneingang)
Projektwerkstatt 4. OG
10365 Berlin

Telefon: 030 18 665-6757
E-Mail: bildung.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Stasimuseum

Normannenstraße 20, „Haus 1“
10365 Berlin

Ausstellung „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“, gemeinsames Angebot von Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv und ASTAK e. V. (Betreiberin des Stasimuseums)

Montag bis Freitag von 10:00 bis 18:00 Uhr,
Samstag, Sonn- und Feiertage von 11:00 bis 18:00 Uhr

Eintritt 10 €, ermäßigt 7,50 €, Schüler 5 €;

Telefon: 030 553-6854
E-Mail: info@stasimuseum.de
Internet: www.stasimuseum.de

Information / Besucherzentrum „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“

Ruschestr. 103, „Haus 22“
10365 Berlin

Montag bis Freitag von 10:00 bis 18:00 Uhr,
Samstag, Sonn- und Feiertage von 11:00 bis 18:00 Uhr

Beratung und Informationsmaterial zum historischen Ort, Publikationen, Audioguides für die Open Air-Ausstellung „Revolution und Mauerfall“ der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. (www.revolution89.de)

Internet: www.bundesarchiv.de/stasi-unterlagen-archiv/stasi-zentrale-campus-fuer-demokratie

Informations- und Dokumentationszentrum Dresden

Riesaer Straße 7, Eingang D
01129 Dresden

Montag bis Donnerstag von 08:00 bis 17:00 Uhr, Freitag
von 08:00 bis 14:00 Uhr

Telefon: 030 18 665-3699
Telefax: 030 18 665-3419
E-Mail: dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Informations- und Beratungsstelle in der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden

Bautzner Straße 112 a, 4. OG
01099 Dresden

Beratungsstelle geöffnet Montag bis Freitag von 10:00
bis 17:00 Uhr und Samstag von 10:00 bis 13:00 Uhr

Informationsangebote und Ausstellung geöffnet täglich
von 10:00 bis 18:00 Uhr

Telefon: 030 18 665-3490/-3411
Telefax: 030 18 665-3419
E-Mail: dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Informations- und Dokumentationszentrum Erfurt

Petersberg Haus 19
99084 Erfurt

täglich von 09:00 bis 18:00 Uhr

Öffentliche Archivführungen von Januar bis November
jeden dritten Donnerstag im Monat (außer an Feiertagen)
um 16:00 Uhr

Telefon: 030 18 665-4711
Telefax: 030 18 665-4719
E-Mail: erfurt.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Informations- und Dokumentationszentrum Frankfurt (Oder)

Fürstenwalder Poststraße 87
15234 Frankfurt (Oder)

täglich von 09:00 bis 17:00 Uhr

Telefon: 030 18 665-2400
Telefax: 030 18 665-2419
E-Mail: frankfurt.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Informations- und Dokumentationszentrum Halle

Blücherstraße 2
06122 Halle (Saale)

Montag bis Freitag von 08:00 bis 18:00 Uhr,
Samstag nach Vereinbarung

Öffentliche Archivführungen jeden zweiten Dienstag im
Monat (außer an Feiertagen) um 17:00 Uhr

Telefon: 030 18 665-2711

E-Mail: halle.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Bis auf das Stasimuseum in Berlin ist der Besuch aller genannten Einrichtungen des Stasi-Unterlagen-Archivs kostenfrei. Für Gruppenführungen werden Voranmeldungen erbeten.

Stasi-Unterlagen-Archiv Online

Homepage und Unterseiten

www.bundesarchiv.de/stasi-unterlagen-archiv

www.stasi-mediathek.de

www.ddr-im-blick.de

www.einblick-ins-geheime.de

www.alles-wissen-wollen.de

www.demokratie-statt-diktatur.de

Social-Media-Kanäle

www.youtube.com/StasiUnterlagenArchiv

www.x.com/StasiArchiv

www.facebook.com/StasiUnterlagenArchiv

www.facebook.com/StasiZentrale.CampusFuerDemokratie

www.instagram.com/stasizentrale

Anhang 13

Anschriftenverzeichnis

Bundesarchiv / Stasi-Unterlagen-Archiv

Dienststelle Berlin des Stasi-Unterlagen-Archivs

Postanschrift:

10106 Berlin

Hausanschrift/Akteneinsichtsbereich/Lesesäle/

Antragstellung:

Frankfurter Allee 204

10365 Berlin

Telefon: 030 18 665-0

E-Mail: post.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Internet: www.bundesarchiv.de/stasi-unterlagen-archiv

Bürgerberatung:

Telefon: 030 18 665-7000

Persönliche Beratung nach vorheriger telefonischer Vereinbarung.

Außenstellen in Brandenburg

Cottbus

Bautzener Straße 140

03050 Cottbus

Telefon: 030 18 665-2400

Telefax: 030 18 665-2419

E-Mail: cottbus.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Frankfurt (Oder)

Fürstenwalder Poststraße 87

15234 Frankfurt

Telefon: 030 18 665-2400

Telefax: 030 18 665-2419

E-Mail: frankfurt.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Außenstellen in Mecklenburg-Vorpommern

Neubrandenburg

Neustrelitzer Straße 120

17033 Neubrandenburg

Telefon: 030 18 665-1600

Telefax: 030 18 665-1619

E-Mail: neubrandenburg.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Rostock

Straße der Demokratie 2

18196 Waldeck-Dummerstorf

Telefon: 030 18 665-1200

Telefax: 030 18 665-1219

E-Mail: rostock.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Schwerin

Görslow, Resthof

19067 Leezen

Telefon: 030 18 665-1400

Telefax: 030 18 665-1419

E-Mail: schwerin.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Außenstellen in Sachsen

Chemnitz

Bruno-Salzer-Str. 5

09120 Chemnitz

Telefon: 030 18 665-3700

E-Mail: chemnitz.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Leipzig

Dittrichring 24

04109 Leipzig

Telefon: 030 18 665-3333

E-Mail: leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Dresden

Riesaer Straße 7, Seiteneingang „D“

01129 Dresden

Telefon: 030 18 665-3411

E-Mail: dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Außenstellen in Sachsen-Anhalt

Halle

Blücherstraße 2
06122 Halle (Saale)

Telefon: 030 18 665-2711
E-Mail: halle.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Magdeburg

Georg-Kaiser-Straße 7
39116 Magdeburg

Telefon: 030 18 665-2200
E-Mail: magdeburg.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Außenstellen in Thüringen

Erfurt

Petersberg Haus 19
99084 Erfurt

Telefon: 030 18 665-4700
Telefax: 030 18 665-4719
E-Mail: erfurt.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Gera

Hermann-Drechsler-Straße 1, Haus 3
07548 Gera

Telefon: 030 18 665-4222
E-Mail: gera.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Suhl

Weidbergstraße 34
98527 Suhl

Telefon: 030 18 665-4511
E-Mail: suhl.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Dienststellen Bundesarchiv

Koblenz (Hauptdienststelle)

Bundesarchiv
Potsdamer Straße 1
56075 Koblenz

Telefon: 0261 505-0
E-Mail: koblenz@bundesarchiv.de
Internet: www.bundesarchiv.de

Bayreuth (Lastenausgleichsarchiv)

Dr.-Franz-Straße 1
95445 Bayreuth

Telefon: 0261 505-5740
Fax: 0261 505-1818
E-Mail: laa@bundesarchiv.de

Berlin-Lichterfelde

Finckensteinallee 63
12205 Berlin

Telefon: 030 18 7770-0
E-Mail: berlin@bundesarchiv.de

Berlin-Tegel (ehemals Wehrmachtsauskunftsstelle)

Am Borsigturm 130
13507 Berlin

Telefon: 030 18 7770-1158
Fax: 030 18 7770-1825
E-Mail: dr-tegel@bundesarchiv.de

Freiburg im Breisgau (Militärarchiv)

Wiesentalstraße 10
79115 Freiburg

Telefon: 030 18 665-5700
E-Mail: militaerarchiv@bundesarchiv.de

Hoppegarten (Zwischenarchiv und Filmtechnik)

Lindenallee 55–57
15366 Hoppegarten

Zwischenarchiv:
Telefon: 030 18 7770-1145
Fax: 030 18 7770-1810
E-Mail: zwarchh@bundesarchiv.de

Filmtechnik:
Telefon: 030 18 7770-1136
Fax: 030 18 7770-695
E-Mail: at3@bundesarchiv.de

noch Anhang 13

Ludwigsburg
(Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen)

Schorndorfer Straße 58

71638 Ludwigsburg

Telefon: 030 18 665-1169

E-Mail: ludwigsburg@bundesarchiv.de

Rastatt
(Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen
in der deutschen Geschichte)

Herrenstraße 18 (Schloss)

76437 Rastatt

Telefon: 030 18 665-1133

E-Mail: erinnerung@bundesarchiv.de

Sankt Augustin-Hangelar
(Zwischenarchiv)

Bundesgrenzschutzstraße 100

53757 Sankt Augustin

Telefon: 022899 74000-1144

Fax: 022899 74000-1809

E-Mail: zwarchst.aug@bundesarchiv.de

Anhang 14

Abkürzungsverzeichnis

(enthält auch die im Text genannten Dienstseinheiten des MfS)

A

Abt.	Abteilung
Abt. III	Funkaufklärung, Funkabwehr (in den BV; entspricht im MfS HA III)
Abt. X	Internationale Verbindungen (des MfS)
Abt. XI	Chiffrierwesen des MfS
Abt. XII	Zentrale Auskunft/Speicher (im MfS) bzw. Auskunft/Speicher (in den BV)
Abt. XIII	elektronisches Rechenzentrum des MfS / Zentrale Rechenstation
Abt. XVIII	Sicherung der Volkswirtschaft (in den BV; entspricht im MfS HA XVIII)
Abt. N	Nachrichten (Planung, Organisation und Sicherstellung des Nachrichtenwesens des MfS)
AG	Arbeitsgruppe; Aktiengesellschaft
AG BKK	Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (des MfS)
ASTAK	Antistalinistische Aktion Berlin-Normannenstraße e. V.
Aufl.	Auflage

B

BASYS	Bundesarchivinformationssystem (IT-Archivverwaltungssystem des Bundesarchivs)
BBC	British Broadcasting Corporation; öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt des Vereinigten Königreichs
BdL/Dok.	Dokumentenstelle beim Büro der Leitung (des MfS)
Bearb.	Bearbeiter/Bearbeiterin
BF	ehemalige Abteilung Bildung und Forschung beim BStU
BFC	Berliner Fußball Club
BKM	Beauftragte/Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BND	Bundesnachrichtendienst
BStU	Bundesbeauftragte/Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik; auch gleichnamige Behörde
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BV	Bezirksverwaltung (des MfS)
bzw.	beziehungsweise

noch Anhang 14

C

ca.	circa
CIA	Central Intelligence Agency; Auslandsgeheimdienst der Vereinigten Staaten
COMDOS	Committee on Disclosure of Documents and Announcing Affiliation of Bulgarian Citizens to the State Security and the Intelligence Services of the Bulgarian National Army; Kommission zur Deklassifizierung der Dokumente und Offenlegung der Beziehungen bulgarischer Bürger zum früheren Staatssicherheits- und Nachrichtendienst der Bulgarischen Volksarmee (Republik Bulgarien)

D

DDR	Deutsche Demokratische Republik (1949 bis 1990)
d. h.	das heißt
Dr.	Doktor
durchges.	durchgesehen(e)

E

E-Book	elektronisches Buch
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
erw.	erweitert(e)
e. V.	eingetragener Verein

F

f./ff.	folgende/fortfolgende
F ...	Formblatt ... (des MfS), z. B. bei Karteien
F 16	Zentrale Personenkartei/Klarnamenkartei (des MfS)
F 22	Zentrale Vorgangskartei (des MfS)
FC	Fußballclub

G

geringf.	geringfügig
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung

H

HA	Hauptabteilung (des MfS)
HA IX/11	Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen
Hg.	Herausgeberin/Herausgeber
HinSchG	Hinweisgeberschutzgesetz
HV A	Hauptverwaltung A (des MfS)

I

IM	inoffizieller Mitarbeiter (des MfS)
IPK	Fraunhofer Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik
IPN	Instytut Pamięci Narodowej – Institut des Nationalen Gedenkens (Republik Polen)
ISBN	(engl.) International Standard Book Number (Internationale Standardbuchnummer)
IT	Informationstechnik, auch: Abteilung Informationstechnik im Bundesarchiv
ITA	Ingenieur-Technischer Außenhandel (DDR)

K

KD	Kreisdienststelle (des MfS)
KDVR	Koreanische Demokratische Volksrepublik
KfS	Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR, siehe auch KGB
KGB	(russ.) Komitet Gossudarstwennoj Besopasnosti (pri Sowjete Ministrow SSSR) – Komitee für Staatssicherheit (beim Ministerrat der UdSSR); Geheimdienst der ehemaligen Sowjetunion, 1954 bis 1991, siehe auch KfS
KI	Künstliche Intelligenz
korr.	korrigiert(e)
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KZ	Konzentrationslager

L

LAKD	Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur
LAMV	Landesbeauftragte/Landesbeauftragter für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur
LASD	Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
lfd. M.	laufende(r) Meter
LpB	Landeszentrale für politische Bildung
LzA	Beauftragte/Beauftragter des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

M

MdB	Mitglied des Deutschen Bundestages
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
Mitarb.	Mitarbeiter/Mitarbeiterin
MfS	Ministerium für Staatssicherheit (DDR)

N

NGO	Nichtregierungsorganisation oder auch nichtstaatliche Organisation
NKWD	Narodny Kommissariat Wnutrennich Del (Volkskommissariat für innere Angelegenheiten; Bezeichnung für den sowjetischen Geheimdienst von 1934 bis 1946)
NS	Nationalsozialismus

noch Anhang 14

NSDAP Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (1920 bis 1945)

NVA Nationale Volksarmee (DDR)

O

OibE Offizier im besonderen Einsatz (des MfS)

OV Operativer Vorgang (Vorgangskategorie des MfS)

P

PEMC (engl.) Platform of European Memory and Conscience (Plattform der Europäischen Erinnerung und des Gewissens)

PDF (engl.) Portable Document Format (plattformübergreifendes Dateiformat für Dokumente)

Prof. Professor/Professorin

Q

QR (engl.) quick response (schnelle Antwort)

R

RAF Rote Armee Fraktion

Reha Rehabilitierung

S

S. Seite(n)

SAPMO Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv

SBZ Sowjetische Besatzungszone

SdM Sekretariat des Ministers (des MfS)

SED Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (DDR)

SIRA System der Informationsrecherche Hauptverwaltung A (des MfS)

SKD Staatliche Kunstsammlungen Dresden

StrV Strafverfolgung

StUG Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz)

T

ThLA Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

U

u. a. unter anderem / und andere

u. a. m. und anderes mehr

UN (engl.) United Nations (Vereinte Nationen)

UOKG Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V.

US/USA (engl.) United States/United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)

usw. und so weiter
u. v. m. und viele(s) mehr

V

VSH Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskartei (des MfS)
vgl. vergleiche
VRD Verwaltung Rückwärtige Dienste (des MfS)

W

WGM Wiedergutmachung
WM Weltmeisterschaft
WR Wachregiment (des MfS)

Z

ZAIG Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (des MfS)
z. B. zum Beispiel
ZMA Zentrale Materialablage (des MfS)
ZMD Zentraler Medizinischer Dienst (des MfS)
ZOS Zentraler Operativstab (des MfS)

Impressum

Herausgeber

Bundesarchiv
Stasi-Unterlagen-Archiv
Frankfurter Allee 204
10365 Berlin

Telefon: 030 18 665-50
post.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Erscheinungsdatum

September 2025

Layout

Atelier Hauer+Dörfler GmbH, Berlin

Umschlagfoto

Blick in die 2024 eröffnete Wanderausstellung
„Alles Wissen Wollen. Die Stasi und ihre Dokumente“
des Stasi-Unterlagen-Archivs
Foto: BArch /Witzel

